

Destandardisierung von Erwerbs- verläufen und Rückwirkungen auf die Alterssicherung

**Christine Mayrhuber, Rainer Eppel, Thomas Horvath,
Helmut Mahringer**

EDV: Georg Böhs • Wissenschaftliche Assistenz:
Anna Albert, Stefan Fuchs, Christoph Lorenz



Destandardisierung von Erwerbsverläufen und Rückwirkungen auf die Alterssicherung

Christine Mayrhuber, Rainer Eppel, Thomas Horvath, Helmut Mahringer

März 2020

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger

EDV: Georg Böhs • Wissenschaftliche Assistenz: Anna Albert, Stefan Fuchs, Christoph Lorenz

Inhalt

Die Studie beleuchtet Dimensionen einer Destandardisierung von Erwerbsverläufen in Österreich und die Rückwirkungen auf das Alterssicherungssystem. Rund zwei Drittel der unselbständig aktiv Beschäftigten (66,2%; rund 2,8 Mio. Personen) und damit die Mehrheit sind nach wie vor stabil, also ganzjährig beschäftigt. Allerdings nahm der Anteil der instabil Beschäftigten in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zu, unter den Beschäftigten ohne österreichische Staatsbürgerschaft erhöhte er sich auf 55,3%. Instabil Beschäftigte verzeichneten in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten Reallohnverluste. Das Beitragsaufkommen in der gesetzlichen Pensionsversicherung wurde bislang durch den steigenden Anteil der instabilen Beschäftigungsverhältnisse kaum gedämpft, da die Einkommensdynamik der stabilen Beschäftigungsverhältnisse die schwache Beitragsentwicklung des instabilen Segmentes weitgehend kompensierte.

Rückfragen: christine.mayrhuber@wifo.ac.at, rainer.eppel@wifo.ac.at, thomas.horvath@wifo.ac.at, helmut.mahringer@wifo.ac.at,
anna.albert@wifo.ac.at, stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2020/059-1/A/WIFO-Projektnummer: 11615

© 2020 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Inhalt

Hauptergebnisse (Key Findings)	3
Einleitung und Problemaufriss	6
1. Theoretische Grundlagen: Prekarisierung und Destandardisierung	7
1.1 <i>Prekarisierung, Destandardisierung: Begriffe und Konzepte</i>	7
1.2 <i>Vorhandene methodische Ansätze zur Quantifizierung von Prekarität</i>	9
1.3 <i>Fazit</i>	11
2. Veränderungen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht	12
2.1 <i>Makro-Indikatoren der Destabilisierungstendenzen</i>	13
2.2 <i>Veränderungen am Arbeitsmarkt</i>	16
2.2.1 <i>Arbeitszeit/Arbeitsvolumen</i>	17
2.2.2 <i>Erwerbsformen</i>	19
2.2.3 <i>Beschäftigungsstabilität</i>	20
2.2.4 <i>Entlohnung</i>	20
2.3 <i>Österreich im europäischen Vergleich</i>	22
2.4 <i>Fazit</i>	27
3. Destabilisierung der Beschäftigung	28
3.1 <i>Fragestellung</i>	28
3.2 <i>Datengrundlage und Untersuchungspopulation</i>	29
3.2.1 <i>Datengrundlage</i>	29
3.2.2 <i>Untersuchungspopulation</i>	30
3.3 <i>Teilhabe am Erwerbsleben und Ausmaß der Beschäftigungsintegration</i>	30
3.4 <i>Destabilisierung der Beschäftigung im Jahresverlauf</i>	34
3.4.1 <i>Gesamtentwicklung</i>	34
3.4.2 <i>Ursachenfaktoren der Destabilisierung</i>	37
3.4.3 <i>Persistenz instabiler Beschäftigung</i>	46
3.5 <i>Destabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse</i>	49
3.6 <i>Fazit</i>	53
4. Jahresbruttoeinkommen bei instabiler Beschäftigung	55
4.1 <i>Datengrundlage</i>	55
4.2 <i>Jahresbruttoeinkommen nach Beschäftigungsausmaß</i>	56
5. Instabile Beschäftigung und Alterssicherung	63
5.1 <i>Institutionelle Zusammenhänge: Erwerbsverlauf und Alterssicherung</i>	63
5.2 <i>Instrumente zur Kompensation von Erwerbslücken in der Alterssicherung</i>	65
5.3 <i>Empirische Evidenz: Erwerbsverlauf und Alterssicherung</i>	68
5.4 <i>Pensionsfinanzierung bei zunehmend instabiler Beschäftigung</i>	70
5.4.1 <i>Arbeitslosigkeit</i>	70
5.4.2 <i>Pensionsbeiträge und instabile Beschäftigung</i>	72

5.4.3 Ausblick	73
6. Zusammenfassung	74
Literatur	79
Verzeichnis der Abbildungen	83
Verzeichnis der Übersichten	84

Hauptergebnisse (Key Findings)

Ausgangslage

Die vergangenen Jahre waren von einer Auseinanderentwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens und der Erwerbstätigenzahl geprägt. Die Erwerbstätigenzahl stieg seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 deutlich stärker als das Arbeitsvolumen. Im Gleichklang dazu war eine schwache Pro-Kopf-Einkommensentwicklung vorhanden, die hinter der Dynamik der gesamten Wirtschaftsleistung zurückblieb. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der sinkenden Lohnquote trotz steigender Beschäftigungsquote wider, ein Trend, der sowohl durch die wachsende Zahl an selbständig Erwerbstätigen und die Zunahme der Nicht-Lohn-Einkommen auch in Zukunft wahrscheinlich sein wird.

Ergebnisse

- Waren 2000 noch 26,8% der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahre erwerbsinaktiv, sank dieser Anteil auf 19,4% (2017). Der damit verbundene deutliche Anstieg der Beschäftigungsquote in den vergangenen Jahrzehnten, also die steigende Zahl der Aktivbeschäftigten bei gleichzeitig wachsender Erwerbsbevölkerung, war mit einer Zunahme der Teilzeit- und der unterjährigen Beschäftigungsverhältnisse verbunden. Der Anteil der Versicherten mit mindestens einem Tag unselbständiger Aktivbeschäftigung erhöhte sich von 69,6% im Jahr 2000 auf 71,2% im Jahr 2017.¹⁾ Das bedeutete ein Plus von ca. 740.000 unselbständig Aktivbeschäftigten.
- Diese Zunahme der Teilhabe am Erwerbsleben ging Hand in Hand mit einer Zunahme von instabilen Beschäftigungsverhältnissen. Im Jahr 2017 waren 33,8% der unselbständig Aktivbeschäftigten nicht über ein Kalenderjahr hinweg durchgängig beschäftigt, das entspricht rund 1,4 Mio. Personen. Unter den instabil Beschäftigten gab es die größten Zuwächse bei jenen mit einem Beschäftigungsgesamtausmaß von weniger als drei Monaten.
- Zwei Drittel der unselbständig Aktivbeschäftigten (66,2%; rund 2,8 Mio. Personen) und damit die Mehrheit sind nach wie vor stabil, d.h. ganzjährig beschäftigt.
- Allerdings sind rund 10% der unselbständig Aktivbeschäftigten in einem Kalenderjahr in Summe nicht mehr als drei Monate beschäftigt. Jeweils etwa 7% weisen zwischen drei und sechs bzw. zwischen sechs und neun Beschäftigungsmonate auf.
- Ein größerer Teil der Destandardisierungsprozesse vollzog sich bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren: Von den im Jahr 1980 aufgenommenen Beschäftigungsverhältnissen waren 76,9% nach zwei Jahren wieder beendet, 2015 waren es bereits 83,4%. Parallel stieg der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse, die nicht länger als einen Monat dauern, von 24,4% im Jahr 1975 auf 34,7% im Jahr 2015 an.

¹⁾ Der Großteil der Personen ohne einen einzigen Tag unselbständiger Aktivbeschäftigung war nicht nur temporär abwesend, sondern hatte das gesamte Jahr über kein aufrechtes Dienstverhältnis (2017: 96,5%).

Ursachenfaktoren der Destabilisierung:

- Der Anstieg der **Arbeitslosigkeit** ist für Erwerbsunterbrechungen mitverantwortlich: 2017 waren 16,7% der Aktivbeschäftigten von Arbeitslosigkeit betroffen, 2000 waren es 14%. Darüber hinaus trägt die Langzeitarbeitslosigkeit zur Destabilisierung bei: 2017 waren doppelt so viele Personen länger als 1 Jahr arbeitslos als noch im Jahr 2000.
- Die Verschiebung in der demographischen Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung dämpfte bzw. verdeckte die beobachtete Destabilisierung der Beschäftigung. Seit 2000 erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten allein bei den 45- bis 54-Jährigen von 18,6% auf 23,9% während jener der unter 25-Jährigen von 16,4% auf 14,4% sank.
- Wird um den Einfluss des **Alters** kontrolliert, so kommt der Trend einer Destabilisierung der Beschäftigung deutlicher zum Vorschein: Der Anteil instabiler Beschäftigung erhöhte sich auf 34,9% (2017), ohne Alterskorrektur beträgt er 33,8%.
- Die **Arbeitsmarktöffnung** war ebenfalls ein wesentlicher Faktor für die Zunahme der instabilen Beschäftigung: Wird um den zunehmenden Anteil der Beschäftigung mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft kontrolliert, schrumpft der Anteil der instabil Beschäftigten. Im Umkehrschluss zeigt sich, dass der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte aus den östlichen EU-Staaten eine wesentliche Triebfeder ist: Seit 2000 nahm der Anteil der instabil Beschäftigten unter den AusländerInnen von 44,8% auf 55,3% zu, bei den österreichischen Staatsangehörigen sank der Anteil der nicht ganzjährig Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten von 39,4% im Jahr 2000 auf 30,0% im Jahr 2017.

Destabilisierung und Alterssicherung

- Die Stabilität der Beschäftigung und die Einkommenshöhe definiert die individuelle ökonomische Lage im erwerbszentrierten österreichischen Sozialversicherungssystem auch mittel- und langfristig (Alterssicherung). Die Berechnungen ergaben, dass das mittlere Bruttojahreseinkommen bei instabiler unselbständiger Aktivbeschäftigung knapp weniger als ein Drittel des Niveaus der Ganzjahresbeschäftigten erreicht.
- Auch die Einkommensdynamik über die Zeit unterscheidet sich zwischen den stabil und instabil Aktivbeschäftigten deutlich. Die mittleren nominellen Bruttojahreseinkommen der instabil unselbständig Aktivbeschäftigten wuchsen im Mittel um +38,2% – gegenüber +47,2% bei den stabil Beschäftigten.
- Inflationsbereinigt nahmen zwischen 2000 und 2017 nur die mittleren Bruttojahreseinkommen der stabil Beschäftigten zu (+6,4%), wohingegen diejenigen der instabil Beschäftigten (mit -0,1%) stagnierten.
- Über zwei Drittel der instabil unselbständig Aktivbeschäftigten (69,5% im Jahr 2017) zählen zu den Niedrigeinkommensbeziehenden (Einkommen von weniger als zwei Drittel des Medians). Von den stabil Beschäftigten sind vergleichsweise 13,6% Niedriglohnbeschäftigte.

- Neben einer geringen individuellen Alterssicherung aus einer Niedriglohnbeschäftigung, verstärkt durch instabile Erwerbsverläufe, wirkt die Destandardisierung auf die Beitragseinnahmentwicklung der Alterssicherungssysteme: Im Jahresdurchschnitt 2000 kamen 92,9% der PV-Beiträge aus stabilen und 7,1% aus instabilen Beschäftigungsverhältnissen; 2017 war der Anteil der letzteren – trotz deutlichen Anstiegs der instabilen Beschäftigungsverhältnisse – auf 6,9% geschrumpft.
- Das Beitragsaufkommen in der gesetzlichen Pensionsversicherung wurde bislang durch den steigenden Anteil an instabilen Beschäftigungsverhältnissen kaum gedämpft: Grund dafür ist die bessere Einkommensdynamik der stabilen Beschäftigungsverhältnisse, die die schwache Beitragsentwicklung des instabilen Segments weitgehend kompensieren konnte.

Einleitung und Problemaufriss

Die Zunahme der instabilen Erwerbs- und Einkommensverhältnisse in den entwickelten Industriestaaten ist schon längere Zeit dokumentiert (*Eppel – Horvath - Mahringer.*, 2014, *European Commission*, 2018B, 2017, *OECD* 2018, *Eurofound*, 2015). Brüchige Erwerbs- und Einkommenskarrieren bedeuten nicht nur eine angespannte finanzielle Lage für die Betroffenen, sondern auch langfristig geringe individuelle soziale Absicherung in erwerbszentrierten Sozialversicherungssystemen. Brüchige Erwerbs- und Einkommensverläufe stehen nicht im Einklang mit dem Grundmodell, an dem Sozialversicherungssysteme bismarckscher Prägung ausgerichtet sind. Die Charakteristika erwerbszentrierter Sozialsysteme wie langfristige Arbeitsbeziehungen, kontinuierliche Erwerbseinkommen, steigende Löhne und Gehälter, standardisierte Arbeitsverträge, Dominanz von Vollzeitjobs, kurze Erwerbsunterbrechungen etc. sind nicht für alle Arbeitsverhältnisse gegeben. Personen mit abweichenden Erwerbsbiographien sind ökonomisch und damit sozial weniger gut abgesichert.

De-Standardisierung von Erwerbs- und Einkommensverhältnissen, prekäre Erwerbs- und Haushaltslagen, Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse, etc. sind zentrale Begriffe zur Beschreibung gegenwärtiger Arbeitsmarktentwicklungen geworden. Die vorhandenen empirischen Befunde sind überwiegend Arbeitsmarktvergleiche in Form von Querschnittsbetrachtungen. Die vorliegende Studie geht einen Schritt weiter:

Im ersten Teil wird ein kurzer Überblick zu den theoretischen Konzepten der Prekarisierung und Destandardisierung gegeben und es werden vorhandene methodische Ansätze skizziert. Im zweiten Abschnitt wird die Arbeitsmarktentwicklung der jüngeren Vergangenheit auf der Grundlage von Makroindikatoren (Lohnquote, Arbeitsvolumen, etc.) dargestellt und gezeigt, dass hier eine deutliche (Destandardisierungs-) Dynamik vorhanden ist. Im dritten Abschnitt wird daher der Frage nachgegangen, welche Gruppen von Personen diese Arbeitsmarktdynamik tragen. Als Indikator der Destandardisierung wird die Beschäftigungsstabilität näher analysiert. Für den Beobachtungszeitraum 2000 bis 2017, und teilweise für die Zeit seit Mitte der 1970er Jahre, wird gezeigt, für welche Gruppen von Personen sich die Erwerbseinbindung über die Zeit verändert hat. Somit kann – im Gegensatz zu den vorhandenen Studien zum Thema – gezeigt werden, wie sich die Betroffenheit von neuen Arbeitsmarktphänomenen über die Zeit entwickelt hat. In der vorliegenden Längsschnittanalyse wird im vierten Abschnitt aufgezeigt, wie sich die Unterschiede bzw. Veränderungen im Ausmaß der Beschäftigungsintegration auf die erzielten Erwerbseinkommen auswirken. Im fünften Abschnitt werden Effekte der steigenden Anteile instabiler Beschäftigungsverhältnisse auf die Finanzierungslage der Alterssicherung diskutiert und die institutionellen Maßnahmen zur pensionsrechtlichen Abfederung zunehmender Arbeitslosigkeit beleuchtet. Die Studie schließt mit einer knappen Zusammenschau der gewonnenen Erkenntnisse.

1. Theoretische Grundlagen: Prekarisierung und Destandardisierung

1.1 Prekarisierung, Destandardisierung: Begriffe und Konzepte

Die negativen Folgen des Wandels der Erwerbsgesellschaft bzw. der Flexibilisierung von Erwerbsarbeit werden oft als Erosion der Erwerbsarbeit und auch als Prekarisierung bezeichnet. Bereits in den 1990er-Jahren entstanden in Frankreich, aufbauend auf Überlegungen von *Pierre Bourdieu* (beispielsweise 1998), Arbeiten unter Verwendung des neuen Begriffs Prekarität²⁾. Ausgehend von einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtung ist damit ursprünglich jener Bereich gemeint, der sich zwischen den beiden Polen einer Inklusion der Menschen in die Erwerbsgesellschaft (mittels eines Normalarbeitsverhältnisses in Verbindung mit existenzsichernden Löhnen), verbunden mit einer Integration in das System sozialer Absicherung auf der einen Seite, und der Exklusion sowohl aus dem Erwerbsarbeitsmarkt als auch aus der Sozialversicherung auf der anderen Seite befindet (siehe beispielsweise *Brinkmann et al., 2006, Paugam – Galie, 2002*). Diese Exklusion manifestiert sich sowohl in (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, in Armut (sgefährdung) als auch in Armut trotz Erwerbstätigkeit ("working poor"). Darüber hinaus umfasst der Begriff in der jüngeren Zeit auch die zunehmende Gefährdung von Erwerbstätigen, durch den Verlust der Erwerbsarbeit in prekäre Lebensverhältnisse zu kommen und den sozialen Abstieg durch Jobverlust nicht mehr überwinden zu können.

Nach *Castel – Dörre (2009)* ist Prekariat eine relationale Kategorie, deren Ausmaß und Aussagekraft von der Definition des "Normalitätsstandards" abhängt. Bezugspunkt ist dabei die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg, wo in den Industriestaaten durch das Modell der Vollbeschäftigung und der Wohlfahrtsstaatlichkeit Armut, ökonomische und soziale Ausgrenzung reduziert werden konnten (*Reitzig, 2010*), wenngleich für Teile der Gesellschaft prekäre Lebenslagen auch damals gegeben waren.

Prekarisierungsforschung fokussiert die Aufspaltung der Lohnarbeit in "Zonen" mit unterschiedlicher ökonomischer und sozialer Absicherung, die durch die wirtschaftliche Entwicklung seit den 1980er-Jahren beobachtbar ist. Auch Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Erwerbsinaktivität sind zentrale Bestandteile dieser Analysen. So können sowohl die Veränderungen am Arbeitsmarkt (wie beispielsweise der Rückgang unbefristeter Vollzeitbeschäftigung zugunsten von Teilzeitbeschäftigung) als auch der strukturelle Wandel der Erwerbsgesellschaft insgesamt erfasst werden (*Castel – Dörre, 2009*).

Reinprecht (2008) betont, dass Prekarität im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts eine generalisierte Erfahrung geworden ist, da im gegenwärtigen Erwerbssystem der ökonomische und soziale Status durch Jobverlust jederzeit widerrufen werden kann. Aus soziologischer Sicht zeigen sich an der Erwerbsarbeit und vor allem am größer werdenden Prekariat einerseits die strukturell hierarchisierenden Formen der Sozialintegration im gegenwärtigen

²⁾ Bereits im Römischen Recht gab es ein „Prekarium“: Grundbesitzer konnten einem Bauern ein Stück Land auf nicht näher definierte Zeit überlassen bzw. es jederzeit ohne Angabe von Gründen zurückfordern.

Produktionssystem und andererseits die zunehmenden Unsicherheiten als strukturierender Teil des Produktionssystems (Reinprecht, 2008).

Während also in den 1950er- bis 1980er-Jahren Erwerbsarbeit das gesellschaftliche Strukturierungsprinzip war, umschreibt "Prekarisierung" den gegenwärtigen strukturellen Wandel in den Industriestaaten, der durch den Verlust der integrativen Funktion der Erwerbsarbeit und substitutiver Sozialleistungen gekennzeichnet ist. In Castels "3-Zonen-Modell" sind die Übergänge zwischen Inklusion, Exklusion, und Prekarität fließend; in der Zone der Prekarität bzw. Abstiegsgefährdung von In- zu Exklusion gibt es sowohl Bezüge zum abgesicherten als auch zum marginalisierten Bereich (Castel, 2000). Das Neue an der Entwicklung ist nach Castel (2000) die Tatsache, dass eine Destabilisierung, eine Gefährdung, nicht mehr nur an den Rändern, sondern jetzt verstärkt in der Mitte der Gesellschaft stattfindet.

Die Forschungsarbeiten zum Thema Flexibilisierung der Arbeit, Erosion der Erwerbsarbeit, Prekarisierung, etc. fokussieren zum einen auf die Bedingungen und Ursachen, die zu prekären Beschäftigungs- und Lebenslagen führen, und zum anderen auf mögliche Veränderungen, die Prekarität verhindern bzw. den Betroffenen helfen sollen, prekäre Lebenslagen hinter sich zu lassen (beispielsweise Brinkmann et al., 2006, Gundert – Hohendanner, 2014, Allmendinger – Driesch, 2014). Insgesamt sind die vorhandenen Forschungsarbeiten fragmentiert, sowohl zwischen den Wissenschaftsdisziplinen als auch innerhalb dieser. Es fehlt ein theoretischer Bezugsrahmen, in dem die empirischen Befunde systematisiert werden können. Darüber hinaus zeigt sich ein Auseinanderfallen zwischen objektiven Strukturen und deren subjektiver Wahrnehmung, sodass auch Ansätze zur Veränderung schwer identifiziert werden können (Barlösius, 2004, Hense, 2018).

Die in den Arbeiten vorhandenen Quantifizierungen der Größe des Phänomens der Prekarisierung sind weder in der Definition noch in der Messung prekärer Lebenslagen einheitlich (Standing, 2015, Hofmann, 2015, etc.). Darüber hinaus handelt es sich bei der überwiegenden Zahl der Arbeiten um Querschnittsbetrachtungen: Hier wird die (Erwerbs-)Bevölkerung anhand ihrer ökonomischen/sozialen Lage zu einem Zeitpunkt auf Grundlage von Kriterien in verschiedene Gruppen geteilt, analysiert und mit der Vergangenheit verglichen.

Systematische Ansätze, die ausschließlich auf Erwerbsverhältnissen beruhen, blenden die vielschichtigen Auswirkungen der Prekarisierung auf die Lebensgestaltung der Betroffenen aus. Der subjektive Umgang mit prekären Erwerbsverhältnissen bewegt sich zwischen Anstrengungen, um den Schritt in die Normalität zu schaffen bzw. nicht dauerhaft in dieser Lage zu verbleiben und dem Zurechtkommen mit der prekären Lebenslage. Prekarität und Gesundheit stehen ebenfalls in einer engen Wechselbeziehung (Hense, 2018)

Prekäre Lebenslagen entstehen aus dem Zusammenwirken von objektiven Arbeitsmarktbedingungen (Arbeitsmarktlage etc.), subjektiven Tatbeständen (Qualifikation, Alter etc.) und weiteren Rahmenbedingungen, wie beispielsweise den Lebenserhaltungskosten oder dem Zugang oder Wegfall von öffentlichen Dienstleistungen. Gerade für Niedrigeinkommensbeziehende können Veränderungen in den öffentlichen Leistungen zu prekären Lebenslagen führen (Beck, 2015). Gemessene prekäre Einkommens- oder Lebenslagen müssen nicht im Einklang

mit der subjektiven Wahrnehmung der Betroffenen stehen, da neben der generellen Planungsunsicherheit weitere (statistisch schwer fassbare) Faktoren wie Anerkennung, Sinnstiftung etc. eine Rolle spielen (Brinkmann et al., 2006).

1.2 Vorhandene methodische Ansätze zur Quantifizierung von Prekarität

Wie bereits einleitend erwähnt, dominieren Querschnittsanalysen die Arbeitsmarktforschung zum Thema Prekarität. Wenige Arbeiten gehen der Frage nach, ob und wie sich bestimmte Arbeitsmarktstati über eine längere Zeit auf bestimmte Personengruppen konzentrieren. Eppel – Horvath – Mahringer (2013) zeigen beispielsweise die Persistenz von Niedriglohnbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und atypischen Karrieremustern über eine 10-Jahres-Periode.

Eine umfangreiche Analyse von Prekarität, die sowohl den individuellen Arbeitsmarktstatus als auch die Haushaltslage über einen längeren Zeitraum berücksichtigt, liegt für Deutschland vor (vgl. Allmendinger et al., 2018). Die Individualebene wird dabei mit sieben Indikatoren in den Bereichen (niedriges) Einkommen, soziale Absicherung und Arbeitsplatzunsicherheit gemessen. Für die Haushaltsebene werden ebenfalls sieben Indikatoren herangezogen, die die Wohnbedingungen, die finanzielle Haushaltslage, besondere Belastungen und die soziale Absicherung erfassen (vgl. Übersicht 1).

Als Datengrundlage wurde das Sozioökonomische Panel zu zwei Zeiträumen (1993 bis 2002 und 2003 bis 2012) für die Längsschnittanalyse herangezogen. Ausgewählt wurden jene Personen, die mindestens einmal im Beobachtungszeitraum erwerbstätig waren. Die Beschäftigungs- und Haushaltslagen wurde für insgesamt 9.841 Personen in den zwei 10-jährigen Zeiträumen nach Geschlecht und verschiedenen Altersgruppen (15- bis 24-Jährige, 25- bis 54-Jährige, Ab-55-Jährige) durchgeführt. Für die 9.841 Personen wurden insgesamt 98.410 Personenjahre analysiert.

Die mittels Sequenzanalyse errechneten Ähnlichkeitsmaße wurden anschließend für eine hierarchische Ward-Clusteranalyse verwendet. Für jedes Jahr wurde bestimmt, ob sich die Person in einer prekären Beschäftigung oder in einer prekären Haushaltslage befand, wobei zumindest je ein Risiko auf Personen- und Haushaltsebene vorhanden sein musste. Insgesamt wurden in der Studie 36 verschiedene Lebensverlaufsmuster ("Cluster") identifiziert und nach der jeweiligen durchschnittlichen Verweildauer (Beschäftigungs-/Haushaltslage) der Betroffenen in prekären Zuständen in folgende drei Zonen zusammengefasst.

- *Zone relativer Sicherheit:* Diese Zone ist dadurch gekennzeichnet, dass weniger als die Hälfte der beobachteten Zeit in prekärer Beschäftigung bzw. Haushaltslage verbracht wird (20 Cluster mit 62% aller Personen des Samples). Durchschnittlich befanden sich die dieser Zone zugeordneten Betroffenen weniger als 1 Jahr in prekärer Beschäftigung und rund 1,7 Jahre in prekärer Haushaltslage.
- *Zone gefährdeter Sicherheit:* Diese Zone teilt sich in 2 Gruppen: (1) Personen sind lange prekär beschäftigt, aber leben selten in prekären Haushalten (6 Cluster mit 12% aller Personen des Samples). Durchschnittlich waren Personen hier mehr als 6 Jahre prekär

beschäftigt und weniger als 2 Jahre sicher beschäftigt sowie durchschnittlich 2 Jahre in prekären Haushalten. (2) Personen, die selten prekär beschäftigt sind, aber mindestens die Hälfte der Zeit in prekären Haushalten leben (7 Cluster und 14% aller Personen im Sample): Im Durchschnitt waren Personen dieses Typus weniger als 2 Jahre prekär beschäftigt und verbrachten 6,5 Jahre in prekären Haushaltslagen.

- **Zone der anhaltenden Prekarität:** Dieser Zone zugeordnete Betroffene arbeiten im Durchschnitt 6 Jahre prekär und leben 7,5 Jahre in prekären Haushalten. (3 Cluster und 12% aller Personen im Sample)

Insgesamt zeigt die Studie für Deutschland, dass über den Beobachtungszeitraum 12% der deutschen Erwerbstätigen dauerhaft von prekären Erwerbs- und Lebensbedingungen betroffen waren (*ebenda*).

Übersicht 1: Indikatoren zur Messung prekärer Beschäftigungs- und Haushaltslagen

Individualebene			
I.	Niedriges Einkommen	1	Stundenlohn ist geringer als zwei Drittel des medianen Brutto-Stundenlohns.
		2	Niedriges Jahreseinkommen, wenn es kleiner als das steuerfreie Existenzminimum (2018: € 9.000) ist.
II.	Mangelnde soziale Absicherung	3	Wenn kein Anspruch auf Arbeitslosen- oder Rentenversicherung besteht, beispielsweise für Solo-Selbständige.
		4	Wenn kein Anspruch auf Kündigungsschutz besteht, z. B. bei Kleinbetrieben mit weniger als zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Kleinbetriebsklausel).
III.	Unsicherheit des Arbeitsplatzes	5	Berufsausbildung: Einfache Arbeit braucht keine Berufsausbildung hat aber hohes Arbeitslosigkeitsrisiko.
		6	Beschäftigungsunsicherheit: Überdurchschnittlich hohe berufsbezogene Arbeitslosenquote, Verschiebung der Arbeitskräftenachfrage => hohe Unsicherheit.
		7	Arbeitsbedingungen: Befragungsdaten zu aktuellen Tätigkeiten werden mit berufsspezifischen Belastungsprofilen aus der "Job Exposure Matrix" verknüpft. Ausgangspunkt: Hohe Belastungen, hohe Beschäftigungsunsicherheit.
Haushaltsebene			
IV.	Schlechte Wohnbedingungen	1	Wohnung ohne fließend Warmwasser, Zentralheizung, Bad, Dusche.
		2	Weniger als ein Raum pro Haushaltsmitglied.
V.	Finanzielle Einschränkungen	3	Armutsgefährdung: Weniger als 60% des bedarfsgewichteten Einkommens in Deutschland.
		4	Haushalt ist nicht in der Lage mind. € 50 im Monat zu sparen.
		5	Verschuldung: Haushalte müssen mehr als die Hälfte des verfügbaren Monatseinkommens für Zinsen und Kreditraten aufbringen
VI.	Besondere Belastungen	6	Pflegebedürftige Haushaltsmitglieder, die Erwerbsteilnahme anderer einschränken.
		7	Fehlende sozialrechtliche Absicherung des Haushalts (Krankheit, Alter nur für verheiratete Paare sozialstaatlich abgesichert).

Q: Allmendinger et al., 2018.

1.3 Fazit

Der Begriff des "Prekariats" wird seit den 1970-Jahren in der Forschung verwendet. Ausgehend von den krisenhaften Erscheinungen in den Industriestaaten vollzog sich ein Wandel auf den Arbeitsmärkten, der im angelsächsischen Raum als "flexible work" und in Frankreich als Prekariisierung bezeichnet wurde (Hense, 2018). Der Begriff wurde in der sozialwissenschaftlichen Forschung vor allem durch die Arbeiten von Pierre Bourdieu und Robert Castel kategorisiert und operationalisiert.

Um sich ein Stück weit von der inhaltlichen Besetzung des Begriffs "Prekariat" und seiner vielschichtigen analytischen – in Abhängigkeit der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin – Verwendung, unabhängig zu machen, steht nachfolgend ausschließlich die Destandardisierung der Erwerbsverhältnisse im Mittelpunkt der Analyse. Hierbei werden die Begriffe Destandardisierung und Destabilisierung der Erwerbs- und Einkommensverhältnisse synonym verwendet.

In der Literatur ist die Referenz zur Beurteilung von Prekarität vor allem das "Normalarbeitsverhältnis", also ein unbefristetes, stabiles bzw. durchgängiges Vollzeitarbeitsverhältnis mit einem Einkommensniveau, das über der Niedriglohnschwelle (definiert als 60% des medianen Bruttoeinkommens) liegt. Ein zweiter Referenzrahmen sind die (Arbeitsmarkt-)Veränderungen über die Zeit, die zu einer relativen Verschlechterung der ökonomischen Lage bestimmter Gruppen geführt haben.

Die ausschließliche Betrachtung individueller Erwerbsarbeitsverhältnisse ohne – wie in der soziologischen Forschung üblich - Berücksichtigung der haushaltsspezifischen Lebensverhältnisse gibt detaillierte Einblicke in Veränderungen der Erwerbsbedingungen über die Zeit. Insgesamt stellt sich auf der individuellen Ebene die Frage nach der Dauerhaftigkeit bestimmter Erwerbsituationen. Die Lebenslagen sind oftmals mit unterschiedlichen Arbeitsmarktrisiken verbunden, beispielsweise bietet Teilzeitbeschäftigung im Zusammenhang mit Ausbildung andere Perspektiven wie im Zusammenhang mit Betreuungspflichten. Darüber hinaus ist die Dauerhaftigkeit und die Häufigkeit atypischer Beschäftigungs- und Einkommenslagen über die Erwerbsphase entscheidend. Damit bildet die Verbreitung destandardisierter Erwerbs- und Einkommensverhältnisse sowie Veränderungen in der Betroffenheit über die Zeit ein entscheidendes Analyse-Kriterium.

Vorhandene soziologische Arbeiten zum Thema sind stark auf die Systematisierung und die Ursachenforschung konzentriert, während ökonomische Arbeiten meist Vergleiche unterschiedlicher Erwerbsformen über die Zeit zum Inhalt haben. Diese stehen auch im Mittelpunkt der nachfolgenden Analysen.

2. Veränderungen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht

Das österreichische Sozialversicherungssystem beruht in seiner Grundstruktur auf den Produktionsbedingungen einer Industriegesellschaft: Die Einkommensniveaus sind von den Produktivitätsfortschritten in der Sachgüterindustrie geprägt; die Erwerbsarbeit definiert sowohl den sozial(rechtlich)en (Erwerbs-)Status als auch die langfristige soziale Absicherung. Die Absicherung baut auf einem stabilen Vollzeit-Beschäftigungsverlauf mit entsprechenden Einkommensentwicklungen auf. Im erwerbszentrierten Sozialversicherungssystem spielt das Einkommen – unabhängig vom Ausmaß der geleisteten Wochenstunden – die zentrale Rolle. Die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts war Europa geprägt von einer Phase wirtschaftlicher Prosperität. Die günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung ging in Österreich Hand in Hand mit der sozialstaatlichen Ausbauphase (Tálos, 2005). Die Teilnahme an diesem Aufschwung erfolgte für eine größer werdende Bevölkerungsgruppe durch ihre Erwerbsbeteiligung. Insgesamt sind gegenwärtig rund 4,1 Mio. Personen selbständig oder unselbständig erwerbstätig, im Jahr 1955 waren es 3,1 Mio. Personen. Allein die Beschäftigungsquote der Frauen, also der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren, ist zwischen 1955 und 2017 um 19,4 Prozentpunkte auf 65,1% angestiegen, jene der Männer hingegen um 11,6 Prozentpunkte auf 74,6% gesunken.

Die gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationen der jüngeren Vergangenheit, die sowohl veränderte Rahmenbedingungen auf den internationalen Güter- und Finanzmärkten, als auch auf den Arbeitsmärkten sowie Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung, der familiären Strukturen und der Lebensstile umfassen, rüttelten an den Fundamenten dieses Systems. Mit zunehmend flexiblen Arbeitsformen in einer tertiären Wirtschaft verbreiteten sich Beschäftigungsformen, die sich in ihrer Struktur deutlich von klassischen Industriearbeitsplätzen unterscheiden und damit nicht mehr dem Grundmodell des erwerbszentrierten Sozialversicherungssystems entsprechen.

Das Aufbrechen traditioneller Strukturen sowohl in der Arbeitswelt als auch im familiären Kontext verursacht Reibungsverluste an der Schnittstelle zu den traditionellen erwerbs- und beitragsorientierten Sicherungssystemen. Aus der Perspektive der sozialen Sicherheit wurde diese Entwicklung unter dem Begriff der Neuen Sozialen Risiken gefasst und analysiert (beispielsweise Taylor-Gooby, 2004, Bonoli, 2006): Die Veränderungen in den Lebensweisen und die neuen Arbeitsmarktanforderungen gehen verstärkt mit einer Kumulierung unterschiedlicher Risiken wie de-standardisierten Arbeitsformen, schwankenden Einkommen, Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit, Betreuungspflichten, gesundheitlichen Einschränkungen, geringer formaler Qualifikation, Alleinerziehung, etc. sowie mit einer Mehrfachbetroffenheit einher, die im Sozialversicherungssystem zu Lücken führen kann (Taylor-Gooby, 2004, Armingeon – Bonoli, 2006). Die beschriebenen sozio-ökonomischen Veränderungen lassen nicht mehr alle gleichermaßen an der Wohlstandsentwicklung partizipieren, sondern führen zu Wohlfahrtsverlusten, die von den erwerbszentrierten Sicherungssystemen nicht kompensiert werden können (Bonoli, 2006).

Verstärkt wird diese Entwicklung durch den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt, den weiteren Bedeutungsgewinn des Dienstleistungssektors und die zunehmend digitale Produktions-

und Arbeitsweise. Die Veränderungen manifestieren sich vor allem im Bereich der Arbeitsbeziehungen, bei der zeitlichen und inhaltlichen Flexibilität der Arbeitserbringung und deren Entlohnung. Darüber hinaus ist eine Segmentierungstendenz am Arbeitsmarkt in InsiderInnen und eine Randbelegschaft zu beobachten (beispielsweise *Eppel – Horvath – Mahringer, 2014*): Während qualifizierte Vollzeitbeschäftigte als InsiderInnen im Betrieb gut verankert sind, übernehmen die Randbelegschaften Auslastungsschwankungen (*Hemerijck – Eichhorst, 2009*). Zweitgenannte Gruppe ist verstärkt den Veränderungen am Arbeitsmarkt ausgesetzt und ist in weiterer Folge auch stärker von Risiken wie Niedriglohn, unregelmäßigen Einkommen, etc. betroffen. Beschäftigung bietet für diese Personen und ihre Familien kurz- wie langfristig ein geringeres Sicherungsniveau.

Darüber hinaus kann es in Hinkunft, durch den über digitale Technologien globalisierten Arbeitsmarkt auf der einen Seite und die einkommenszentrierte nationale, teilweise kleinräumige³⁾ kompensatorische Sozialpolitik auf der anderen Seite, verstärkt zu Finanzierungsengpässen kommen (*Horn et al., 2017*).

2.1 Makro-Indikatoren der Destabilisierungstendenzen

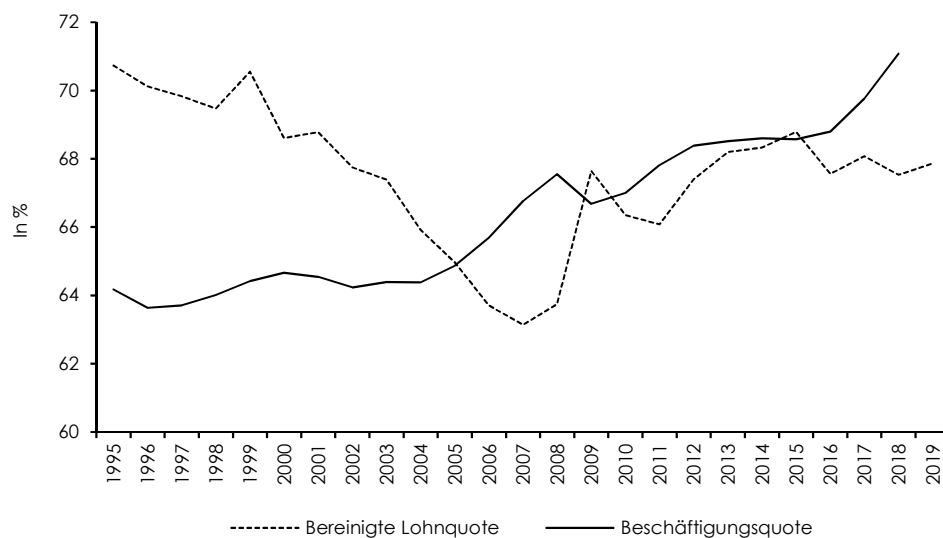
Aus ökonomischer Sicht zeigen sich strukturelle Veränderungen im Produktionsprozess allen voran auf dem Arbeitsmarkt. Das einkommenszentrierte österreichische Sozialsystem und die Veränderungen im Erwerbs- und Entlohnungssystem führen individuell zu einer unsicheren sozialen Absicherung für Personen mit geringer Arbeitsmarktintegration, was sowohl die Akzeptanz des Systems in Frage stellt, als auch strukturelle Auswirkungen auf dessen Finanzierungsgrundlage hat. Da Personen mit prekären Erwerbsverläufen sozial weniger gut abgesichert sind als jene mit kontinuierlichen Verläufen, gewinnt die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) als zweites soziales Netz in der Gruppe der atypisch Beschäftigten an Bedeutung. Ein größer werdender Anteil der BMS-Beziehenden stockt Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder ein geringes Erwerbseinkommen auf, eine Entwicklung, die nicht nur in Österreich feststellbar ist (*Pratscher, 2017, IAB, 2016*). Das zweite soziale Netz übernimmt hier nicht nur eine Überbrückungsfunktion, sondern, angesichts zunehmend prekärer Erwerbseinkommen in steigendem Maße eine strukturelle Existenzsicherungsfunktion. Darüber hinaus ist die zunehmend digitalisierte Arbeitswelt mit neuen Flexibilisierungsanforderungen (Stichwort zeitliche, räumliche Arbeitserbringung, Zunahme der Solo-Selbständigkeit etc.) verbunden, die das System der sozialen Sicherung im Hinblick auf Risikoübernahme vor große Herausforderungen stellen (*Buhr et al., 2017*). Diese Entwicklungen haben den Diskurs unter dem Schlagwort "bedingungsloses Grundeinkommen", also in Richtung einer Entkoppelung der ökonomischen bzw. sozialen Absicherung von der Erwerbstätigkeit, forciert (beispielsweise *Hohenleitner – Straubhaar, 2007, Bach – Schupp, 2018, Becker – Linke, 2018, Schneider – Dreer, 2017*).

Trotz des gestiegenen und hohen Beschäftigungsniveaus entwickelten sich die damit verbundenen Erwerbseinkommen wenig dynamisch. Dies gilt sowohl für die gesamtwirtschaftliche als

³⁾ Allein in Österreich gibt es auf Bundesländerebene neun unterschiedliche Regelungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung.

auch für die individuelle Perspektive: Aus makroökonomischer Sicht ist der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit gemessen am Volkseinkommen (Lohnquote) rückläufig. Das Volkseinkommen bildet die Summe aller Einkommenskomponenten, von den Lohn- und Selbständigeneinkommen über Einkommen aus Vermietung, Verpachtung bis hin zu den Zinseinkommen. Die Lohnquote sank zwischen 1995 und 2017 um 3 Prozentpunkte auf 67,5%, während im selben Zeitraum die Beschäftigungsquote um 5,7 Prozentpunkte auf rund 70% und die Zahl der Erwerbstätigen um rund 717.000 bzw. 21% angestiegen ist (vgl. Abbildung 1).

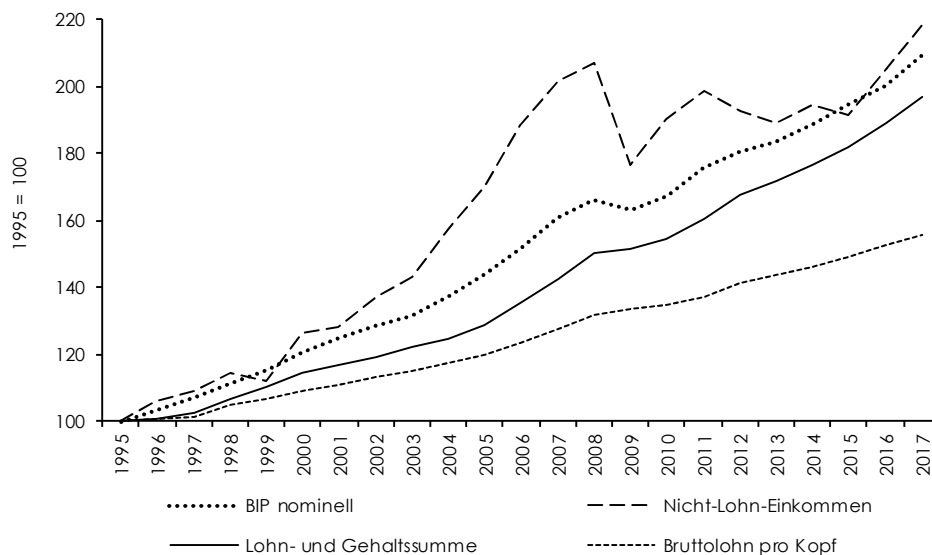
Abbildung 1: Entwicklung der Lohnquote und der Beschäftigungsquote seit 1995



Q: WIFO, Beschäftigungsquote (15- bis 64-Jährige) lt. WIFO.

Die sinkende Lohnquote (als Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) auf der einen Seite geht mit einem Bedeutungsgewinn der Nicht-Lohneinkommen auf der anderen Seite einher. Während sich die Summe aller Löhne und Gehälter gegenüber 1995 um rund 97% erhöht hat, wuchsen die Nicht-Lohn-Einkommen um fast 120% (vgl. Abbildung 2). Die Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten sind deutlich hinter der Dynamik sowohl des Wirtschaftswachstums als auch der Lohnsumme zurückgeblieben. Diese Makro-Indikatoren zeigen schon eine erste strukturelle Veränderung am Arbeitsmarkt: Den relativen Bedeutungsverlust der Lohn-Einkommen gegenüber den Nicht-Lohneinkommen. Die wirtschaftliche Prosperität kommt den Bevölkerungsgruppen demnach in einem unterschiedlichen Ausmaß zugute.

Abbildung 2: Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme, der Nicht-Lohn-Einkommen, des Bruttolohnes und der Wirtschaftsleistung seit 1995

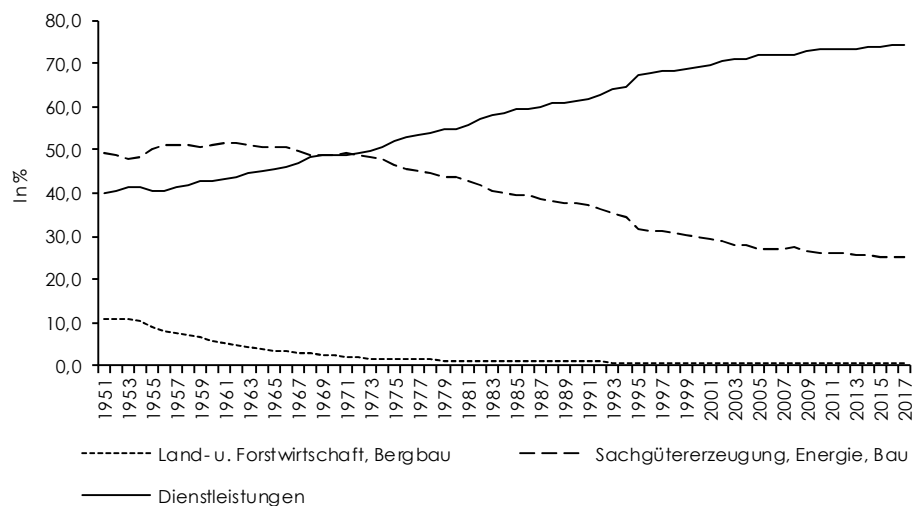


Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Mit der steigenden Zahl der Beschäftigten war auch eine Verschiebung der Beschäftigungsanteile hin zum Dienstleistungssektor verbunden. Im Jahr 1973 erreichte der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor erstmals jenen des Produktionssektors und steigt seither an. 2017 waren nur mehr 0,7% der Beschäftigten im Primärsektor (Land-, und Forstwirtschaft, Bergbau), 25,2% im sekundären Sektor (Sachgütererzeugung, Energie, Bau) und 74,1% im Tertiärsektor (Dienstleistungen) tätig (vgl. Abbildung 3). Die Lohnentwicklung im Dienstleistungsbereich unterscheidet sich vom produzierenden Bereich durch die geringere Exportorientierung und durch die geringeren Produktivitätsreserven. Auch ist der Arbeitseinsatz im Dienstleistungsbereich weniger planbar als im Produktionsbereich und hat daher höhere Flexibilitätsanforderungen.

Aus den skizzierten Veränderungen ergeben sich folgende strukturelle Probleme für erwerbszentrierte Sicherungssysteme: (1) Die Finanzierungsgrundlage der erwerbszentrierten Sozialversicherung wird relativ kleiner bei (2) gleichzeitig steigenden Leistungsbeziehenden, die sich einerseits aus den steigenden Zahlen Anspruchsberechtigter (steigende Erwerbsbeteiligung) und andererseits aus den tendenziell länger werdenden Bezugszeiträumen ergeben. (3) Durch die geringen Pro-Kopf-Einkommenszuwächse und die geringe Wochenstundenzahl sind die daraus abgeleiteten Sozialversicherungsleistungen nicht für alle Betroffenen existenzsichernd. (4) Von den Nicht-Lohn-Einkommen sind nur Selbständigeneinkommen sozialversicherungspflichtig, Einkommen aus Miet-, Pacht und Zinserträgen gewinnen an Bedeutung, sind in die Finanzierung der Sozialversicherung aber nicht eingebunden.

Abbildung 3: Entwicklung der Beschäftigungsanteile im Primär-, Sekundär- und Tertiärsektor seit 1951



Q: HV, WIFO-Berechnungen

2.2 Veränderungen am Arbeitsmarkt

So wie die technologischen Veränderungen im Zuge der Industriellen Revolution sowohl die ökonomischen als auch die sozialen, kulturellen und politischen Strukturen verändert haben (Geißler, 2014), forciert die zunehmend dienstleistungsorientierte, globalisierte und digitalisierte Produktionsweise ebenso Veränderungen in den genannten Bereichen. Für Österreich gibt es empirische Evidenz eines segmentierten Arbeitsmarktes, in dessen primärem Segment stabile Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse, Arbeitsplatzsicherheit, bessere Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen vorhanden sind (Eppel – Horvath – Mahringer, 2013). Das sekundäre Segment zeichnet sich durch eine höhere Flexibilität in den genannten Dimensionen aus; hier ist auch Arbeitslosigkeit für die Gruppe prägend (Davidsson – Naczyk, 2009). Allen voran zeigen sich Veränderungen am Arbeitsmarkt im Bereich der Arbeitsorganisation ebenso wie in den Arbeits- und Einkommensbedingungen, hier vor allem in den Bereichen Arbeitszeit/Arbeitsvolumen, Erwerbsformen, Beschäftigungsstabilität sowie Entlohnung.

Goos et al. (2014) entwickelten im Zusammenhang mit den technologischen Neuerungen, die die gegenwärtigen Veränderungen mitbestimmen (Stichwort Digitalisierung), die Arbeitsmarkt-Polarisierungsthese: Die höhere Arbeitskräftenachfrage im oberen und unteren Qualifikationssegment geht zulasten der mittleren Qualifikationen, da im mittleren Segment die Routinetätigkeiten durch verstärkten Technologieeinsatz wegrationalisiert werden können. Sowohl für die USA als auch für Europa gibt es empirische Evidenz für eine Polarisierung des Arbeitsmarktes (Autor et al., 2008, Goos et al. 2014, OECD, 2017). Sarkar (2017) zeigt darüber hinaus, dass auf polarisierten Arbeitsmärkten (UK, Spanien) Überqualifizierung im unteren Lohnsegment häufiger vorkommt als in weniger polarisierten Arbeitsmärkten (Deutschland, Schweden). Hofer et al. (2017) leiten aus der Lohnentwicklung zwischen 1994 und 2015 keine eindeutigen

Polarisierungstendenzen am österreichischen Arbeitsmarkt ab. Die Studie stellt einen Rückgang sowohl im mittleren als auch im unteren Lohsegment fest, weshalb keine eindeutige Polarisierung vorhanden ist. Auch bei der Qualifikationsstruktur als einzigem Indikator zur Evaluierung einer Polarisierung gibt es keine eindeutigen Tendenzen. Gemäß *Bock-Schappelwein (2016)* ist eine sinkende Nachfrage nach mittleren Qualifikationen (Lehre, BMS, AHS, BHS) entgegen dem international beobachtbaren Trend in Österreich nicht feststellbar. Zwischen 1995 und 2016 lag der Anteil von Arbeitskräften mit mittlerer Ausbildung relativ stabil bei rund 70%. Von der Gültigkeit der Polarisierungshypothese kann noch kein direkter Rückschluss auf eine Destandardisierung gezogen werden. Destandardisierung hat – wie im vorhergehenden Abschnitt gezeigt – unterschiedliche Dimensionen und kann über unterschiedliche Größen angenähert werden.

2.2.1 Arbeitszeit/Arbeitsvolumen

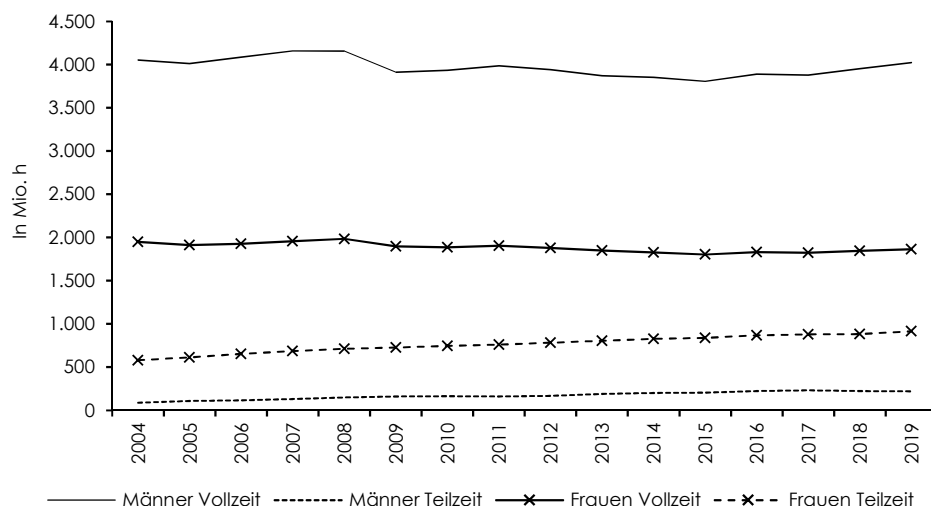
Die enorme Zunahme der Frauenbeschäftigung in der Vergangenheit erfolgte zu einem großen Teil über eine Teilzeiterwerbstätigkeit: Der Verbesserung der ökonomischen Lage von Frauen durch ihre steigende Erwerbstätigkeit steht bei Teilzeiterwerbstätigkeit die weiterhin verbleibende Abhängigkeit vom Haushalts- bzw. Partnereinkommen gegenüber. Gesamtwirtschaftlich lag das Wachstum des Arbeitsvolumens (als Summe der geleisteten Arbeitsstunden der unselbständig und selbständig Beschäftigten) seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 deutlich unter jenem der Beschäftigung; ein Großteil des Beschäftigungszuwachses entfiel auf Teilzeitarbeitsverhältnisse.

Die Makro-Indikatoren Beschäftigungszahl und geleistetes Arbeitsvolumen geben einen weiteren Hinweis auf Destandardisierungstendenzen am Arbeitsmarkt. Der rückläufige Anteil von Vollzeitarbeitsplätzen zugunsten von Teilzeitarbeit kann als unsystematische und ungesteuerte Arbeitszeitverkürzung bezeichnet werden. Neben der Polarisierung der Arbeitszeit zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeit gibt es auch innerhalb dieser beiden Beschäftigungsarten eine große Heterogenität. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit liegt in Österreich im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch: In Österreich wird bei Vollzeit durchschnittlich 41,3 Wochenstunden gearbeitet (41,7 Männer, 40,6 Frauen), im EU-28-Schnitt sind es 40,2 Wochenstunden (40,9 Männer, 39,3 Frauen). Demgegenüber weist Österreich Teilzeitarbeit mit einem vergleichsweise geringen Stundenausmaß von 20 Wochenstunden (*Huemer et al., 2017*), einen hohen Anteil von geringfügig Beschäftigten und eine hohe Arbeitslosigkeit auf. Auch die Arbeitslosigkeit (als Form der Null-Stunden-Arbeitszeit) konzentriert sich auf eine relativ kleine Personengruppe und zeigt dort eine hohe Persistenz (*Eppel-Horvath – Mahringer, 2014*).

Darüber hinaus argumentiert *Boes (2017)*, dass die Prinzipien der Plattformarbeit zu den neuen Leitmotiven der Erwerbsarbeit insgesamt werden: Diese neuen Prinzipien sind gekennzeichnet durch Bedeutungsverlust von Zeit und Raum. *Huws et al. (2017)* sprechen hier von der 24/7-Arbeitsbereitschaft: die Technologie ermöglicht die Einbindung der Arbeitskräfte auf der gesamten Welt rund um die Uhr und an 7 Tagen die Woche. Diese unbegrenzte Verfügbarkeit im Sinne eines jederzeit abrufbaren Arbeitseinsatzes wird zusehends auch von den unselbständig Beschäftigten erwartet. Die jüngste Reform des österreichischen Arbeitszeitgesetzes, also die

Ausweitung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 50 auf 60 Wochenstunden, kann als Flexibilisierungsschritt in diese Richtung interpretiert werden.

Abbildung 4: Entwicklung des Arbeitsvolumens von Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigen seit 2004

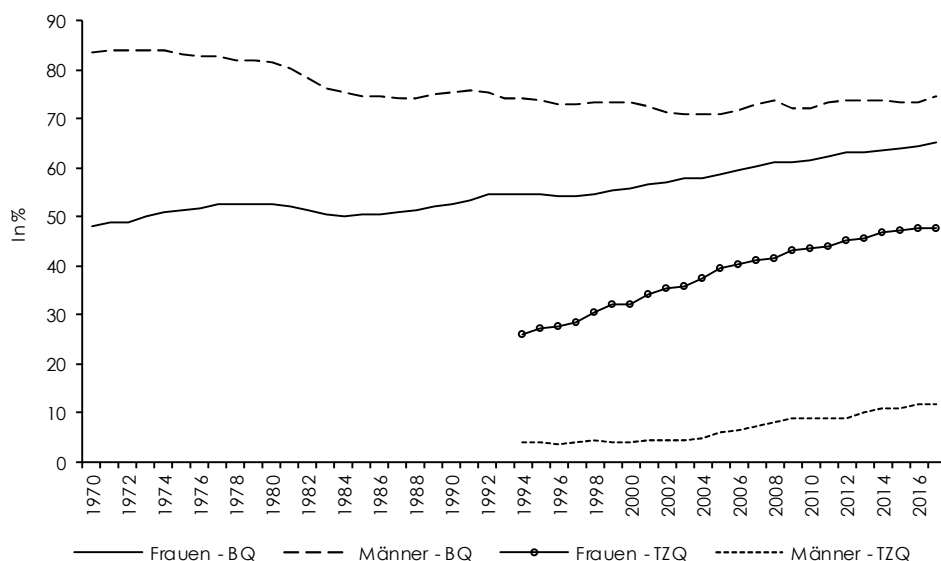


Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (lt. LFK) in der Haupttätigkeit. Vollzeit/Teilzeit nach Selbstuordnung der Befragten.

Während bis in die 1970er-Jahre die Zahl der Personen im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren annähernd konstant bei 4,6 Mio. lag, stieg sie seither um rund 1,3 Mio. auf 5,89 Mio. an. Zwischen 1970 und 2017 bedeutete dies eine Zunahme um 28%. Gleichzeitig hat sich in dieser Zeit auch die Beschäftigungsquote deutlich erhöht. Während 1970 48% der Frauen und 83,7% der Männer erwerbstätig waren, stieg bis 2017 die Beschäftigungsquote der Frauen auf rund 65% an, jene der Männer reduzierte sich auf 74,5%. Die zwischen 1970 und 2017 steigende Gesamtbeschäftigungsquote von 65,0% auf 69,8% war ausschließlich durch die steigende Frauenerwerbstätigkeit getragen. Eine markante Entwicklung der letzten Jahrzehnte im Beschäftigungssystem war dabei die Zunahme der Teilzeitquote; allein zwischen 1994 und 2017 stieg sie bei den Frauen von 26,0% auf 47,7% und bei den Männern von 4,2% auf 11,9%⁴⁾ (Abbildung 5). Die steigende Frauenerwerbstätigkeit ergab sich durch eine Ausweitung sowohl der Teilzeitbeschäftigung als auch der Vollzeitbeschäftigung (Hyee, 2018).

⁴⁾ Die Teilzeitquote bei den unselbständig beschäftigten Frauen lag 2017 mit 48,3% höher und bei den Männern mit 11,0% niedriger als bei der Betrachtung aller Erwerbstätigen.

Abbildung 5: Entwicklung der Beschäftigungsquote und der Teilzeitquote seit 1970



Q: Statistik Austria, WIFO. Beschäftigungsquote lt. WIFO bezogen auf Personen im erwerbsfähigen Alter. Teilzeitquote: Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lt. LFK. 2004: Zeitreihenbruch: Vollzeit/Teilzeit bis 2004 lt. Stundengrenze, seit 2005 lt. Selbstauskunft.

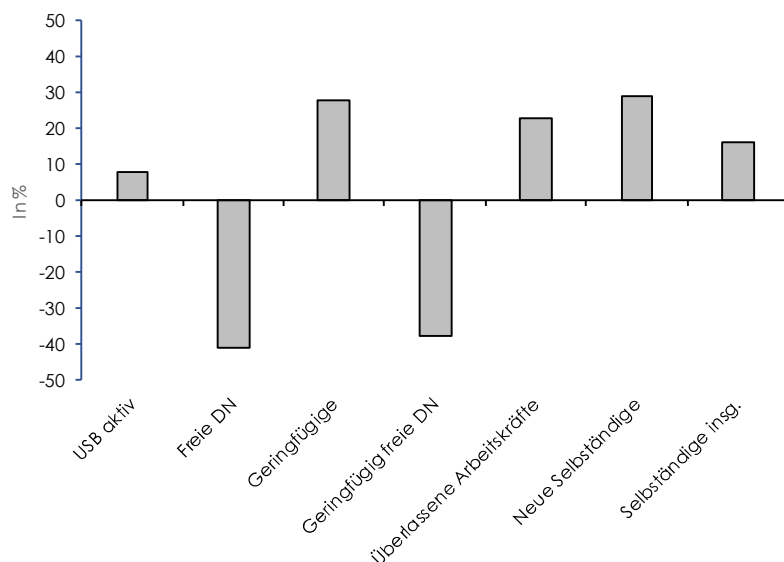
2.2.2 Erwerbsformen

Sowohl die Zahl der unselbständig (USB) als auch jene der selbständig (SB) Erwerbstätigen erhöhte sich seit 2000 trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 mit +17% (USB) bzw. +33% (SB) kontinuierlich. Eine hohe Dynamik zeigte sich in der erstgenannten Gruppe neben der Zunahme der Teilzeitbeschäftigten vor allem bei den geringfügig Beschäftigten (+77%), aber auch bei den überlassenen Arbeitskräften. Die Dynamik im Bereich der Selbständigen wird von der Gruppe der Selbständigen ohne Beschäftigte bzw. von den Neuen Selbständigen (also Selbständige ohne Gewerbeschein) getragen (vgl. Abbildung 6). Laut Daten des Hauptverbandes umfasste die Gruppe der "Neuen Selbständigen" 2017 rund 51.000 Personen (Mayrhuber – Bock-Schappelwein, 2018). Die Mitgliedsstatistik der Wirtschaftskammer umfasst alle EinzelunternehmerInnen und GmbH der gewerblichen Wirtschaft ohne weitere unselbständig Beschäftigte (inklusive geringfügig Beschäftigte). Zu Jahresende 2017 lag in Österreich die Zahl der Kammermitglieder über alle Rechtsformen hinweg bei 646.352, 78% davon sind Einzelunternehmen, wovon wiederum rund ein Fünftel selbständige PersonenbetreuerInnen sind. Rückläufig waren hingegen die freien DienstnehmerInnen und die geringfügig freien DienstnehmerInnen, die allerdings insgesamt mit rund 15.000 bzw. 27.000 im Jahr 2017 eine geringe Bedeutung haben.

Diese aggregierten Beschäftigungsdaten zeigen eine deutliche Zunahme der Neuen Selbständigen wie auch der geringfügig Beschäftigten. Bei der letztgenannten Gruppe können keine direkten Rückschlüsse auf eine Destandardisierung der Erwerbsverhältnisse gezogen werden,

da Sozialleistungsbezüge wie beispielsweise der Arbeitslosengeldbezug mit einer geringfügigen Beschäftigung kombinierbar sind.

Abbildung 6: Erwerbsformen: relative Veränderung 2008/2017



Q: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. Überlassene Arbeitskräfte: ÖNACE-2008 Abteilung N78. Selbständige: lt. WIFO.

2.2.3 Beschäftigungsstabilität

Die Erwerbsintegration gestaltet sich nicht für alle Erwerbspersonen einheitlich. Wie *Eppel – Horvath – Mahringer (2013)* zeigten, steht einem stabilen Kernsegment der Beschäftigten eine größer werdende Gruppe instabil Beschäftigter gegenüber. Die Beschäftigungsstabilität bildet den Kernindikator der empirischen Analyse im 3. Abschnitt und wird dort behandelt. Insgesamt zeigt sich, dass die uneinheitliche Erwerbsintegration einzelner Erwerbsgruppen ein fortlaufender Trend ist.

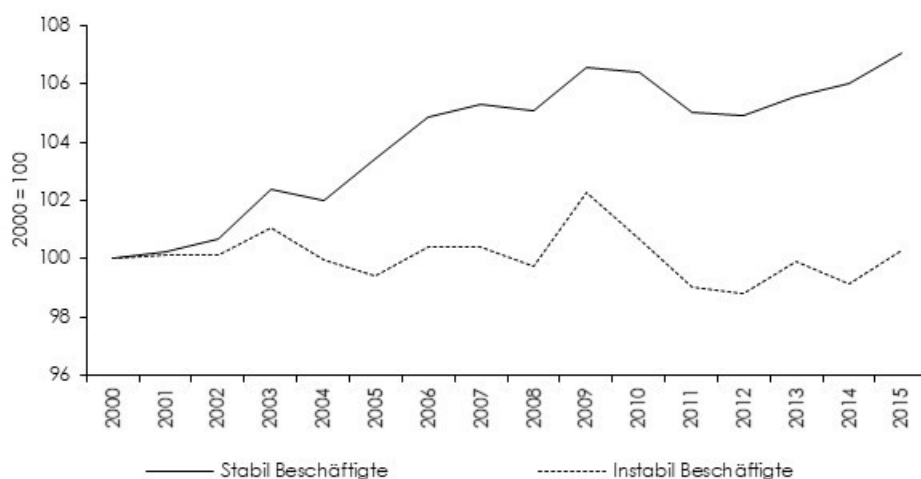
2.2.4 Entlohnung

Segmentationstendenzen sind bei der Entlohnung beobachtbar. Zum einen sind die Einkommensdifferenzen bei Selbständigeneinkommen deutlich größer als bei den Unselbständigeneinkommen (*Guger et al., 2014*). Bei den ersteren greifen weder Mindesteinkommensgrenzen, wie sie in den Kollektivverträgen geregelt sind, noch Arbeitszeitregulierungen gemäß Arbeitszeitgesetz. Wie bereits skizziert, entwickelte sich die Zahl der selbständig Erwerbstätigen in der jüngeren Vergangenheit sehr dynamisch. Da die Zuwächse allen voran bei den sogenannten Solo-Selbständigen hoch ausfielen, ist dadurch die Einkommensschere weiter aufgegangen (vgl. *Rocha-Akis et al., 2018*).

Zum anderen unterscheidet sich die Lohnentwicklung innerhalb der unselbständig Beschäftigten zwischen dem Segment der stabil und jenem der instabil Beschäftigten deutlich: Während

die erste Gruppe zwischen 2000 und 2015 einen realen Lohnzuwachs von knapp über 7% realisieren konnte, stagnierten im selben Zeitraum die realen Bruttomonatslöhne in der Gruppe der instabil Beschäftigten (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015



Q: Eppel – Leoni – Mahringer (2017).

Die Zunahme der destandardisierten Beschäftigungs- und Einkommensverläufe bedeutet auch eine steigende Beanspruchung der Mindestsicherungselemente wie der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Auch die verstärkte Nutzung digitaler Technologien ist mit neuen Arbeits- und Einkommensformen (Stichwort "Plattformarbeit") verbunden (Schmid, 2010, Eichhorst et al., 2016, Buhr – Trämer, 2016), die mit tendenziell prekären Einkommen in Verbindung stehen. Besonders im Bereich der Neuen Selbständigen spricht Risak (2017) von der Gefahr der Herausbildung von "digitalen TagelöhnerInnen" und "Kleinst-Selbständigen" ohne nennenswerte unternehmerische Struktur, die nur noch punktuelle, kurzfristige Leistungen erbringen und entsprechend bezahlt werden. Die zunehmend digitale Produktionsweise trägt zur Arbeitsmarktsegmentierung bei. Auf dienstleistungsorientierten und digitalen Arbeitsmärkten ist die Beschäftigungsstabilität bzw. -instabilität ungleich verteilt und damit nicht nur die momentane ökonomische Sicherungsfunktion des Erwerbseinkommens, sondern auch die aus (prekärer) selbständiger und unselbständiger Beschäftigung abgeleiteten mittel- und langfristigen Versicherungsansprüche (Alterspensionen).

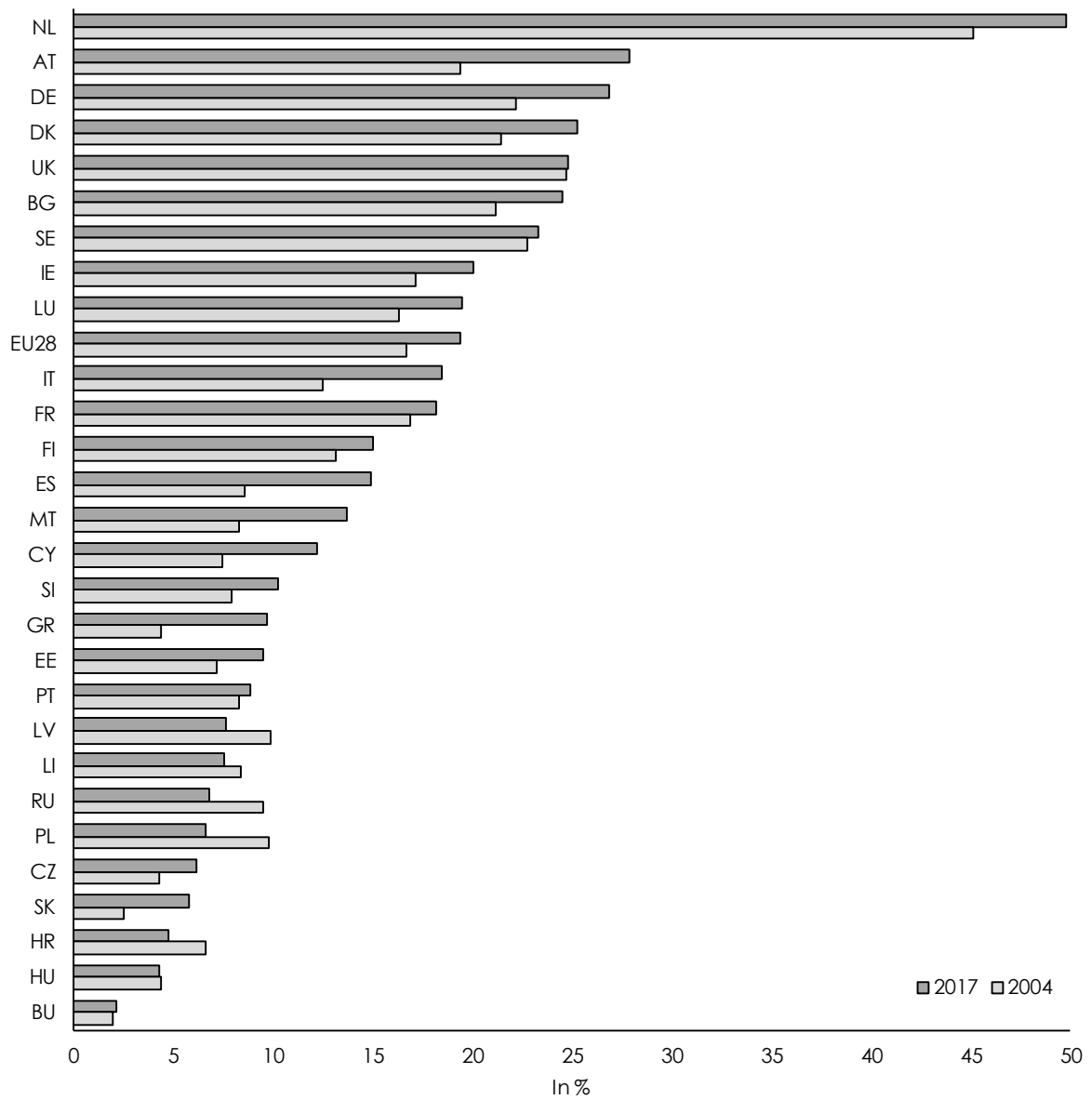
2.3 Österreich im europäischen Vergleich

Die skizzierten Veränderungen im ökonomischen Umfeld und am Arbeitsmarkt sind in allen Ländern beobachtbar, wenn auch in einem unterschiedlichen Ausmaß. Insgesamt zeigt sich in Europa eine steigende Beschäftigung und eine sinkende Arbeitslosigkeit auf Ebene der Nationalstaaten. Die Europäische Kommission zeigt Nominallohnzuwächse in allen Mitgliedsländern, wobei die Zuwächse in zentral- und osteuropäischen Ländern – ausgehend von einem geringeren Niveau – höher sind (*European Commission, 2018A*). Neben einer Tendenz zu einer Konvergenz der Löhne stellt die Kommission auch eine Konvergenz bei den Arbeitsschutzbestimmungen (Employment Protection Measures) sowie den Regulierungen der atypischen Formen der Beschäftigung, aber auch bei den (verkürzten) Bezugsdauern von Arbeitslosenleistungen fest (*ebenda*).

Werden Arbeitsvolumen bzw. Erwerbstätigenzahlen, Teilzeitquoten, Befristungen und Solo-Selbstständige für einen EU-Ländervergleich als Indikatoren herangezogen, nimmt Österreich mit Ausnahme der Teilzeitquote eine Position im Mittelfeld ein. Zwischen 2004 (ab diesem Jahr liegen für alle EU28 Länder vergleichbare Daten vor) und 2017 stieg in Österreich die Teilzeitquote um 8,5 Prozentpunkte, die höchste Zunahme unter allen 28 EU-Mitgliedsländern (vgl. Abbildung 8). Hier zeigt sich ein Zusammenhang mit der Entwicklung der Beschäftigungszahlen und des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens: Allein zwischen 2008 und 2017 ist die Zahl der unselbstständig Beschäftigten lt. VGR in Österreich um 9,6% angestiegen, während ihr Arbeitsvolumen nur um 4,1% zunahm. Im europäischen Vergleich ist diese Entkoppelung der Beschäftigungszahlen vom Arbeitsvolumen in Malta, Ungarn, Deutschland, Luxemburg, der Slowakei, Polen und Belgien vorhanden, allerdings in einem deutlich geringeren Ausmaß⁵⁾ (vgl. Abbildung 9). Aber auch in Malta, Deutschland, Luxemburg und der Slowakei nahm die Teilzeitquote überdurchschnittlich stark zu, während sie in Ungarn und Polen rückläufig war.

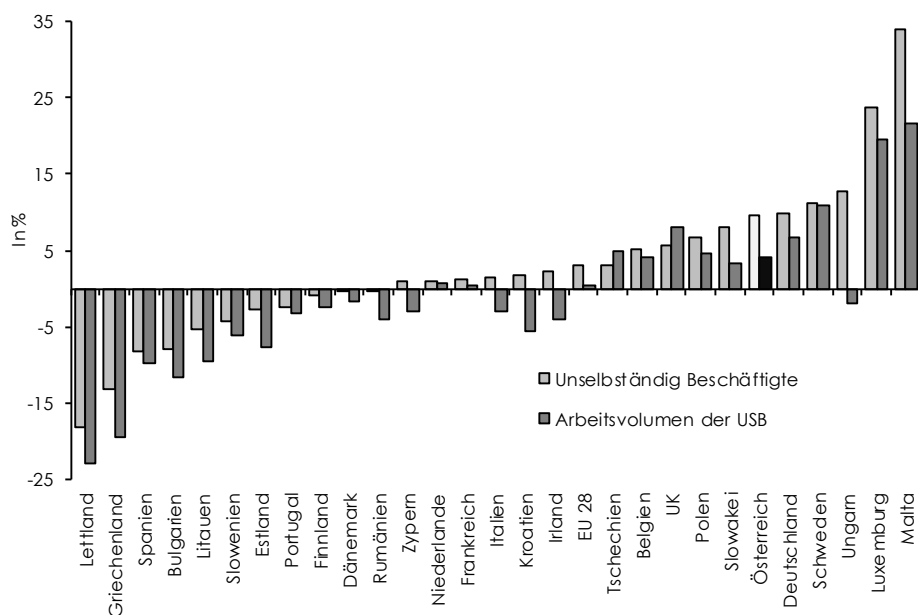
⁵⁾ Die österreichische Wirtschaft unterscheidet sich deutlich von jener in Malta und Ungarn, der Vergleich von Österreich mit diesen beiden Ländern ist nur eingeschränkt sinnvoll.

Abbildung 8: Teilzeitquote im internationalen Vergleich, 2004 und 2017, insgesamt



Q: Eurostat. – Anteil der 15- bis 64-jährigen Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten derselben Altersgruppe.

Abbildung 9: Arbeitsvolumen und Beschäftigung, relative Veränderung 2008/2017

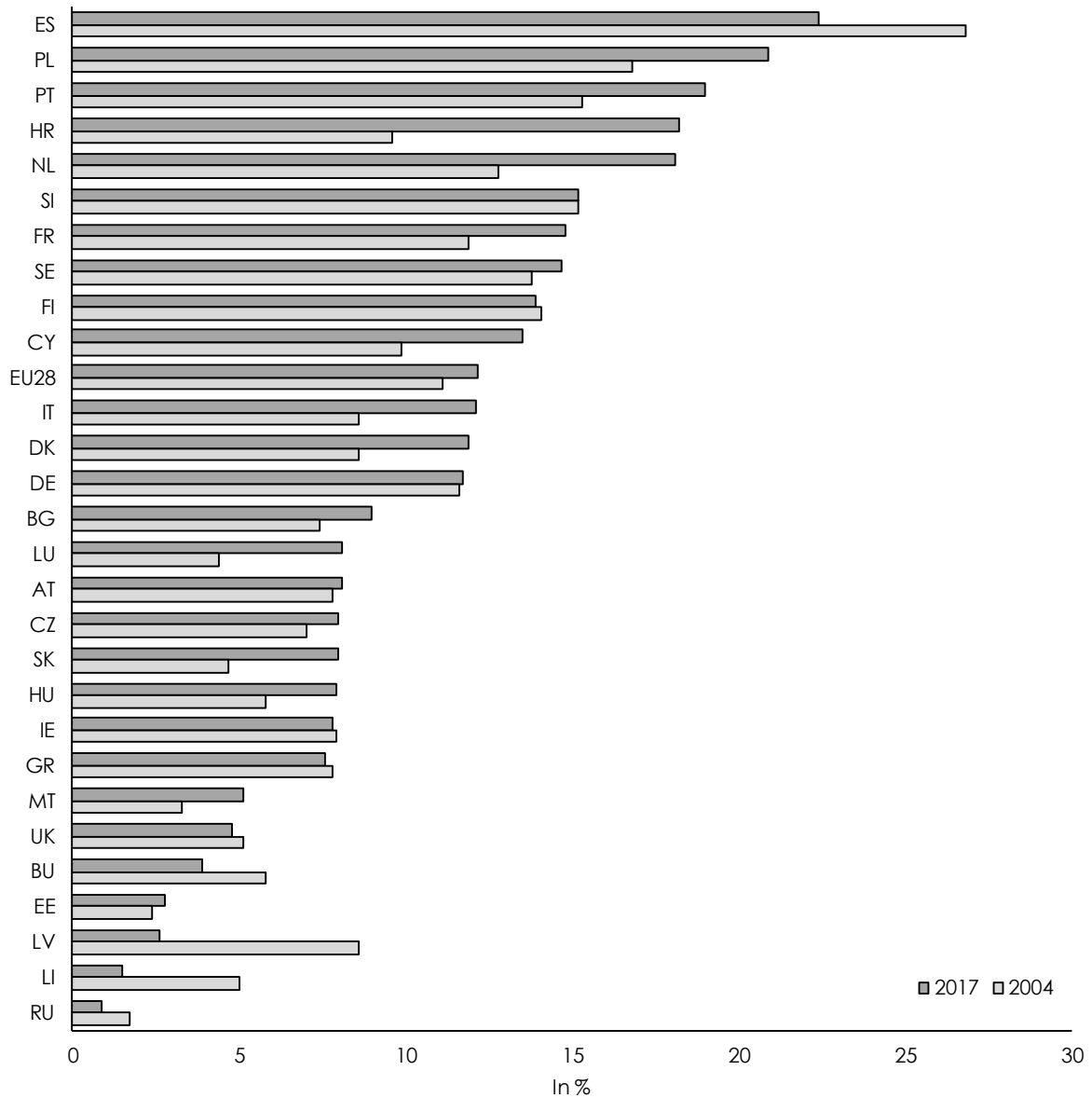


Q: Eurostat (nationale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), WIFO-Berechnungen.

Der Anteil der befristeten Verträge an allen Beschäftigungsverhältnissen ist in Österreich geringer als im europäischen Durchschnitt, gemäß Europäischer Arbeitskräfteerhebung (LFS) nahm deren Anteil zwischen 2004 und 2017 leicht zu, ein Trend, der in einem stärkeren Ausmaß auch im Durchschnitt aller EU28-Länder vorhanden ist (vgl. Abbildung 10). Im Bereich der Ein-Personen-Unternehmen weichen die Befragungsdaten der Europäischen Arbeitskräfteerhebung deutlich von der Mitgliederstatistik der Wirtschaftskammer ab. Gemäß LFS hatten 2017 57% der Selbständigen keine MitarbeiterInnen, gemäß WKO waren es 78%; darüber hinaus zeigt sich laut europäischer Statistik auch keine Zunahme der Solo-Selbständigen (vgl. Abbildung 11).

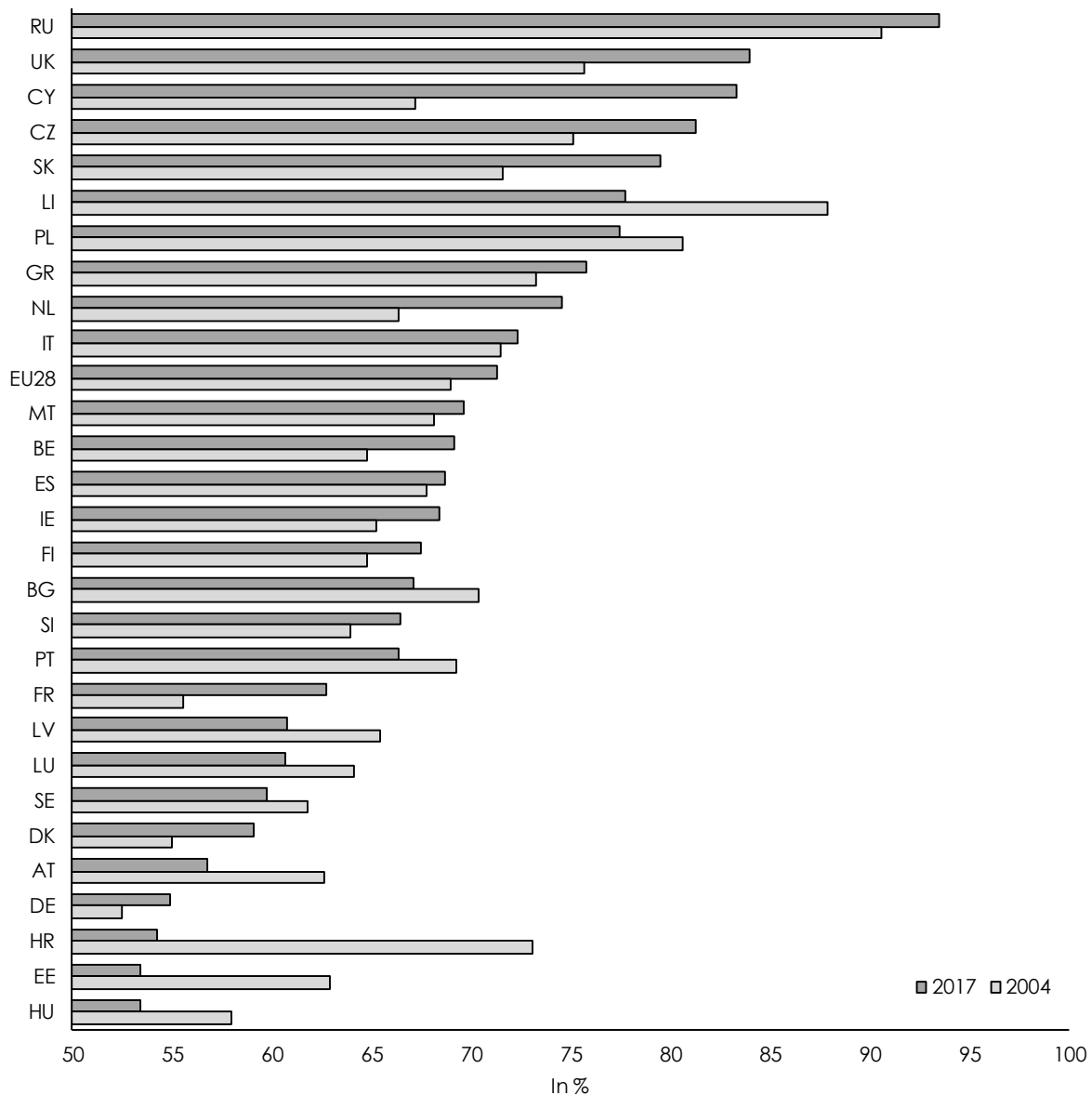
Die skizzierten aggregierten Indikatoren weisen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union auf eine große Dynamik in Richtung einer Zunahme de-standardisierter Beschäftigungsverhältnisse hin, wenn ein unbefristeter Vollzeitjobs der Referenzrahmen darstellt. Dabei handelt es sich einerseits um eine Querschnittsbetrachtung bzw. einen Vergleich von zwei Zeitpunkten und andererseits um den Vergleich von einzelnen Indikatoren miteinander. Die konkrete Erfassung und Beurteilung von Destandardisierungs-Tendenzen bedarf aber der simultanen Betrachtung mehrerer Risikofaktoren wie beispielsweise Einkommenshöhe, Arbeitsausmaß, Jobsicherheit etc. (Campbell – Price, 2016).

Abbildung 10: Anteil der Beschäftigten mit befristeten Verträgen an allen Beschäftigten, 2004 und 2017, insgesamt



Q: Eurostat. – Anteil der 15- bis 64-jährigen Beschäftigten mit einem Zeitvertrag in % aller Beschäftigten derselben Altersgruppe.

Abbildung 11: Anteil der Solo-Selbständigen an allen Selbständigen, 2004 und 2017, insgesamt



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anteil der 15- bis 64-jährigen Selbständigen, die keine ArbeitnehmerInnen beschäftigen, an allen Selbständigen derselben Altersgruppe in %.

2.4 Fazit

Der bis zur Krise 2008 deutlich sinkende Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen (eine Entwicklung, die zwischen 2009 und 2015 unterbrochen war, sich seither aber wieder fortsetzt) bei gleichzeitiger Zunahme der Beschäftigungsquote zeigt einerseits einen Bedeutungsgewinn der Nicht-Lohneinkommen zulasten der Erwerbseinkommen. Andererseits ist ein Zurückbleiben der Pro-Kopf-Einkommenszuwächse der unselbständig Beschäftigten hinter der Dynamik des Wirtschaftswachstums festzustellen. In Österreich konnten damit nicht alle an der vergangenen wirtschaftlichen Prosperität teilhaben.

Mittlerweile arbeiten knapp über 70% der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Die Arbeits(zeit)anforderungen variieren hier sowohl hinsichtlich der Qualifikationen als auch hinsichtlich der Standardisier- und Planbarkeit der Arbeit. Auch unterscheidet sich die Lohnentwicklung im Dienstleistungsbereich vom Produzierenden Bereich durch andere Möglichkeiten beim Kapitaleinsatz und in der Arbeitsproduktivität.

Das Wachstum des gesamten Arbeitsvolumens der unselbständig und selbständig Beschäftigten liegt seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 deutlich unter dem Wachstum der Beschäftigungszahlen: Bis ins Vorjahr war der rückläufige Anteil an Vollzeitarbeitsplätzen mit einem Wachstum der Teilzeitarbeit verbunden. Neben der Polarisierung der Arbeitszeit zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeit gibt es auch innerhalb dieser beiden Gruppen eine große Heterogenität bei der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit. Auch die Arbeitslosigkeit bzw. die Langzeitarbeitslosigkeit konzentriert sich auf eine relativ kleine Personengruppe und zeigt dort eine hohe Persistenz.

Bei den Erwerbsformen hatten seit 2000 die Selbständigen und hier wiederum die Neuen Selbständigen (jene ohne Beschäftigte und ohne Gewerbeschein) die größten Zuwächse zu verzeichnen. Da für Selbständige weder das Arbeitszeitgesetz noch Mindesteinkommensgrenzen gelten, könnten diese Zuwächse auch mit einer Zunahme der ohnehin großen Einkommensspreizung in dieser Beschäftigungsgruppe einhergehen (Rocha-Akis et al. 2018).

Gesamtwirtschaftliche Analysen zeigen deutliche Unterschiede in der Einkommensentwicklung zwischen den Beschäftigtengruppen: Während die Gruppe der stabil Beschäftigten im Schnitt jährliche Reallohnzuwächse verzeichnen kann, stagnierten bei den instabil Beschäftigten die Reallöhne in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten.

Die Arbeitsmarktveränderungen sind nicht nur in Österreich vorhanden. Auf der Grundlage der verwendeten Indikatoren nimmt Österreich – mit Ausnahme der hohen Dynamik bei der Teilzeitquote – eine Position im europäischen Mittelfeld ein.

Auf der Grundlage der ausgewählten Makroindikatoren zeigen sich in den vergangenen Jahrzehnten deutliche Arbeitsmarktveränderungen hinsichtlich Erwerbsformen, Arbeitszeitverteilung, Entlohnung etc. Es stellt sich nun die Frage, ob von diesen Arbeitsmarktveränderungen in Österreich alle Beschäftigungsgruppen gleichermaßen betroffen sind, wenn ein längerer Zeitraum – und nicht nur ein Jahr – betrachtet wird.

3. Destabilisierung der Beschäftigung

3.1 Fragestellung

Destandardisierung kann unterschiedliche Dimensionen haben, von denen einige bereits diskutiert wurden – darunter die Ausbreitung von Teilzeitarbeit und anderen atypischen Beschäftigungsformen. Der Fokus der individualdatenbasierten Analyse liegt auf der Beschäftigungsstabilität und der Frage, ob sich für den österreichischen Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten eine Destabilisierung der Beschäftigung nachweisen lässt.

Hauptgegenstand ist nicht das einzelne Beschäftigungsverhältnis, sondern das Gesamtausmaß der Beschäftigungsintegration einer Person in einem Kalenderjahr:

- Ist die Person kontinuierlich, das heißt das ganze Jahr ohne Unterbrechung, beschäftigt oder nur unterjährig und in diesem Sinne instabil beschäftigt?
- Welche Veränderungen zeigen sich in der Zeit seit der Jahrtausendwende in Bezug auf das Ausmaß der Beschäftigungsintegration?
- Gibt es eine Destabilisierung der Beschäftigung im Sinne eines wachsenden Segments an instabil Beschäftigten?
- Welche gesellschaftlichen Veränderungen – wie beispielsweise Änderungen in der Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung – hatten maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der Beschäftigungsstabilität?

Um auch einen längeren Zeitraum betrachten und Veränderungen über die Zeit klarer sichtbar machen zu können, wird ergänzend zum Gesamtausmaß der Beschäftigungsintegration in einem Jahr analysiert, wie sich seit Mitte der 1970er-Jahre die Dauer der neu aufgenommenen Beschäftigungsverhältnisse entwickelte: Werden sie häufiger bereits innerhalb von ein oder zwei Jahren beendet und sind sie in diesem Sinne instabiler geworden?

Aus einer Gesamtschau der Indikatoren lässt sich beurteilen, ob und, falls es zutrifft, für welche Personengruppen es eine Destabilisierung der Beschäftigung gab und inwieweit daraus neue bzw. zunehmende Herausforderungen im Hinblick auf die eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit und die soziale Absicherung erwachsen.

Vom Gesamtausmaß der Beschäftigungsintegration einer Person hängt ab, welches Erwerbseinkommen sie in einem Jahr erzielt. Aus den über alle Jahre im Erwerbsleben erwirtschafteten Einkommen ergeben sich wiederum die zu erwartenden Pensionseinkommen. Eine (längerfristig) instabile Beschäftigung impliziert ein unbeständiges und dadurch geringeres Einkommen und als weitere Konsequenz eine geringere soziale Absicherung im Alter. Die Analyse der Beschäftigungsintegration wird daher als Grundlage verwendet, um anschließend die Entwicklung der jährlichen Bruttoeinkommen (Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung) – insgesamt und für einzelne Personengruppen mit unterschiedlichem Ausmaß an Teilhabe am Arbeitsmarkt – zu untersuchen, die wiederum Grundlage für die Bemessung der Alterssicherung sind.

3.2 Datengrundlage und Untersuchungspopulation

3.2.1 Datengrundlage

Als Datengrundlage für die Analyse der Beschäftigungsintegration dient die Gesamtheit der Sozialversicherungsepisoden, wie sie in der vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) bereitgestellten Tabelle "MON_UNI_STATUS_INT" erfasst sind. Die Tabelle bietet beginnend mit dem Ende der 1990er-Jahre eine Verschneidung von Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger – darunter auch Mitversichertendaten (ab 2007) – mit Datenbeständen des AMS zu Arbeitslosigkeits- und Förderungsperioden, Informationen zu Förderungen des Sozialministeriumservice (vormals Bundessozialamt BSB) (ab 2009) sowie Daten der Gewerblichen Sozialversicherung (ab 2007). Ihr liegt eine Hierarchisierung der unterschiedenen Versicherungsqualifikationen zugrunde, die bewirkt, dass jede Person an jedem Tag eine eindeutige Arbeitsmarktposition einnimmt. Da in dieser Hierarchie die Pension hinter Beschäftigung und Arbeitslosigkeit gereiht ist, werden für diese Arbeitsmarktposition zusätzlich die Ursprungsdaten des Hauptverbandes zugezogen und top-priorisiert, d. h. eine Person, die an einem Tag eine Eigenpensionsleistung bezieht und gleichzeitig beschäftigt ist, gilt als PensionistIn. Auf die Ursprungsdaten des Hauptverbandes, die sämtliche Sozialversicherungsepisoden der unselbständig und selbständig Erwerbstätigen ab 1972 beinhalten, wird außerdem für die Analyse der Beschäftigungsaufnahmen zurückgegriffen.

Auf Basis der Tabelle "MON_UNI_STATUS_INT" ist es möglich, die Gesamtheit aller in Österreich versicherten Personen zu identifizieren und für diese zu ermitteln, wie viel Zeit sie in einem Kalenderjahr in Summe in unterschiedlichen Erwerbszuständen verbrachten.

Die Fülle an Arbeitsmarktpositionen aus der Tabelle des Sozialministeriums wird zwecks Analyse der Erwerbsintegration zu folgenden Erwerbszuständen zusammengefasst:

- Eigenpension (inklusive Übergangsgeldbezug)
- Voll versicherungspflichtige (geförderte und ungeförderte) unselbständige Beschäftigung (inklusive Zivildienst)
- Temporäre Abwesenheit mit aufrechtem Dienstverhältnis (Wochengeld-, Karenzgeld-, Kinderbetreuungsgeldbezug)
- Selbständige Beschäftigung
- Präsenzdienst
- Arbeitslosigkeit in einem weiteren Sinn (alle geschäftsfallbegründenden Vormerkstatus)
- Erwerbsinaktivität (gesicherte und ungesicherte erwerbsferne Positionen, wie z. B. Wochengeld-, Karenzgeld-, Kinderbetreuungsgeldbezug ohne aufrechtes Dienstverhältnis, sonstige AMS-Vormerkung, ausschließliche geringfügige Beschäftigung und keinerlei Daten).⁶⁾

⁶⁾ In der Tabelle sind Sozialversicherungsepisoden geglättet: U. a. wurden „Meldelücken“ mit einer Dauer von bis zu 7 Tagen durch den vorhergehenden Status aufgefüllt, d. h. Episoden mit gleichem Status werden zu einer Episode zusammengefasst, wenn sie nur durch kurze Versicherungslücken getrennt sind.

Merkmale der Versicherten wie Geschlecht, Alter und Nationalität (Staatsbürgerschaft) werden aus den Hauptverbandsdaten zugespielt, um Unterscheidungen zwischen Personengruppen treffen und den Einfluss von Veränderungen in der Zusammensetzung der Versichertenpopulation bestimmen zu können.

3.2.2 Untersuchungspopulation

Als Grundgesamtheit für die Analyse dienen alle eigenständig Sozialversicherten der Jahre 2000 bis 2017 im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre, zu Jahresende gemessen). Es kann sich dabei um einen eigenen Krankenversicherungsschutz, aber auch "nur" eine Unfallversicherung handeln.⁷⁾ Nicht berücksichtigt sind Personen, die zwar mitversichert, aber an keinem Tag im Jahr selbst sozialversichert waren.

Personen, die im Laufe eines Jahres verstarben, sind in ebendiesem Jahr und in allen Folgejahren nicht Bestandteil der Analyse. Die identifizierte Grundgesamtheit der Versicherten weicht nur geringfügig von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab: Schätzungen von *Fuchs – Hollan – Schenk* (2017) zufolge lag der Anteil der Nichtversicherten bereits zu Beginn der Untersuchungsperiode (zu Beginn der 2000er-Jahre) unter 3% der Gesamtbevölkerung und reduzierte sich seither infolge politischer Reformen (Einführung der Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, Ausweitung der Schutzfrist nach Beendigung eines Dienstverhältnisses⁸⁾, eigenständige Krankenversicherung auch bei Verlust der Notstandshilfe aufgrund der Höhe des PartnerInneneinkommens sowie Einbezug von BMS-BezieherInnen in die Krankenversicherung) weiter. Personen mit Wohnsitz im Ausland sind in der Grundgesamtheit enthalten. Auch Personen mit unbekanntem Wohnort werden nicht ausgeschlossen. Dabei dürfte es sich zu einem großen Teil um bei Krankenfürsorgeanstalten (KFA) Versicherte handeln.

3.3 Teilhabe am Erwerbsleben und Ausmaß der Beschäftigungsintegration

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Erwerbsbeteiligung in Österreich deutlich gestiegen: Ein wachsender Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter partizipiert am Arbeitsmarkt. Dieser zentrale Trend betrifft besonders zwei Gruppen:

- Erstens stehen dem Arbeitsmarkt immer mehr Frauen zur Verfügung. Zu dieser Entwicklung haben Veränderungen des traditionellen geschlechtsspezifischen Rollenverständnisses, eine besonders bei Frauen steigende Bildungsbeteiligung, eine Ausweitung des

⁷⁾ Betrachtet werden alle Personen mit zumindest einer in der Tabelle „MON_UNI_STATUS_INT“ erfassten Versicherungsqualifikation, solange es sich nicht um eine Mitversicherung, eine vermutete Auslandsbeschäftigung, Tod und keine Daten handelt. Die eigene Versicherung kann aufgrund einer voll sozialversicherungspflichtigen unselbständigen Beschäftigung ebenso bestehen wie aufgrund einer ausschließlich geringfügigen Beschäftigung, einer selbständigen Tätigkeit, einer Arbeitslosigkeit oder eines Sozialleistungsbezugs (wie Pension, Arbeitslosengeld oder Kinderbetreuungsgeld).

⁸⁾ Mit 1. Juli 2006 wurde die Schutzfrist nach dem Ausscheiden aus der Pflichtversicherung von drei auf sechs Wochen ausgeweitet. Unter Schutzfrist wird eine Nachversicherungszeit verstanden, in der die Krankenversicherung noch Leistungen gewährt, obwohl die Pflichtversicherung nicht mehr besteht – etwa, weil eine Person ihren Arbeitsplatz verloren hat.

Dienstleistungssektors, in dem Frauen einen hohen Beschäftigungsanteil innehaben, und gesellschaftspolitische Reformen, etwa hinsichtlich der Verfügbarkeit von Kinderbetreuung, beigetragen.

- Zweitens ist die Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften deutlich gestiegen. Sie verbleiben zunehmend länger im Erwerbsleben – unter anderem deshalb, weil die gesetzlichen Optionen für einen vorzeitigen Pensionsantritt eingeschränkt wurden, aber auch weil durch die Bildungsexpansion zunehmend Besserausgebildete mit höheren Erwerbsquoten in die pensionsnahen Altersstufen vorrücken (Horvath – Mahringer, 2016).

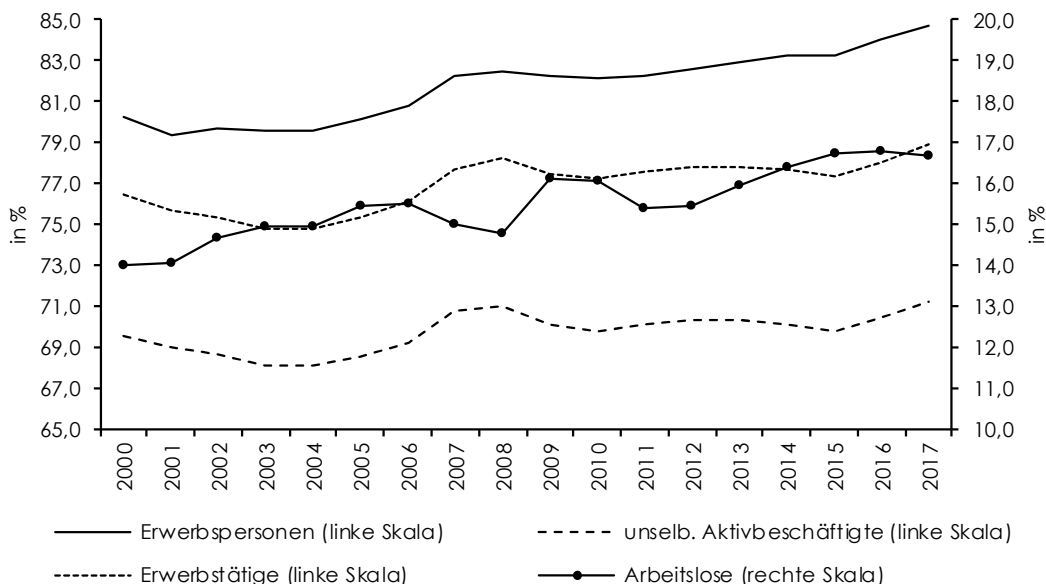
Sowohl die Zahl als auch der Anteil der Erwerbspersonen an der Erwerbsbevölkerung sind gestiegen. Mit dieser steigenden Erwerbsbeteiligung geht tendenziell eine Zunahme der Beschäftigungsintegration einher. Somit kommen Auswertungen der Hauptverbandsdaten zu folgendem Ergebnis:

- Im Jahr 2017 standen 84,7% der betrachteten eigenständig Sozialversicherten mindestens einen Tag dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Das war ein deutlich höherer Anteil als noch im Jahr 2000 (80,3%). Die absolute Anzahl der Versicherten stieg um rund 923.000 auf knapp 6 Mio.
- Der Anteil der Versicherten mit mindestens einem Tag unselbständiger Aktivbeschäftigung erhöhte sich von 69,6% im Jahr 2000 auf 71,2% im Jahr 2017.^{?)} Das bedeutete ein Plus von ca. 740.000 bei den unselbständig Aktivbeschäftigten (über 4,2 Mio. Personen im Jahr 2017).
- Werden auch jene Personen berücksichtigt, die nicht aktiv beschäftigt waren, aber ein aufrechtes Dienstverhältnis innehatten und aus Gründen wie Kinderbetreuung nur temporär abwesend waren, so betrug der Anteil der unselbständig Beschäftigten im Jahr 2017 72,2% (2000: 70,6%). Zuzüglich selbständig Beschäftigten waren 2017 zwischen 4,7 und 4,8 Mio. Menschen bzw. 79,8% der Versicherten mindestens einen Tag beschäftigt (2000: 77,4%). Die Zahl erhöhte sich von 2000 bis 2017 um rund 859.000.

Die Entwicklung war jedoch nicht stetig: Der Anteil der an Beschäftigung teilhabenden Versicherten schwankte durchaus über die Zeit. Er stand besonders unter dem Einfluss von Arbeitsangebotsschüben und der Arbeitslosigkeit. So schlug sich etwa in den Jahren von 2012 bis 2015 das rasant wachsende Arbeitskräfteangebot nicht in einem steigenden Anteil der Versicherten mit mindestens einem Beschäftigungstag nieder. Gleichzeitig nahm der Anteil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen deutlich zu (vgl. Abbildung 12 und Übersicht 2).

^{?)} Der Großteil der Personen ohne einen einzigen Tag unselbständiger Aktivbeschäftigung war nicht nur temporär abwesend, sondern hatte das gesamte Jahr über kein aufrechtes Dienstverhältnis (2017: 96,5%).

Abbildung 12: Anteil der 15- bis 64-jährigen Versicherten mit mindestens einem Tag im Arbeitskräfteangebot, in Beschäftigung bzw. in Arbeitslosigkeit



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

Übersicht 2: Zahl der 15- bis 64-jährigen Versicherten nach Erwerbsstatus

	Betroffene				Jahresdurchschnittsbestand			
	2000	2017	2000/2017	rel.	2000	2017	2000/2017	Rel.
	absolut				absolut			
Versicherte	5.028.414	5.951.356	922.942	18,4	4.885.640	5.550.325	664.685	13,6
Erwerbspersonen	4.035.346	5.039.946	1.004.600	24,9	3.577.483	4.472.160	894.677	25,0
Unselbst. Aktivbeschäftigte	3.498.917	4.238.659	739.742	21,1	2.926.392	3.514.126	587.734	20,1
Unselbständig Beschäftigte	3.549.504	4.298.402	748.898	21,1	3.001.105	3.607.670	606.565	20,2
Selbständig Beschäftigte	3.498.917	4.238.659	739.742	21,1	353.347	449.072	95.725	27,1
Arbeitslose	703.367	992.466	289.099	41,1	223.031	415.418	192.387	86,3

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

Nach jahrzehntelangem Rückgang steigt seit Mitte der 2000er-Jahre auch die Erwerbsbeteiligung der Männer.¹⁰⁾

Während Personen im mittleren und höheren Erwerbsalter vermehrt am Arbeitsmarkt teilhaben, ist die Erwerbsquote der Personen unter 25 Jahren gesunken. Das ist eine Konsequenz der Bildungsexpansion: Junge Menschen verbleiben länger in Ausbildung, da sie im Durchschnitt höhere Ausbildungsabschlüsse anstreben.

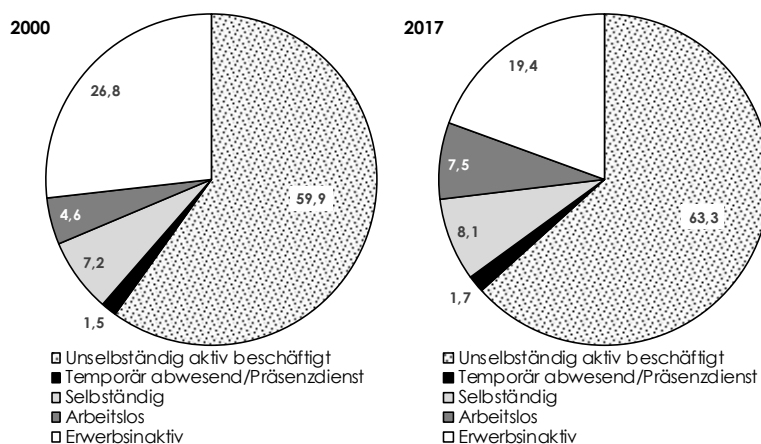
¹⁰⁾ Bei den Männern erfolgte Mitte der 2000er-Jahre eine Trendumkehr: Seither steigt nach einem jahrzehntelangen Rückgang auch ihre Erwerbsbeteiligung. Hintergrund ist die Abkehr von der politischen Strategie, den Arbeitsmarkt durch Frühpensionierungen, die hauptsächlich die Männer betrafen, zu entlasten.

Die vermehrte Teilhabe am Arbeitsmarkt ist auch an den Beschäftigungsbeständen ablesbar. Im Unterschied zur Betrachtung des Personenanteils mit mindestens einem Beschäftigungstag im Jahr, bei dem auch Zeiten ohne Beschäftigung innerhalb eines betrachteten Jahres mitgezählt werden, berücksichtigen Bestandszahlen auch Unterschiede im Ausmaß der Beschäftigungsintegration, da sie für jeden betrachteten Zeitpunkt nur jene Personen zählen, die auch tatsächlich in Beschäftigung stehen (vgl. Abbildung 13 und Übersicht 2):

- Im Jahresdurchschnitt 2017 zählten 80,6% der betrachteten eigenständig Sozialversicherten im Alter zwischen 15 und 64 Jahren zu den Erwerbspersonen, wenn neben den unselbständig Aktivbeschäftigten und Arbeitslosen¹¹⁾ auch die temporär abwesenden Arbeitskräfte, die Präsenzdienster und die selbständig Beschäftigten berücksichtigt werden¹²⁾. Das ist ein deutlich höherer Anteil als noch im Jahr 2000 (73,2%). Absolut ist die Zahl der Erwerbspersonen um rund 900.000 von knapp 3,6 Mio. auf knapp 4,5 Mio. gestiegen.
- Knapp zwei Drittel der Versicherten (63,3%; rund 3,5 Mio. Personen) waren unselbständig aktivbeschäftigt – im Vergleich zu 59,9% im Jahr 2000 (+588.000 Personen). Einschließlich der temporären Abwesenheiten vom Arbeitsmarkt waren 65,0% (3,6 Mio. Personen; +607.000 Personen) unselbständig beschäftigt (2000: 61,4%). Annähernd drei Viertel der Versicherten (73,1%; gut 4 Mio. Personen) gingen einer unselbständigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit nach (2000: 68,7%).

Gleichzeitig war 2017 mit 7,5% ein deutlich größerer Anteil der Versicherten arbeitslos als im Jahr 2000 (4,6%). Ein größer werdender Teil war also zumindest zeitweise von mangelnder Beschäftigungsintegration aufgrund von Arbeitslosigkeit betroffen.

Abbildung 13: Jahresdurchschnittsbestand der Versicherten nach Erwerbsstatus, 2000 vs. 2017



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

¹¹⁾ Arbeitslosigkeit wird weit gefasst und beinhaltet alle geschäftsfallbegründenden Vormerkstatus – also neben registrierter Arbeitslosigkeit auch Schulungen, Lehrstellensuche, Abklärung der Arbeitsfähigkeit/Gesundheitsstraße, Bezug eines Fachkräftestipendiums und Schulung Reha mit Umschulungsgeld.

¹²⁾ Die Zivildienster sind in den unselbständig Aktivbeschäftigten enthalten.

3.4 Destabilisierung der Beschäftigung im Jahresverlauf

3.4.1 Gesamtentwicklung

Im Gesamtdurchschnitt ist die österreichische Erwerbsbevölkerung zunehmend in Beschäftigung integriert. Allerdings gibt es erstens große Unterschiede im Ausmaß der Erwerbsteilhabe zwischen Personengruppen ("Segmentierung"), zweitens ist ein substanzieller und seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wachsender Anteil der unselbständig Erwerbstätigen nicht ganzjährig beschäftigt ("Destabilisierung"):

- Zwei Drittel der unselbständig Aktivbeschäftigten (66,2%; rund 2,8 Mio. Personen), und damit die Mehrheit, sind nach wie vor stabil – d. h. ganzjährig – beschäftigt.
- Rund ein Drittel (1,4 Mio. Personen) weist hingegen keine über ein Kalenderjahr hinweg durchgängige Beschäftigung auf und ist in diesem Sinne instabil beschäftigt oder unvollständig in den Arbeitsmarkt integriert. Der Anteil an instabil Beschäftigten stagnierte in der Zeit von 2000 (32,8%) bis 2007 (32,7%). In weiterer Folge stieg er auf ein Niveau von 33,8% im Jahr 2017 (vgl. Abbildung 14). Die absolute Anzahl der instabil unselbständig Aktivbeschäftigten stieg in der Zeit von 2000 bis 2017 um rund 285.000. Dieser Befund eines wachsenden instabilen Beschäftigungssegments ist unabhängig von der konkreten Abgrenzung der instabil Beschäftigten¹³⁾ und der Auswertungsmethode¹⁴⁾ und ergibt sich in Sensitivitätschecks auch aus der Auswertung alternativer Abgrenzungen der Daten¹⁵⁾.
- Rund 10% der unselbständig Aktivbeschäftigten sind in einem Kalenderjahr in Summe nicht mehr als drei Monate beschäftigt. Jeweils etwa 7% weisen zwischen drei und sechs bzw. zwischen sechs und neun Beschäftigungsmonate auf (vgl. Übersicht 4).
- Zu den Personen, die keinen einzigen Tag im Jahr unselbständig aktivbeschäftigt waren, zählen insbesondere Mütter mit Kleinkind, ältere Arbeitskräfte ab 55 Jahren und Drittstaatsangehörige. Unter allen mit mindestens einem Beschäftigungstag waren Mütter mit

¹³⁾ Der Anteil von Personen mit weniger als 100% Beschäftigungstagen im Jahr stieg von 32,8% im Jahr 2000 auf 33,8% 2017, der Anteil mit weniger als 95% von 30,8% auf 32,0% und der Anteil mit weniger als 90% von 28,9% auf 30,0%. Das Ergebnis ist deshalb gegenüber alternativen Abgrenzungen der Gruppe instabil beschäftigter Personen robust, weil nur wenige der Betroffenen mit ihrem Beschäftigungsausmaß knapp unter der Schwelle für stabile Beschäftigung liegen.

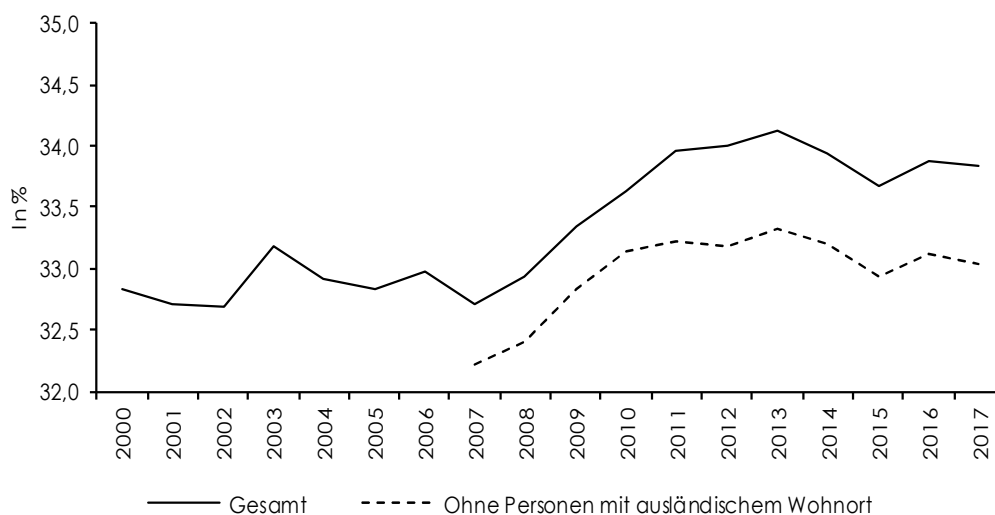
¹⁴⁾ Bei der Auswertung werden alle Personen mit mindestens einem Tag unselbständiger Aktivbeschäftigung berücksichtigt und es werden nur Zeiten einer unselbständigen Aktivbeschäftigung als Beschäftigungszeiten gezählt. Die Ergebnisse sind robust gegenüber alternativen Auswertungsvarianten, wie (1) der neutralen Behandlung temporärer Abwesenheitszeiten, (2) dem Einbezug von Personen, die das ganze Jahr über nicht aktiv beschäftigt, sondern temporär abwesend waren, und der Berücksichtigung temporärer Abwesenheiten als Beschäftigungszeiten, sowie (3) der neutralen Behandlung von Pensionszeiten (d. h. nur die Kalendertage eines Jahres werden herangezogen, an denen die Person nicht in Pension war).

¹⁵⁾ Wenn die Ursprungsdaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger verarbeitet und ausgewertet werden, decken sich die Ergebnisse mit den auf Basis der Tabelle „MON_UNI_STATUS_INT“ erzielten Befunden.

Kleinkind, junge Menschen und AusländerInnen überproportional häufig nur in sehr geringem Ausmaß aktiv beschäftigt (vgl. Übersicht 5).¹⁶⁾

- Der Anteil der instabil Beschäftigten am Jahresdurchschnittsbestand der unselbständig Aktivbeschäftigten erhöhte sich von 19,7% im Jahr 2000 auf 20,2% im Jahr 2017. Das entspricht einem absoluten Zuwachs von rund 133.000 Personen.¹⁷⁾ Die Zunahme fiel damit in der Bestandssicht geringer aus als in der Betroffenheitsbetrachtung. Der Grund dafür liegt in einem sinkenden Beschäftigungsausmaß der instabil Beschäftigten: Waren sie im Jahr 2000 noch durchschnittlich 184 Tage im Jahr unselbständig aktivbeschäftigt, so reduzierte sich der Durchschnitt auf 176 Tage im Jahr 2016 bzw. 181 Tage im Jahr 2017. Unterjährige Beschäftigung ist somit kürzer geworden.

Abbildung 14: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %)



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – Informationen zum Wohnort erst ab 2007 verfügbar.

¹⁶⁾ Der Fokus der Analyse wird aus pragmatischen Gründen auf die unselbständig Beschäftigten gelegt. Die Entwicklung bei selbständig erwerbstätigen Personen ist aus mehreren Gründen schwerer unmittelbar zu interpretieren. Diese Gruppe systematisch einzubeziehen würde den Rahmen der Untersuchung sprengen.

¹⁷⁾ Der Anteil der instabil Beschäftigten am Jahresdurchschnittsbestand ist niedriger als ihr Anteil an den mindestens einen Tag im Jahr Beschäftigten, da sie weniger Beschäftigungstage aufweisen und daher im Jahresdurchschnitt untergewichtet werden.

Übersicht 3: Zahl und Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %)

	Betroffene				Jahresdurchschnittsbestand			
	Gesamt	Stabil	Instabil	In %	Gesamt	Stabil	Instabil	In %
	absolut	absolut	absolut		absolut	absolut	absolut	
2000	3.498.917	2.351.711	1.147.206	32,8	2.926.392	2.349.883	576.509	19,7
2001	3.532.070	2.376.847	1.155.223	32,7	2.955.822	2.376.847	578.975	19,6
2002	3.590.273	2.416.879	1.173.394	32,7	2.999.135	2.416.879	582.256	19,4
2003	3.606.416	2.409.930	1.196.486	33,2	3.001.022	2.409.930	591.092	19,7
2004	3.635.115	2.442.782	1.192.333	32,8	3.019.640	2.438.884	580.756	19,2
2005	3.676.353	2.469.545	1.206.808	32,8	3.051.635	2.469.545	582.090	19,1
2006	3.731.421	2.500.912	1.230.509	33,0	3.102.786	2.500.912	601.874	19,4
2007	3.799.837	2.557.331	1.242.506	32,7	3.167.771	2.557.331	610.440	19,3
2008	3.868.856	2.600.767	1.268.089	32,8	3.224.005	2.594.542	629.463	19,5
2009	3.841.364	2.560.874	1.280.490	33,3	3.180.421	2.560.874	619.547	19,5
2010	3.871.171	2.569.075	1.302.096	33,6	3.203.040	2.569.075	633.965	19,8
2011	3.960.035	2.615.478	1.344.557	34,0	3.266.104	2.615.478	650.626	19,9
2012	4.018.117	2.658.250	1.359.867	33,8	3.311.817	2.651.905	659.912	19,9
2013	4.051.743	2.669.316	1.382.427	34,1	3.332.369	2.669.316	663.053	19,9
2014	4.084.896	2.698.239	1.386.657	33,9	3.359.622	2.698.239	661.383	19,7
2015	4.119.786	2.732.304	1.387.482	33,7	3.393.525	2.732.304	661.221	19,5
2016	4.183.123	2.768.445	1.414.678	33,8	3.447.251	2.765.656	681.595	19,8
2017	4.238.659	2.804.651	1.434.008	33,8	3.514.126	2.804.651	709.475	20,2
2000/2017	+739.742	+454.768	+284.974	+1,0	+587.734	+454.768	+132.966	+0,5

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

Übersicht 4: Ausmaß der Beschäftigungsintegration der unselbständig Aktivbeschäftigten
Verteilung nach Tagen in unselbständiger Aktivbeschäftigung

	1-92 Tage	93-183 Tage	184-274 Tage	275-364/365 Tage	365/366 Tage	Gesamt
2000	9,6	6,7	7,4	9,2	67,2	100,0
2001	9,6	6,6	7,4	9,0	67,3	100,0
2002	9,7	6,6	7,6	8,7	67,3	100,0
2003	10,0	6,7	7,6	9,0	66,8	100,0
2004	10,1	6,7	7,5	8,6	67,1	100,0
2005	10,2	6,8	7,5	8,3	67,2	100,0
2006	10,1	6,7	7,6	8,5	67,0	100,0
2007	10,0	6,7	7,2	8,8	67,3	100,0
2008	10,1	6,5	7,0	9,4	67,1	100,0
2009	10,4	6,9	7,5	8,6	66,7	100,0
2010	10,3	6,9	7,5	8,9	66,4	100,0
2011	10,7	6,8	7,5	8,9	66,0	100,0
2012	10,7	6,9	7,5	8,9	66,0	100,0
2013	10,8	6,9	7,9	8,5	65,9	100,0
2014	11,0	6,8	7,4	8,8	66,1	100,0
2015	10,8	6,8	7,4	8,6	66,3	100,0
2016	10,7	6,9	7,4	8,9	66,1	100,0
2017	10,2	6,9	7,4	9,3	66,2	100,0

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

Übersicht 5: Versicherte nach Tagen in unselbständiger Aktivbeschäftigung und Personengruppe, 2017

	0 Tage	≥1 Tag	Unter den Versicherten mit ≥1 Tag				
			1-92 T.	93-183 T.	184-274 T.	275-364 T.	365 T.
Gesamt	28,8	71,2	10,2	6,9	7,4	9,3	66,2
Männer	25,1	74,9	9,5	6,7	7,5	10,6	65,7
Frauen	32,7	67,3	11,0	7,2	7,4	7,7	66,7
Mütter	33,4	66,6	6,6	6,0	6,8	6,4	74,1
Mütter mit Kleinkind (<3 J.)	47,4	52,6	30,8	25,0	19,7	11,5	12,9
15-24	22,7	77,3	28,7	14,0	9,3	10,2	37,8
25-44	21,4	78,6	8,5	6,9	8,3	11,3	64,9
45-54	24,4	75,6	4,2	3,6	5,2	6,9	80,1
55-64	54,0	46,0	5,5	4,8	6,3	5,7	77,6
InländerInnen	26,3	73,7	7,9	5,7	6,2	8,3	72,0
AusländerInnen	34,1	65,9	18,6	11,6	12,0	13,1	44,7
Deutschland	26,9	73,1	16,2	10,0	9,6	11,1	53,2
EU15 (ohne AT, DE)	24,5	75,5	27,1	13,2	10,0	10,0	39,8
Türkei	36,0	64,0	13,8	10,4	11,9	13,2	50,6
Ex-Jugoslawien*	28,3	71,7	10,2	8,8	11,6	14,0	55,4
EU2004	26,4	73,6	21,3	12,3	13,0	14,4	39,1
EU2007/2013	36,6	63,4	23,0	12,9	13,5	13,9	36,8
Sonstige Nation	57,4	42,6	19,1	13,9	12,3	11,3	43,4

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – *) Ohne Slowenien und Kroatien. InländerInnen inklusive Personen mit unbekannter Staatsbürgerschaft (zu einem großen Teil KFA-Versicherte).

3.4.2 Ursachenfaktoren der Destabilisierung

Anstieg der Arbeitslosigkeit

Während des Beobachtungszeitraums stieg die Arbeitslosigkeit deutlich – unmittelbar nach Krisenausbruch 2008/09 und während einer mehrjährigen Stagnationsphase der Wirtschaft ab Mitte des Jahres 2011 besonders stark. Erst seit November 2016 sinkt sie wieder – seit März 2017 mit verstärkter Dynamik. Mit dem mehrjährigen Anstieg ab Mitte 2011 ging zudem eine zunehmende Verfestigung der Arbeitslosigkeit einher, die sich in einer nahezu Verdoppelung des Anteils der Langzeitbeschäftigungslosen an den Arbeitslosen manifestierte (vgl. *Eppel et al.*, 2018). Das Risiko, mindestens einen Tag arbeitslos zu sein, nahm daher für die Versicherten – insbesondere seit der Wirtschaftskrise – zu. Wie aus Abbildung 15 ersichtlich, stieg der Anteil der mindestens einen Tag im Jahr von Arbeitslosigkeit betroffenen Versicherten (mit eigener Krankenversicherung) von 14,0% im Jahr 2000 auf 16,7% im Jahr 2017. Für die Erwerbspersonen (d. h. die Erwerbstätigen und Arbeitslosen) erhöhte sich der Anteil von 17,4% auf 19,7%.

Für die Gruppe der unselbständig Aktivbeschäftigten erhöhte sich im Gesamtzeitraum von 2000 bis 2017 der Anteil nur relativ moderat (von 15,8% auf 16,1%) und stagnierte gerade im

vergangenen Jahrzehnt.¹⁸⁾ Darüber hinaus schrumpfte unter den instabil Aktivbeschäftigten der Anteil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen leicht von 48,0% auf 47,7%. Dies dürfte auch an der höheren Zahl an über die Grenze pendelnden Arbeitskräfte seit der Arbeitsmarktöffnung 2011 zurückzuführen sein.¹⁹⁾ Insgesamt hat die Zunahme in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit wesentlich zur Ausbreitung instabiler Beschäftigung beigetragen: Dies zeigt sich, wenn die Tage mit Arbeitslosigkeit ausgeblendet und nur die Tage in erwerbsfernen Positionen berücksichtigt werden: Dann blieb der Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig aktiv Beschäftigten über die Zeit konstant. Das bedeutet, dass die vermehrte Betroffenheit von Arbeitslosigkeit für die Zunahme der instabilen Beschäftigung verantwortlich sein muss.

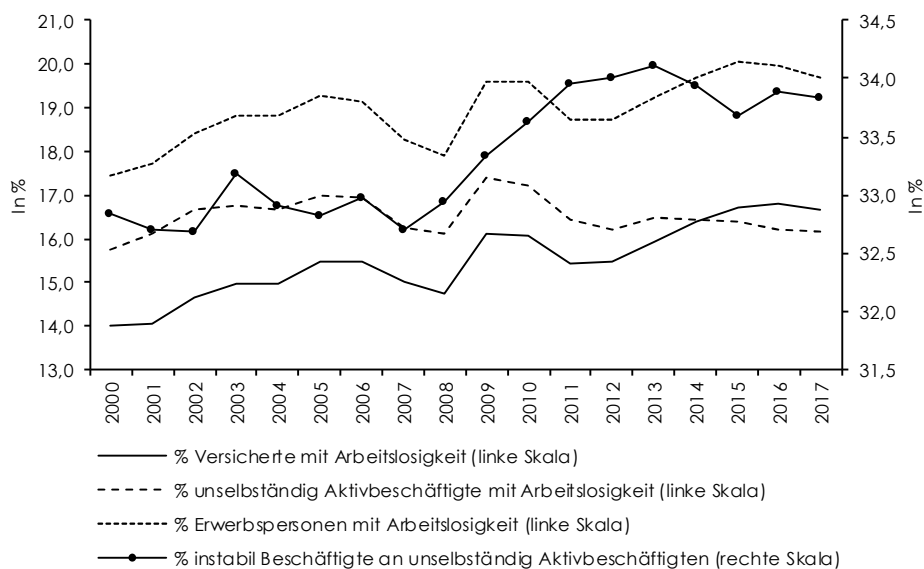
In Abbildung 16 wird ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und dem Anteil der instabil Beschäftigten sichtbar. In der Phase der Finanzkrise war die zunehmende Instabilität der Beschäftigung auf ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko zurückzuführen. Mit der Ostöffnung des Arbeitsmarktes 2011 veränderte sich die Struktur der instabil Beschäftigten markant. Ab diesem Zeitpunkt war der Anstieg der Instabilität in erster Linie den neu zuströmenden Arbeitskräften aus den östlichen Nachbarländern geschuldet. Mit der zunehmenden Verfestigung der Arbeitslosigkeit ab 2012 nahmen offensichtlich die Übergangsmöglichkeiten Arbeitsloser in Beschäftigung insgesamt – und auch spezifisch in instabiler Beschäftigung – ab (ersichtlich am Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit bzw. im sinkenden Anteil der unselbständig Aktivbeschäftigten mit Arbeitslosigkeit). Deshalb ist um das Jahr 2014 auch ein Bruch im Anstieg des Anteils instabiler Beschäftigung bemerkbar.²⁰⁾

¹⁸⁾ Der Anteil der eigenständig Sozialversicherten mit über 50% Arbeitslosigkeit im Kalenderjahr stieg von 2,8% im Jahr 2000 auf 5,8% im Jahr 2017. Für die Erwerbspersonen nahm der entsprechende Anteil von 3,5% auf 6,8% zu, für die unselbständig Aktivbeschäftigten von 1,9% auf 3,3%. Im Jahr 2017 waren 2,5% der Versicherten, 2,9% der Erwerbspersonen und 0,4% der unselbständig Aktivbeschäftigten ganzjährig arbeitslos.

¹⁹⁾ Im Jahr 2017 hatten 3,6% der betrachteten eigenständig Sozialversicherten einen ausländischen Wohnort.

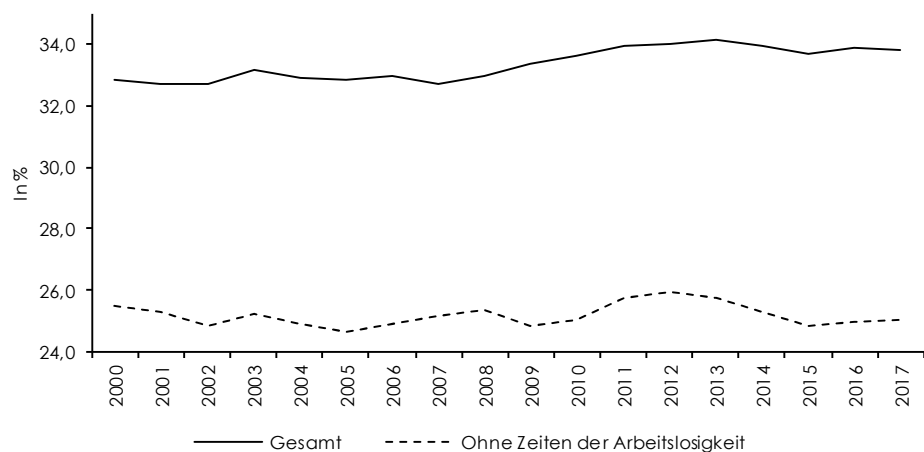
²⁰⁾ Der Anteil der Personen mit mindestens einem Tag Arbeitslosigkeit im Jahr nahm unter den (mindestens einen Tag) unselbständig Aktivbeschäftigten nach 2013 im Gegensatz zur Gesamtheit aller Versicherten und zu den Erwerbspersonen nicht zu. Die naheliegenden Gründe sind: Die zunehmende Verfestigung der Arbeitslosigkeit führte dazu, dass (1) Personen ohne einen Beschäftigungstag vermehrt arbeitslos waren und (2) dass Arbeitslose seltener mindestens einen Tag in Beschäftigung waren und deshalb nicht zu den unselbständig Aktivbeschäftigten zählten.

Abbildung 15: Anteil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen (in %) Anteil mit mindestens einem Tag Arbeitslosigkeit im jeweiligen Jahr



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – Arbeitslosigkeit: Alle geschäftsfallbegründenden Vormerkstatus (registrierte Arbeitslosigkeit, Schulungen, Lehrstellensuche, Abklärung der Arbeitsfähigkeit/Gesundheitsstraße, Bezug eines Fachkräftestipendiums und Schulung Reha mit Umschulungsgeld).

Abbildung 16: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %) mit und ohne Zeiten der Arbeitslosigkeit



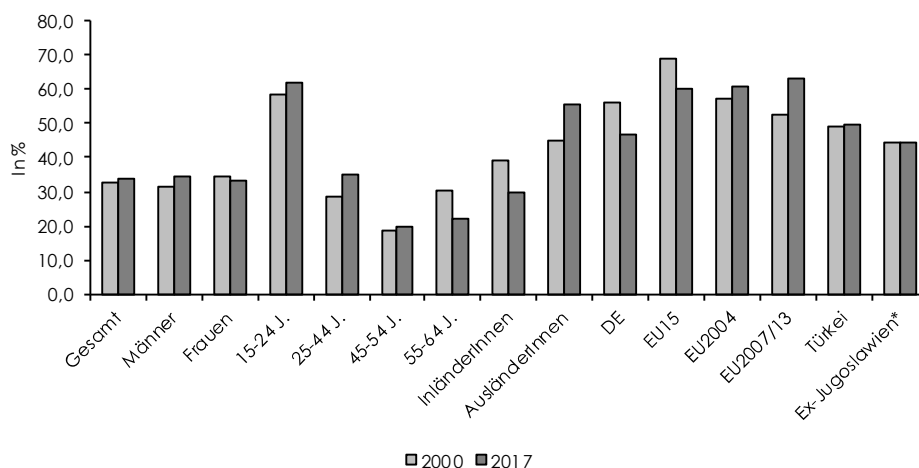
Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

Alterung der Erwerbsbevölkerung

Wie Abbildung 17 zeigt, sind zum einen junge Menschen und zum anderen ausländische Arbeitskräfte, darunter insbesondere diejenigen aus den neuen, östlichen EU-Mitgliedsländern, deutlich überproportional von instabiler Beschäftigung betroffen. Im Jahr 2017 waren 62,2% aller unselbständig Aktivbeschäftigten unter 25 Jahren nicht ganzjährig beschäftigt. Das ist ein wesentlich höherer Anteil als unter den 25- bis 44-Jährigen (35,1%) und insbesondere den älteren Arbeitskräften (45 bis 54 Jahre: 19,9%; 55 bis 64 Jahre: 22,4%).²¹⁾

Der Arbeitsmarkteinstieg junger Menschen ist typischerweise durch eine erhöhte Fluktuation geprägt. Das ist zum Teil der Tatsache geschuldet, dass sie sich – insbesondere unmittelbar nach Ausbildungsabschluss – erst beruflich orientieren müssen und daher häufiger den Arbeitsplatz wechseln. Auch begleitend zur Ausbildung nur für kurze Zeit ausgeübte Erwerbstätigkeit wirkt sich aus. Die hohe und in den letzten Jahrzehnten tendenziell zunehmende Instabilität der Beschäftigung Jugendlicher ist allerdings auch auf ein höheres Arbeitsloskeitsrisiko zurückzuführen (Mahringer, 2005). Einstiegsphasen in den Arbeitsmarkt verlaufen häufiger diskontinuierlich und mit einem höheren Risiko von Problemen bei der Beschäftigungsintegration. Nicht zuletzt waren junge Menschen anfänglich stärker von der Finanzkrise 2008/2009 betroffen als andere Altersgruppen. Ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit nahm unmittelbar nach Krisenausbruch markant zu (Mahringer, 2009).

Abbildung 17: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %) nach Personengruppe



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – *) Ohne Slowenien und Kroatien. InländerInnen inklusive Personen mit unbekannter Staatsbürgerschaft (zu einem großen Teil KFA-Versicherte).

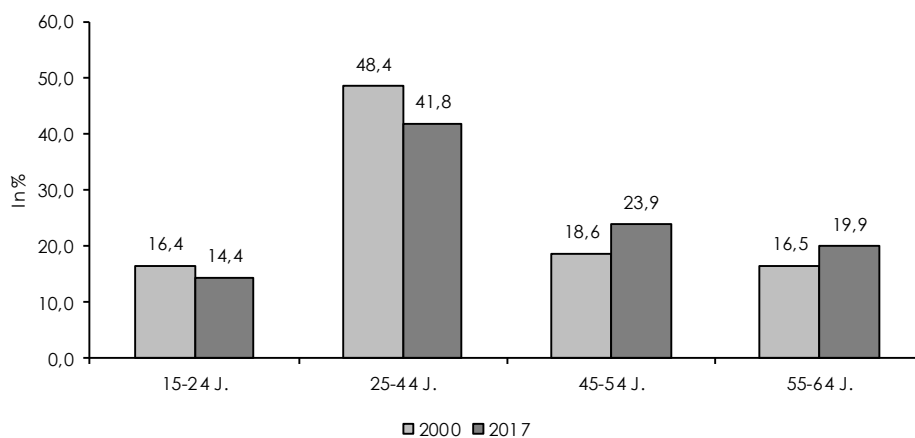
Die markante Alterung der Erwerbsbevölkerung dämpfte bzw. verdeckte die zu beobachtende Destabilisierung der Beschäftigung, da junge Menschen wesentlich häufiger instabil beschäftigt sind als ältere Arbeitskräfte und als Zusatzfaktor die Instabilität der Beschäftigung

²¹⁾ Für die 15- bis 24-Jährigen stieg der Anteil der instabil Beschäftigten von 58,5% im Jahr 2000 auf 62,2% im Jahr 2017.

(ausschließlich) in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen deutlich abnahm (von 30,5% im Jahr 2000 auf 22,4% 2017)²²⁾:

- Aufgrund der demographischen Alterung und der sinkenden Erwerbsbeteiligung junger Menschen nahm der Anteil der Personen unter 25 Jahren an den betrachteten Versicherten ab (von 16,4% im Jahr 2000 auf 14,4% 2017). Auch der Anteil der Personen in der mittleren Altersgruppe (25 bis 44 Jahre) schrumpfte (von 48,4% auf 41,8%). Gleichzeitig stieg aufgrund der demographischen Alterung und der steigenden Erwerbsbeteiligung der Anteil älterer Personen deutlich: jener der 45- bis 54-Jährigen von 18,6% auf 23,9%, jener der 55- bis 64-Jährigen von 16,5% auf 19,9% (vgl. Abbildung 18).
- Wird der Effekt dieser Alterung der Erwerbsbevölkerung ausgeschaltet, indem in einer logistischen Regression für den Einfluss des Alters kontrolliert wird, so kommt der Trend einer Destabilisierung der Beschäftigung deutlicher zum Vorschein als ohne diese Korrektur. Zudem zeigt sich, dass diese Entwicklung nicht erst 2008 einsetzt, sondern sich mehr oder weniger über den gesamten, mit dem Jahr 2000 beginnenden Beobachtungszeitraum erstreckt. Der mittels Regression geschätzte durchschnittliche Anteil instabiler Beschäftigung erhöhte sich unter Kontrolle für die Altersstruktur der Beschäftigten von 31,4% im Jahr 2000 auf 34,9% im Jahr 2017 (siehe Abbildung 19). Zum Vergleich: Ohne diese Korrektur stieg der Anteil von 32,8% auf 33,8%.

Abbildung 18: Jahresdurchschnittsbestand der Versicherten nach Altersgruppe, 2000 vs. 2017

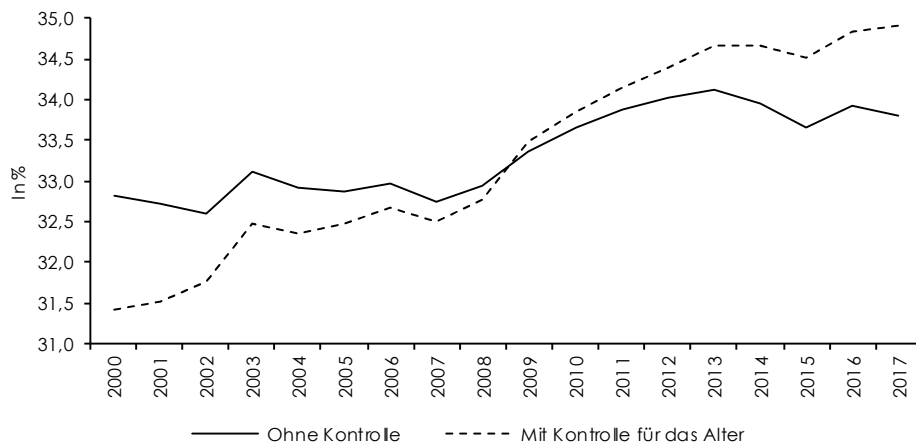


Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

²²⁾ Die Verlängerung der Erwerbsphase im höheren Erwerbsalter kann dazu führen, dass der Anteil unterjähriger Beschäftigung abnimmt. Das ist dann der Fall, wenn durch den Austritt aus dem Erwerbsleben unterjährige Beschäftigungsbeendigungen als instabile Beschäftigung aufscheinen, sich aber gleichzeitig die Basis des Anteils durch den längeren Verbleib (evtl. über mehrere Jahre) am Arbeitsmarkt erhöht. Zudem kann auch die Bildungsexpansion die Beschäftigungsstabilität erhöhen, weil Höhergebildete länger und stabiler erwerbsaktiv bleiben als Geringqualifizierte.

Abbildung 19: Durchschnittliche geschätzte Anteile instabiler Beschäftigung mit und ohne Kontrolle für Veränderungen in der Altersstruktur der Versicherten

Ergebnis einer binär-logistischen Regression



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der gegenwärtigen Betroffenheit von instabiler Beschäftigung sind relativ gering: Im Jahr 2017 waren 34,3% der Männer und 33,3% der Frauen nicht ganzjährig in unselbständiger Aktivbeschäftigung. Allerdings unterscheiden sich die Geschlechter in der Entwicklung über die Zeit: Während sich bei Männern in der Zeit von 2000 bis 2017 die instabile Beschäftigung ausweitete, nahm sie bei Frauen ab. Auffallend ist, dass sich bei Frauen die instabile Beschäftigung – von einem wesentlich höheren Ausgangsniveau – in den Jahren 2001 und 2002 markant reduzierte und damit dem Niveau der Männer annäherte.²³⁾

Arbeitsmarkt-Ostöffnung

Neben dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Alterung der Erwerbsbevölkerung war der starke Zustrom ausländischer Arbeitskräfte aus den östlichen EU-Staaten eine wesentliche Triebfeder der beobachteten Destabilisierung der Beschäftigung: Per Saldo ging die Zunahme instabiler Beschäftigung ausschließlich auf ausländische Arbeitskräfte zurück. Unter österreichischen Staatsangehörigen²⁴⁾ reduzierte sich der Anteil der nicht ganzjährig Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten von 39,4% im Jahr 2000 auf 30,0% im Jahr 2017. Währenddessen nahm der Anteil unter AusländerInnen – ausgehend von einem bereits hohen Niveau – weiter zu: von 44,8% auf 55,3%. AusländerInnen sind somit beinahe doppelt so häufig instabil beschäftigt wie InländerInnen (vgl. Abbildung 17).

²³⁾ Aus einer früheren Untersuchung ist bekannt, dass Personen mit maximal Pflichtschulabschluss im instabilen Beschäftigungssegment deutlich überrepräsentiert sind. Neben Geringqualifizierten ist die Quote auch unter Menschen mit höherer oder tertiärer Ausbildung überdurchschnittlich hoch. Dies betrifft aber hauptsächlich junge Menschen, die unabhängig von ihrer Qualifikation überproportional stark betroffen sind (Eppel – Leoni – Mahringer, 2017A, 2017B).

²⁴⁾ Personen mit unbekannter Staatsbürgerschaft sind mitberücksichtigt. Es dürfte sich zu einem großen Teil um die KFA-Versicherten handeln.

Diese hohe Betroffenheit von instabiler Beschäftigung ist eng mit einer starken Konzentration von AusländerInnen auf die durch eine hohe und teils weiter steigende Instabilität und Arbeitskräftefluktuation geprägten Branchen verbunden: Das gilt vor allem für die Landwirtschaft, den Tourismus und den Bereich sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen (insbesondere Arbeitskräfteüberlassung), die Bauwirtschaft und die Bereiche "Kunst, Unterhaltung und Erholung" sowie "Erziehung und Unterricht".²⁵⁾ Ein Teil erklärt sich durch die wachsende Zahl der EinpendlerInnen vor allem aus den östlichen Nachbarländern Österreichs. Diese Menschen haben sich gar nicht in Österreich niedergelassen, sondern wohnen weiterhin im EU-Ausland und pendeln häufig nur unterjährig ein, um in Österreich erwerbstätig zu sein. Ein dritter Erklärungsansatz für die hohe Beschäftigungsinstabilität unter ausländischen Arbeitskräften ist, dass sie häufig zu den Randbelegschaften von Betrieben zählen und daher von Schwankungen in der Auftragslage besonders betroffen sind. Eine mögliche vierte Ursache ist, dass sie im Durchschnitt jünger sind als die inländischen Arbeitskräfte (Eppel – Leoni – Mahringer, 2017A, 2017B).

Maßgeblich für die Zunahme der instabilen Beschäftigung unter ausländischen Arbeitskräften waren in erster Linie die Arbeitsmarktöffnungen (Gewährung der Freizügigkeit) 2011 für Staatsangehörige von acht der zehn im Jahr 2004 der EU beigetretenen Länder ("EU-2004")²⁶⁾ und 2014 für ArbeitnehmerInnen aus Rumänien und Bulgarien. Zu diesen Zeitpunkten erhielten die Angehörigen dieser Staaten uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Seither können sie unter den gleichen Voraussetzungen wie österreichische StaatsbürgerInnen eine Beschäftigung aufnehmen und ausüben. Außerdem können sie ihre Dienstleistungen ohne dauerhafte Niederlassung grenzüberschreitend in Österreich anbieten. Diese Gewährung der Freizügigkeit hatte einen erheblichen Zustrom von Arbeitskräften aus dem östlichen EU-Ausland zur Folge, die besonders häufig nur unterjährig beschäftigt sind.

Unmittelbar nach den Ostöffnungen nahm der Anteil der instabil Beschäftigten an den Beschäftigten aus den jeweils betroffenen Ländern – von einem bereits hohen Ausgangsniveau ausgehend – sprunghaft zu: In der EU2004-Ländergruppe im Jahr 2011 von 62,8% auf 72,2%, in

²⁵⁾ Instabile Beschäftigung ist in den klassischen Saisonbranchen "Land- und Forstwirtschaft, Fischerei", Tourismus und Bauwirtschaft, sowie in den Bereichen "Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" (inkl. Arbeitskräfteüberlassung) und "Kunst, Unterhaltung und Erholung" am weitesten verbreitet. Für den hohen Anteil instabiler Beschäftigung im Bereich der „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ ist vor allem die Arbeitskräfteüberlassung verantwortlich, aber auch in anderen Teilbereichen wie "Wach- und Sicherheitsdienste; Detektei" und "Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau" sind viele Beschäftigte nicht das ganze Jahr hindurch erwerbstätig. Deutlich überdurchschnittlich verbreitet ist unterjährige Beschäftigung außerdem im Bereich "Erziehung und Unterricht". Demgegenüber ist insbesondere in der Energieversorgung, im Bereich der Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger und Interessenvertretungen sowie der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen der Großteil der Arbeitskräfte das ganze Jahr hindurch beschäftigt. Deutlich überdurchschnittlich ist die Beschäftigungsstabilität auch im Bereich der Warenherstellung, der Wasserversorgung, Abwasser- bzw. Abfallentsorgung und der Information und Kommunikation. Mit Ausnahme der Bauwirtschaft haben gerade die Branchen mit relativ häufiger instabiler Beschäftigung (Landwirtschaft, Tourismus, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, Kunst, Unterhaltung und Erholung, sowie Erziehung und Unterricht) seit 2008 an Bedeutung zugenommen. Umgekehrt hat unter anderem die Warenherstellung – ein Bereich mit relativ häufiger stabiler Beschäftigung – anteilmäßig an Bedeutung verloren. Diese strukturellen Verschiebungen haben zur Zunahme der instabilen Beschäftigung beigetragen (Eppel – Leoni – Mahringer, 2017A, 2017B).

²⁶⁾ Betroffene EU-2004-Länder: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn.

der EU-2007/13-Ländergruppe (unter Einbezug des 2013 der EU beigetretenen Kroatiens) im Jahr 2014 von 59,9% auf 68,1%.²⁷⁾

In den Folgejahren reduzierte sich der Anteil wieder. Ein Teil der Zunahme war somit nur vorübergehend. Er kam möglicherweise durch Beschäftigungsaufnahmen im Laufe des Jahres 2011 zustande (der Arbeitsmarkt wurde am 1.5.2011 bzw. 1.1.2014 geöffnet). Ein Teil der neuen Arbeitskräfte konnte vermutlich ein stabiles Beschäftigungsverhältnis eingehen. Eine weitere mögliche Erklärung für die vorübergehende Zunahme ist, dass viele der nach der Gewährung der Freizügigkeit zugewanderten Arbeitskräfte nur für kurze Zeit in Österreich arbeiteten (zum Beispiel als Saisonbeschäftigte): Sie zogen sich bald wieder vom österreichischen Arbeitsmarkt zurück und kehrten in ihr Heimatland zurück oder wechselten in einen anderen erwerbsfernen Zustand (vgl. *Huber – Böhs, 2012*).²⁸⁾ Eine dritte Ursache könnte sein, dass die erste Phase des Arbeitsmarkteintritts für Zugewanderte – ähnlich wie für jugendliche BerufseinsteigerInnen – durch ein erhöhtes Maß an Instabilität geprägt ist.

Trotz des Rückgangs in den Folgejahren der Arbeitsmarktöffnungen weisen Arbeitskräfte aus den neuen östlichen EU-Mitgliedsstaaten bis heute eine besonders geringe Beschäftigungsstabilität auf. Im Jahr 2017 waren in der EU2004-Ländergruppe 60,9%, in der EU2007/2013-Ländergruppe 63,2% der unselbständig Aktivbeschäftigten unterjährig erwerbstätig.²⁹⁾

Ähnlich hoch ist der Anteil unter den Angehörigen von EU15-Mitgliedsländern (ohne Deutschland) mit 60,2% und Angehörigen sonstiger Staaten (weder EU noch Türkei und ehemaliges Jugoslawien) mit 56,6%.³⁰⁾ Diese Personengruppen wuchsen nicht so stark wie die EU2004- und die EU2007/13-Ländergruppe, nahmen aber ebenfalls seit 2000 an Bedeutung zu und trieben dadurch den Anteil der instabilen Beschäftigung in die Höhe.

Ähnliches gilt für deutsche StaatsbürgerInnen: Unter Arbeitskräften aus Deutschland reduzierte sich der Anteil instabil Beschäftigter jedoch deutlich von 56,3% im Jahr 2000 auf 46,8% im Jahr 2017. Eine mögliche Erklärung ist, dass infolge der Entspannung des deutschen Arbeitsmarktes weniger deutsche Arbeitskräfte nach Österreich kamen, um hier in dem durch saisonale und instabile Beschäftigung geprägten Tourismussektor zu arbeiten. Ungeachtet des sinkenden

²⁷⁾ Bereits der EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2007 hatte eine Ausweitung instabiler Beschäftigung unter Arbeitskräften aus diesen beiden Ländern zur Folge gehabt.

²⁸⁾ Rund 0,6% der eigenständig Sozialversicherten im Jahr 2011 (gut 32.000 Personen) waren ausschließlich in diesem Jahr und nicht in einem anderen der Jahre 2000 bis 2017 eigenständig versichert. Werden diese Personen (oder auch jene, die nur im jeweiligen und im darauffolgenden Jahr eigenständig sozialversichert waren) aus der Betrachtung ausgeschlossen, dann fiel der Anstieg im Jahr 2011 etwas geringer aus, es ändert sich allerdings das Gesamtbild bezüglich der Entwicklung der Beschäftigungsstabilität nicht.

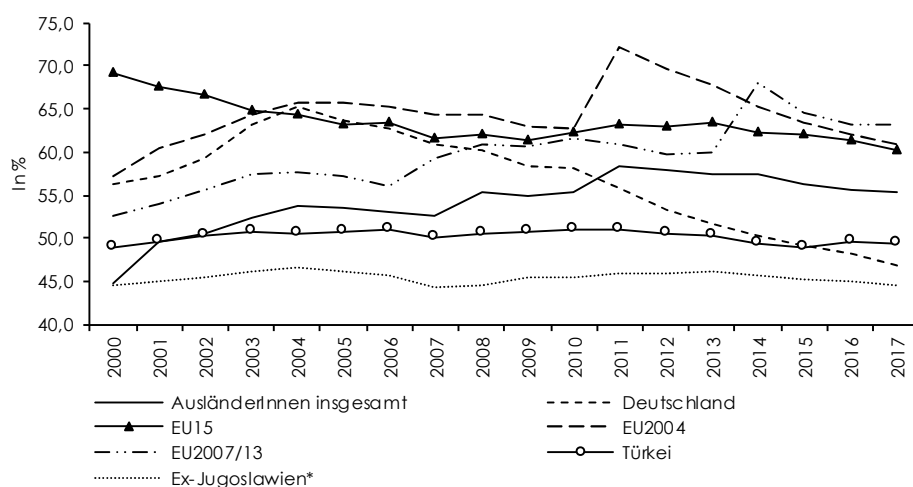
²⁹⁾ Innerhalb der EU2004-Ländergruppe ist der Anteil instabil Beschäftigter unter Personen aus Ungarn, Slowakei, Polen, Slowenien und Tschechien höher als unter Personen aus den restlichen Ländern. In der EU2007/2013-Gruppe sind Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien noch häufiger von instabiler Beschäftigung betroffen als Kroatinnen und Kroaten (*Eppel – Leoni – Mahringer, 2017A, 2017B*).

³⁰⁾ In der Gruppe sonstiger Staaten erhöhte sich der Anteil der instabil Beschäftigten massiv von 27,3% im Jahr 2000 auf 56,6% im Jahr 2017. Ausschlaggebend dafür waren sprunghafte Anstiege in den Jahren 2001 und 2007. Die Ursache ist vermutlich in Veränderungen der Zusammensetzung dieser Gruppe zu suchen.

Anteils wirkte sich die bis heute häufig instabile Beschäftigung deutscher Staatsangehöriger in einem höheren Gesamtanteil instabil Beschäftigter aus.

Wie bei StaatsbürgerInnen aus Deutschland, nahm auch bei jenen aus den sonstigen EU15-Mitgliedsländern instabile Beschäftigung über die Zeit ab. Für Personen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien verharrte der Anteil der instabil Beschäftigten konstant auf einem Niveau von rund 49% bzw. 45% (vgl. Abbildung 20).

Abbildung 20: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig aktivbeschäftigten AusländerInnen (in %) nach Staatsangehörigkeit

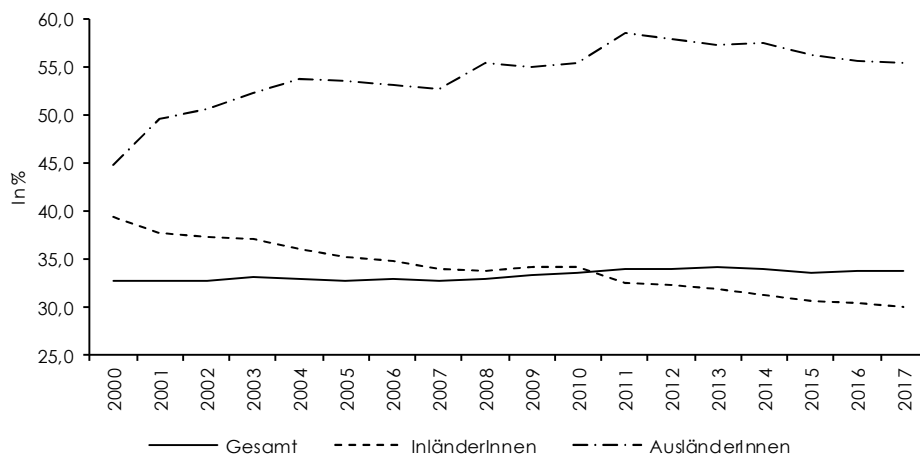


Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – *) Ohne Slowenien und Kroatien.

Das vermehrte Einpendeln aus dem Ausland dürfte in den Jahren seit der Öffnung des Arbeitsmarktes für östliche EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2011 zu einer höheren Instabilität der Beschäftigung beigetragen haben. Aber nur ein kleiner Teil der Instabilität (2,3%) ist durch Personen begründet, die ihren Wohnort im Ausland hatten und vermutlich deshalb häufig nicht das ganze Jahr über in Österreich erwerbstätig waren. Nach Ausschluss dieser Gruppe bleibt immer noch ein Anteil von 33,0% an instabil Beschäftigten (vgl. Abbildung 14).

Wie stark die ausländischen Staatsangehörigen insgesamt die Entwicklung prägten, veranschaulicht Abbildung 21: Die instabile Beschäftigung nahm per Saldo nur bei den ausländischen Arbeitskräften zu. Dementsprechend schrumpfte der Anteil der instabil Beschäftigten, wenn in einer Regression für die Staatsbürgerschaft, also für den zunehmenden Ausländeranteil unter den Beschäftigten, kontrolliert wird. Wird zusätzlich der Alterungseffekt ausgeschaltet, dann fiel der Rückgang schwächer aus (vgl. Abbildung 22).

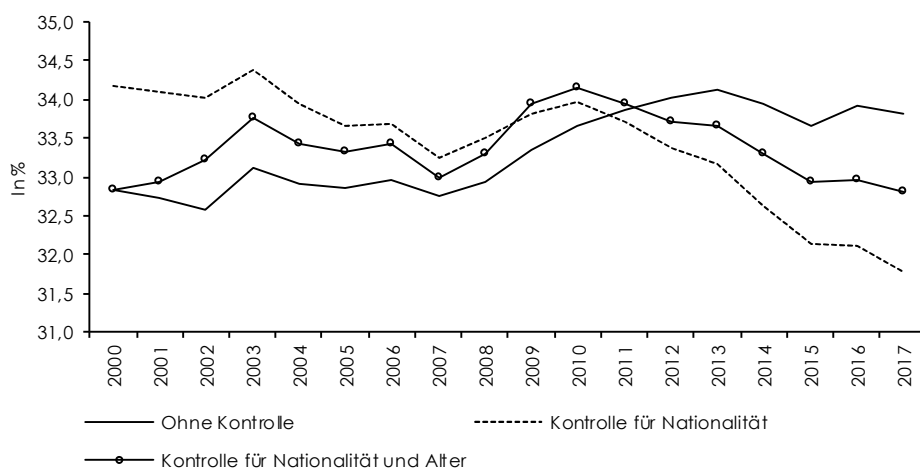
Abbildung 21: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %) mit und ohne ausländischen Staatsangehörigen



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – Personen mit unbestimmter Staatsangehörigkeit bei den InländerInnen enthalten (zu einem großen Teil KFA-Versicherte).

Abbildung 22: Durchschnittlicher geschätzter Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %) mit und ohne Kontrolle für Staatsangehörigkeit und Alter

Ergebnis einer binär-logistischen Regression



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – Personen mit unbestimmter Staatsangehörigkeit bei den InländerInnen enthalten (zu einem großen Teil KFA-Versicherte).

3.4.3 Persistenz instabiler Beschäftigung

Für die finanzielle Lage einer Person und in weiterer Folge die zu erwartende Pension ist maßgeblich, ob prekäre Erwerbslagen nur kurz und vorübergehend oder von Dauer sind. Um Anhaltspunkte für die Persistenz einer instabilen Beschäftigungsintegration zu erhalten, zeigt Übersicht 6, welcher Anteil der in einem Jahr stabil bzw. instabil unselbständig Aktivbeschäftigten (auch) im Folgejahr bzw. in den Folgejahren stabil bzw. instabil beschäftigt war.

Ein Großteil der stabil Beschäftigten ist dauerhaft stabil beschäftigt. So waren etwa 89,3% der im Jahr 2013 stabil Beschäftigten auch im Folgejahr, 84,7% in den zwei Folgejahren und 77,9% in den vier Folgejahren – d. h. fünf Jahre hindurch – stabil beschäftigt.

Von den instabil unselbständig Aktivbeschäftigten sind rund zwei Drittel auch im Folgejahr nicht ganzjährig in Beschäftigung. Am Beispiel der im Jahr 2013 instabil Beschäftigten: 68,9% waren auch im Folgejahr, 49,4% in den zwei Folgejahren und 30,2% in den vier Folgejahren – also fünf Jahre durchgehend – instabil beschäftigt.

Übersicht 6: Persistenz instabiler Beschäftigung

Anteil der in den Folgejahren stabil bzw. instabil unselbständig Aktivbeschäftigten (in %)

	Stabil unselbständig Aktivbeschäftigte			Instabil unselbständig Aktivbeschäftigte		
	Folgejahr	2 Folgejahre	4 Folgejahre	Folgejahr	2 Folgejahre	4 Folgejahre
2000	88,6	83,0	76,8	11,4	4,8	1,6
2001	88,2	82,8	77,4	11,8	4,8	1,5
2002	88,4	84,3	78,6	11,6	4,4	1,4
2003	89,5	85,0	79,0	10,5	4,2	1,3
2004	89,7	85,0	78,8	10,3	4,2	1,2
2005	89,8	85,1	77,7	10,2	4,0	1,2
2006	89,9	85,0	77,7	10,1	3,8	1,2
2007	89,4	83,2	77,2	10,6	4,2	1,4
2008	87,7	83,0	76,7	12,3	5,0	1,5
2009	89,0	84,4	77,6	11,0	4,3	1,3
2010	89,5	84,5	78,3	10,5	4,1	1,2
2011	89,0	83,9	78,3	11,0	4,3	1,3
2012	88,8	84,4	78,0	11,2	4,3	1,3
2013	89,3	84,7	77,9	10,7	4,3	1,2
2014	89,5	84,5		10,5	4,2	
2015	89,3	84,4		10,7	4,2	
2016	89,2			10,8		

	Stabil beschäftigt			Instabil beschäftigt		
	Folgejahr	2 Folgejahre	4 Folgejahre	Folgejahr	2 Folgejahre	4 Folgejahre
2000	32,9	28,5	22,4	67,1	48,6	30,8
2001	31,2	27,5	21,6	68,8	49,8	31,6
2002	30,8	27,4	21,4	69,2	49,9	31,7
2003	31,4	28,1	22,1	68,6	49,7	31,0
2004	31,1	27,9	21,8	68,9	50,1	30,7
2005	31,0	27,9	21,4	69,0	49,2	30,4
2006	32,6	28,9	22,2	67,4	48,0	30,5
2007	32,5	28,7	22,5	67,5	48,8	31,0
2008	30,7	27,6	21,7	69,3	50,8	31,6
2009	30,4	27,3	21,7	69,6	49,3	30,6
2010	32,1	28,5	22,7	67,9	48,6	30,3
2011	31,8	28,5	23,0	68,2	49,1	30,6
2012	31,0	27,9	22,5	69,0	49,5	30,8
2013	31,1	27,9	22,6	68,9	49,4	30,2
2014	31,0	27,9		69,0	49,0	
2015	31,5	28,2		68,5	48,1	
2016	32,2			67,8		

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – Prozentanteil aller im Ausgangsjahr stabil bzw. instabil unselbständig Aktivbeschäftigten, die in allen jeweils betrachteten Folgejahren im Erwerbsalter und mindestens einen Tag aktiv unselbständig beschäftigt waren.

3.5 Destabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse

Wenn wie bisher die Gesamtheit aller in einem Jahr (unselbständig) Beschäftigten betrachtet wird, dann sind von vornherein keine allzu großen Veränderungen im Anteil des instabilen Beschäftigungssegments von Jahr zu Jahr zu erwarten, da das Gesamtbild nach wie vor durch einen großen Kern von stabil Beschäftigten geprägt wird. Werden die Entwicklungen an einem großen Stock stabiler Beschäftigung gemessen, so ist innerhalb weniger Jahre mit keinen großen Sprüngen im Anteil instabiler Beschäftigung zu rechnen. Hinzu kommt, dass sich ein größerer Teil von Destandardisierungsprozessen bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren vollzog.

Aus diesen Gründen werden ergänzend die Beschäftigungsaufnahmen eines Jahres in den Blick genommen. Für diesen Zweck wird auf die Ursprungsdaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zurückgegriffen, sodass der Beobachtungszeitraum deutlich ausgeweitet werden kann. Betrachtet werden die Aufnahmen unselbständiger aktiver Beschäftigungsverhältnisse der Jahre 1975 bis 2017, wie sie in den Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger erfasst sind. Lücken zwischen zwei unselbständigen Beschäftigungsepisoden, die kürzer als sieben Tage sind, werden geschlossen, da sich solche kurzen Unterbrechungen oftmals aus organisatorischen Abläufen ergeben.

Berücksichtigt sind nur die bei den Gebietskrankenkassen versicherten Personen, da die bei anderen Versicherungsträgern Versicherten nicht von Beginn der Betrachtungsperiode an vollständig erfasst waren. Das gilt insbesondere zum einen für die öffentlich Bediensteten: Sie wurden im Jahr 1988 erstmals erfasst. Zum anderen betrifft es die bei den Krankenfürsorgeanstalten Geschützten, die seit dem Jahr 2002 in den Daten inkludiert sind. Zu diesen beiden Zeitpunkten änderte sich die Zusammensetzung der Versicherten und damit auch der Anteil instabiler Jobs massiv. Mit der Einschränkung auf die vollständig seit den 1970er-Jahren beobachtbaren, bei den Gebietskrankenkassen versicherten Personen werden statistische Artefakte in den Auswertungen vermieden.³¹⁾

Die Literatur zur Arbeitsmarktdynamik findet als generelle Eigenschaft moderner Arbeitsmärkte, dass zwar der Anteil an stabilen Jobs im Bestand der Beschäftigung dominiert, zugleich aber der Großteil der neu aufgenommenen Jobs bald wieder endet (vgl. z. B. *Farber, 1999*). Wie vorhin gezeigt, macht unterjährige Beschäftigung knapp 20% am Beschäftigungsstand zu einem Stichtag aus. Betrachtet man die von Beschäftigung betroffenen Personen eines Jahres, so steigt dieser Anteil auf rund ein Drittel (vgl. Übersicht 3). Wechselt man den Blickwinkel und betrachtet die in einem Jahr neu aufgenommenen Beschäftigungsverhältnisse, so überdauert nur ein knappes Viertel ein Jahr und knapp 17% zwei Jahre. Hohe Stabilität im Beschäftigungsbestand wird also von einer enormen Fluktuation kurzfristiger Beschäftigungsverhältnisse begleitet.

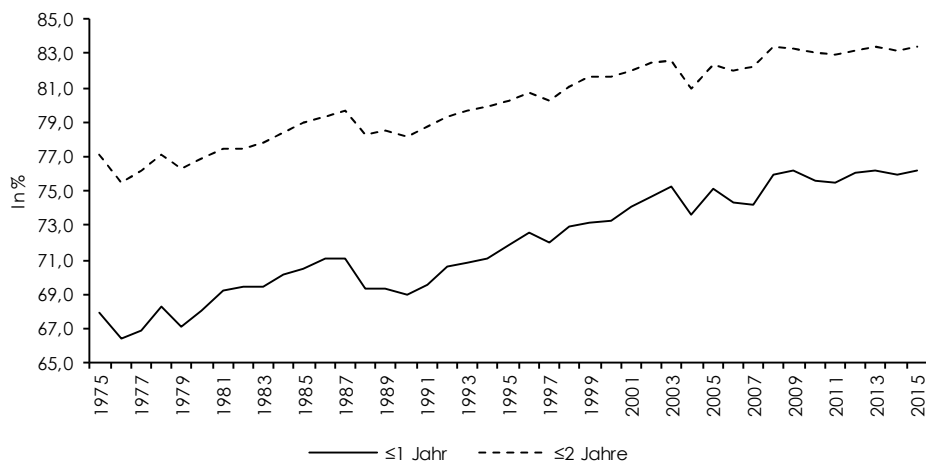
³¹⁾ Nicht berücksichtigt sind die KFA-Versicherten, die bei den Versicherungsanstalten der öffentlich Bediensteten, der österreichischen Eisenbahnen, des österreichischen Bergbaus und des österreichischen Notariats sowie die bei Betriebskrankenkassen versicherten Personen.

Abbildung 23 zeigt, wie häufig neu aufgenommene aktive Beschäftigungsverhältnisse aufgrund eines Übergangs in Arbeitslosigkeit, eines Rückzugs vom Arbeitsmarkt, eines Wechsels in ein anderes Beschäftigungsverhältnis oder temporärer Abwesenheit innerhalb von zwei Jahren wieder beendet wurden und in diesem Sinne instabil waren. Der Anteil ist seit Beginn der 1980er-Jahre gestiegen: von 76,9% im Jahr 1980 auf 78,2% im Jahr 1990, 81,6% im Jahr 2000, 83,0% im Jahr 2010 und 83,4% im Jahr 2015. Der Anstieg war in den 1990er-Jahren am stärksten. In den letzten fünfzehn Jahren setzte sich der Trend insgesamt fort, allerdings bei größeren Auf- und Abwärtsbewegungen. 2015 ist das letzte verfügbare Jahr, für das anschließend mehr als zwei Jahre beobachtet werden können. Ein Anteil von 83,4% im Jahr 2015 bedeutet, dass 83,4% aller im Jahr 2015 aufgenommen Beschäftigungsverhältnisse innerhalb von zwei Jahren wieder beendet wurden.

Werden Wiedereinstellungen beim selben Arbeitgeber innerhalb eines Jahres (mit bzw. ohne Arbeitslosigkeit während der Beschäftigungsunterbrechung) aus der Betrachtung ausgeschlossen, ändert sich nur die konkrete Höhe des Anteils "kurzer" bzw. "instabiler" Jobs, aber nicht dessen Entwicklung über die Zeit. Der Verlauf ist zudem identisch, wenn Beschäftigungsverhältnisse mit einer Maximaldauer von einem Jahr betrachtet werden. In diesem Fall stieg der Anteil instabiler Beschäftigungsverhältnisse von 69,0% im Jahr 1990 auf 76,2% im Jahr 2015³²⁾. Im Detail ist festzustellen, dass sich der Anteil sehr kurzer Beschäftigungsverhältnisse, die nicht länger als einen Monat dauern, stark erhöhte: Von 24,4% im Jahr 1975 auf 34,7% im Jahr 2015 (vgl. Abbildung 24).

Abbildung 23: Anteil der in einem Jahr neu aufgenommenen Beschäftigungsverhältnisse mit Beschäftigungsdauer ≤ 1 Jahr bzw. ≤ 2 Jahre, 1975 bis 2015

Nur Beschäftigungsaufnahmen der bei den Gebietskrankenkassen Versicherten

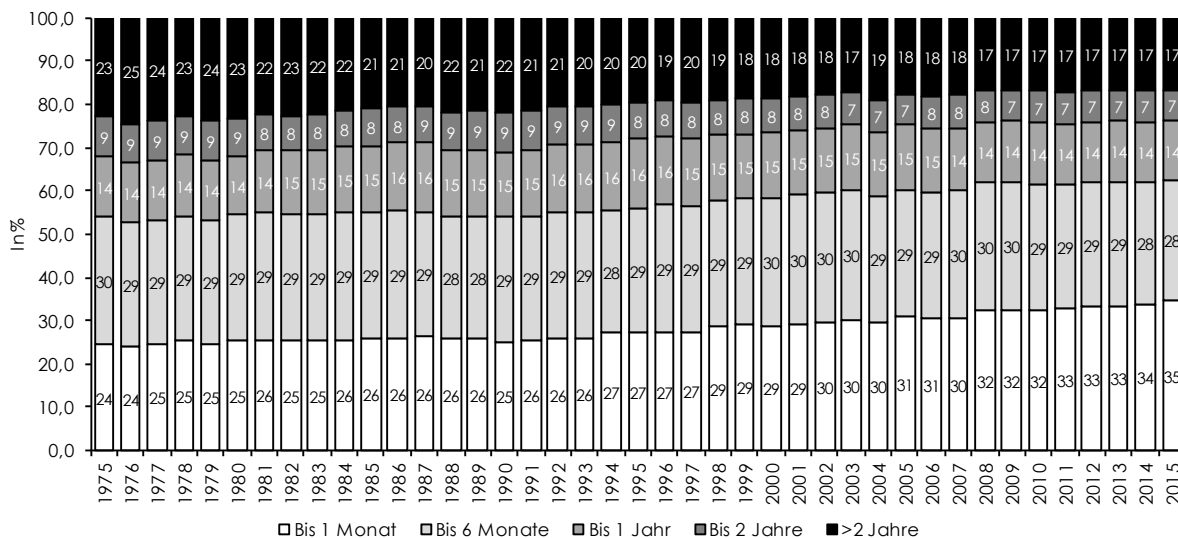


Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

³²⁾ Diese Anteile beziehen sich auf alle in den Daten erfassten Versicherten, nicht nur die bei den Gebietskrankenkassen Versicherten. Daten, die eine Unterscheidung nach Wiedereinstellung erlauben, liegen ab 1990 vor.

Abbildung 24: Neu aufgenommene unselbständige Aktivbeschäftigungsverhältnisse nach Dauer

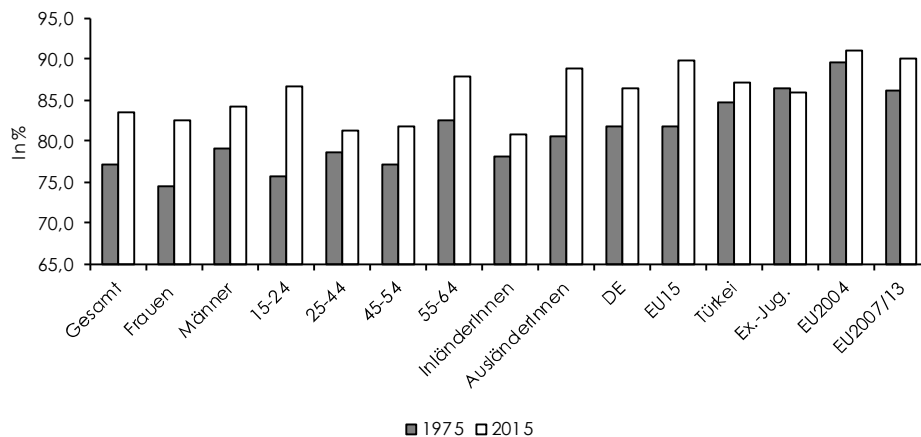
Nur Beschäftigungsaufnahmen der bei den Gebietskrankenkassen Versicherten



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

Abbildung 25: Anteil der Beschäftigungsverhältnisse mit Dauer ≤1 Jahr bzw. ≤2 Jahre (in %) nach Personengruppe, 1975 und 2015

Nur Beschäftigungsaufnahmen der bei den Gebietskrankenkassen Versicherten



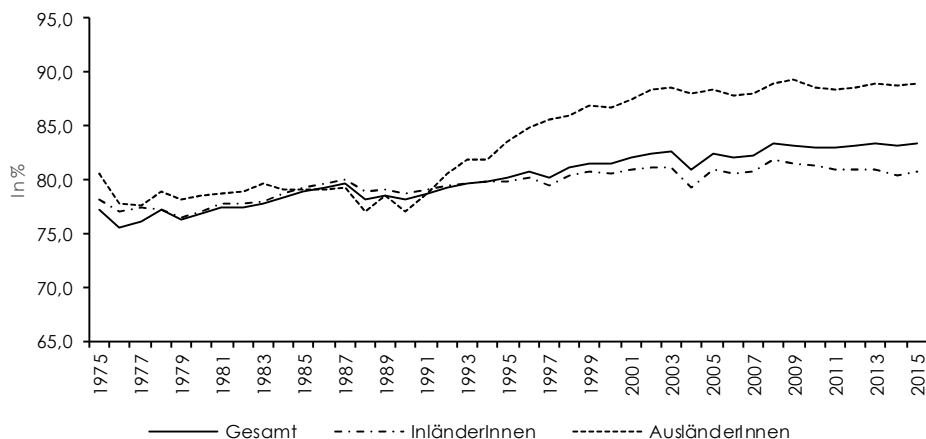
Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – *) Ohne Slowenien und Kroatien. InländerInnen inklusive Personen mit unbekannter Staatsbürgerschaft (zu einem großen Teil KFA-Versicherte).

Bei der Betrachtung einzelner Beschäftigungsverhältnisse bestätigt sich, dass junge Menschen (86,6% im Jahr 2015) und ausländische Arbeitskräfte (88,8%) besonders häufig instabil beschäftigt sind (an einer Beschäftigungsdauer von bis zu zwei Jahren gemessen).³³⁾ Unter ausländischen StaatsbürgerInnen gilt dies besonders für diejenigen aus osteuropäischen EU-Staaten und Personen aus der EU15 (ohne Deutschland), unter Kontrolle für Alter und Geschlecht auch für Personen aus Deutschland, der Türkei und Ex-Jugoslawien. Diese beiden Gruppen – junge Menschen und ausländische Arbeitskräfte – verzeichneten auch die höchste Zunahme im Anteil instabiler Beschäftigungsverhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten (vgl. Abbildung 25). Unter InländerInnen stieg der Anteil vergleichsweise moderat von 78,1% im Jahr 1975 auf 80,7% im Jahr 2015, unter AusländerInnen deutlich stärker von 80,5% auf 88,8%, und zwar insbesondere in den 1990er-Jahren (vgl. Abbildung 26).³⁴⁾

Im Branchenvergleich stechen die klassischen Saisonbranchen (Landwirtschaft, Tourismus und Bauwirtschaft), der Bereich "Kunst, Unterhaltung und Erholung" und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (mit der Arbeitskräfteüberlassung als einem zentralen Abschnitt) mit den höchsten Anteilen an instabilen Beschäftigungsverhältnissen hervor (vgl. Abbildung 27).

Abbildung 26: Anteil der Beschäftigungsverhältnisse mit Dauer ≤ 1 Jahr bzw. ≤ 2 Jahre (in %) nach Staatsangehörigkeit, 1975-2015

Nur Beschäftigungsaufnahmen der bei den Gebietskrankenkassen Versicherten



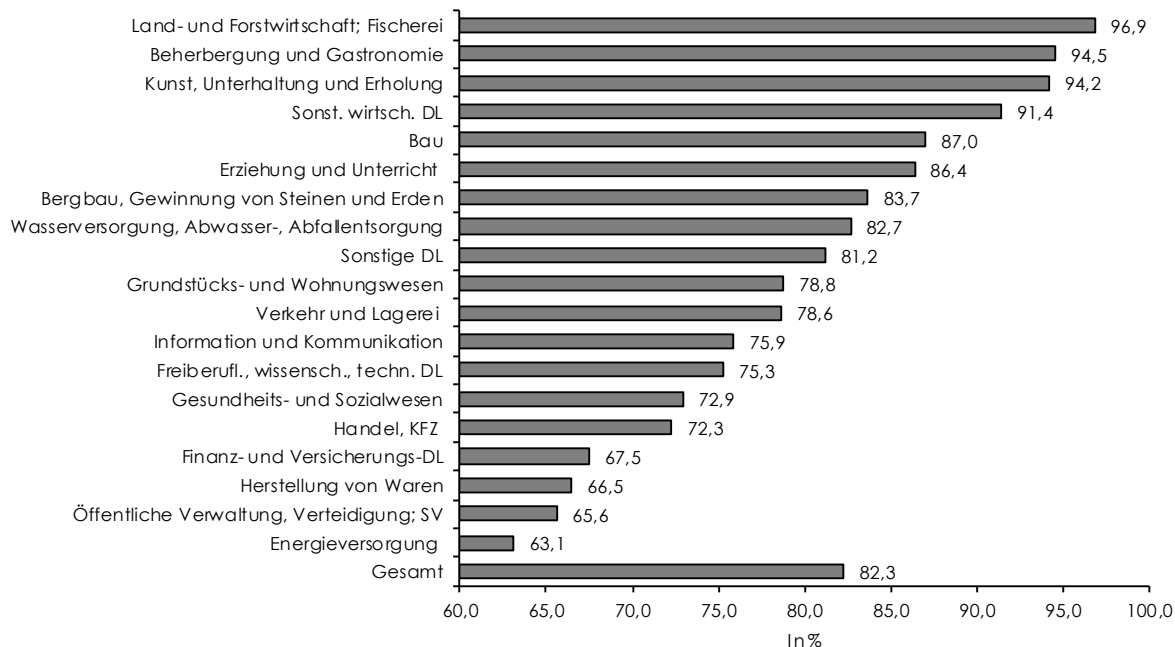
Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – InländerInnen inklusive Personen mit unbekannter Staatsbürgerschaft (zu einem großen Teil KFA-Versicherte).

³³⁾ Auch bei älteren Menschen ab 55 Jahren dauern Beschäftigungsverhältnisse häufig nicht länger als zwei Jahre. Hier ist ein wichtiger Grund in den Pensionsübertritten zu suchen.

³⁴⁾ Eine Regressionsanalyse liefert einen weiteren Hinweis darauf, dass die Zunahme instabiler Beschäftigung im vergangenen Jahrzehnt eng mit dem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte aus östlichen EU-Staaten verbunden war: Wenn für den Einfluss der Nationalität kontrolliert wird, also eine unveränderte Zusammensetzung der Versicherten hinsichtlich der Nationalität unterstellt wird, dann entwickelte sich der Anteil der nicht länger als zwei Jahre dauernden Beschäftigungsverhältnisse seit der Finanz- und Wirtschaftskrise weniger dynamisch.

Abbildung 27: Anteil der Beschäftigungsverhältnisse mit Dauer ≤ 2 Jahre (in %) nach Branche, 2015

Nur Beschäftigungsaufnahmen der bei den Gebietskrankenkassen Versicherten



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

3.6 Fazit

Destandardisierung kann unterschiedliche Dimensionen haben, darunter die Ausbreitung von Teilzeitarbeit und anderen atypischen Beschäftigungsformen. Der Fokus der hier präsentierten individualdatenbasierten Analyse liegt auf der Beschäftigungsstabilität und der Frage, ob sich für den österreichischen Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten eine Destabilisierung der Beschäftigung nachweisen lässt, wobei das Hauptaugenmerk auf der jüngeren Vergangenheit ab der Jahrtausendwende liegt.

Zunächst ist festzuhalten, dass seit dem Jahr 2000 sowohl die Zahl, als auch der Anteil der Erwerbspersonen an der Erwerbsbevölkerung gestiegen sind. Besonders bei Frauen und älteren Personen im erwerbsfähigen Alter hat die Erwerbsbeteiligung zugenommen. Mit dieser steigenden Erwerbsbeteiligung geht tendenziell eine Zunahme der Beschäftigungsintegration einher. Nach den Auswertungen der Hauptverbandsdaten standen im Jahr 2017 84,7% der betrachteten eigenständig Sozialversicherten mindestens einen Tag dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Das war ein deutlich höherer Anteil als noch im Jahr 2000 (80,3%). Der Anteil der Versicherten mit mindestens einem Tag unselbständiger Aktivbeschäftigung erhöhte sich von 69,6% im Jahr 2000 auf 71,2% im Jahr 2017.

Allerdings bestehen erhebliche Unterschiede im Ausmaß der Erwerbsteilhabe zwischen Personengruppen ("Segmentierung"). Zudem ist ein substantieller und seit der Finanz- und

Wirtschaftskrise wachsender Anteil der unselbständig Erwerbstätigen nicht ganzjährig beschäftigt ("Destabilisierung"):

- Zwei Drittel der unselbständig Aktivbeschäftigten (66,2%) und damit die Mehrheit sind nach wie vor stabil, d. h. ganzjährig beschäftigt.
- Rund ein Drittel weist hingegen keine über ein Kalenderjahr hinweg durchgängige Beschäftigung auf und ist in diesem Sinne instabil beschäftigt oder unvollständig in den Arbeitsmarkt integriert.
- Der Anteil an instabil Beschäftigten stagnierte in der Zeit von 2000 (32,8%) bis 2007 (32,7%). In weiterer Folge stieg er auf ein Niveau von 33,8% im Jahr 2017.

Die markante Alterung der Erwerbsbevölkerung dämpfte bzw. verdeckte die zu beobachtende Destabilisierung der Beschäftigung, da junge Menschen wesentlich häufiger instabil beschäftigt sind als ältere Arbeitskräfte und als Zusatzfaktor die Instabilität der Beschäftigung (ausschließlich) in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen deutlich abnahm. Der mittels Regression geschätzte durchschnittliche Anteil instabiler Beschäftigung erhöhte sich unter Kontrolle für die Altersstruktur der Beschäftigten zwischen dem Jahr 2000 und 2017 um 3,5 Prozentpunkte (statt 1 Prozentpunkt in der nicht altersbereinigten Sicht).

Ein steigendes Arbeitslosigkeitsrisiko im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hat den Anstieg instabiler Beschäftigung ebenso befördert wie die Öffnung des Arbeitsmarktes für die benachbarten östlichen EU-Mitgliedsländer. Mit der Verschlechterung der Zugangschancen Arbeitsloser zum Arbeitsmarkt in der jüngeren Vergangenheit hat sowohl die Langzeitbeschäftigungslosigkeit zugenommen, als auch der Anteil der (häufig instabilen) Beschäftigung leicht abgenommen. Die instabile Beschäftigung konzentriert sich zunehmend auf Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft.

Noch deutlicher zeigt sich die Destabilisierung der Beschäftigung anhand der neu aufgenommenen aktiven Beschäftigungsverhältnisse, die innerhalb von zwei Jahren wieder beendet wurden und in diesem Sinne instabil waren. Der Anteil erhöhte sich (unter den bei den Gebietskrankenkassen Versicherten) von 76,9% im Jahr 1980 auf 83,4% im Jahr 2015. Heute aufgenommene Beschäftigungsverhältnisse haben demnach noch deutlich seltener lange Bestand als in den 1970er-Jahren. Mit einer Ausweitung des Betrachtungszeitraums wird sichtbar, dass sich ein erheblicher Teil der Destabilisierung der Beschäftigung bereits vor der Jahrtausendwende vollzog, nämlich seit Beginn der 1980er-Jahre und insbesondere in den 1990er-Jahren.

4. Jahresbruttoeinkommen bei instabiler Beschäftigung

Vom Gesamtausmaß der Beschäftigungsintegration einer Person hängt ab, welches Erwerbseinkommen sie in einem Jahr erzielt. Das zeigt sich in einer Analyse der Jahresbruttoeinkommen deutlich.

4.1 Datengrundlage

Als Einkommensinformation werden die in den Hauptverbandsdaten verfügbaren Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung ohne Sonderzahlungen herangezogen. Zu berücksichtigen ist dabei erstens, dass nur Beitragsgrundlagen bis zur Höchstbeitragsgrundlage erfasst sind, und dass zweitens keine Arbeitszeitinformation vorliegt. Dadurch lässt sich nicht quantifizieren, inwieweit die beobachteten Unterschiede im Bruttojahreseinkommen auf Unterschiede im Wochenstundenausmaß zurückzuführen sind.

Zudem werden auch nicht spezifisch die Monatsverdienste betrachtet. Das Augenmerk gilt der Summe an Einkünften, die die Versicherten im Laufe eines Kalenderjahres anhäufen. Ob Vollzeit oder Teilzeit, hoher oder niedriger Monatslohn: Am entscheidendsten für die soziale Lage und die vorliegende Analyse ist letztlich das kumulierte Jahreseinkommen.

Ergänzend zum Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung werden auch andere Einkommensquellen (Beitragsgrundlagen) herangezogen, wie geringfügige Beschäftigung, selbständige Tätigkeit und der Bezug von Arbeitslosenunterstützung, Pension, Wochen- und Kinderbetreuungsgeld oder Übergangsgeld.

Wie bei der Entwicklung der Beschäftigungsstabilität dienen als Grundgesamtheit die eigenständig sozialversicherten Personen der Jahre 2000 bis 2017 im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre, zu Jahresende gemessen). Allerdings werden die Beamtinnen und Beamten ausgeschlossen, da die Einkünfte dieser Personengruppe erst im Laufe der Zeit immer vollständiger in den Daten erfasst wurden und dies zu Fehlinterpretationen von Entwicklungen führen könnte. Männer und Frauen, für die in den Daten eine aktive unselbständige Beschäftigung, aber (noch) kein Einkommen erfasst ist, fließen ebenfalls nicht in die Betrachtung ein.

Die Einkommen aus 2017 dürften zum Zeitpunkt des Datenabzugs noch nicht ganz vollständig erfasst gewesen sein. Betroffen sind vermutlich vor allem Personen, die erst gegen Ende des Jahres eine Beschäftigung aufnahmen. Da es sich hauptsächlich um instabil beschäftigte Personen mit geringerem Einkommen handeln wird, könnte der Ausschluss von Personen mit erfasster Beschäftigung, aber fehlendem Einkommen, eine gewisse Überschätzung des Medianeinkommens in diesem Beschäftigungssegment bedingen. Jedenfalls sind diese aktuellsten Werte noch nicht endgültig und daher mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren.

Wenn spezifisch die unselbständig Aktivbeschäftigten in den Blick genommen werden, sind die Lehrlinge Teil der Betrachtung. Zur Inflationsbereinigung der Einkommensentwicklung wird die von Statistik Austria berechnete Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) herangezogen.

4.2 Jahresbruttoeinkommen nach Beschäftigungsausmaß

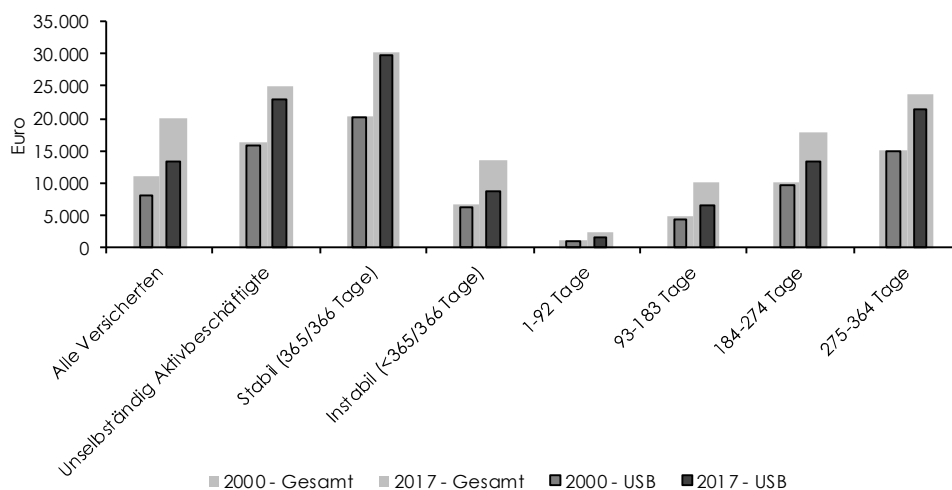
Aus der Analyse der Jahresbruttoeinkommen auf Basis der Daten des Hauptverbandes ist klar ersichtlich: Die beschriebenen Unterschiede im Ausmaß der Erwerbsteilhabe zwischen Personengruppen spiegeln sich in erheblichen Unterschieden in den in einem Jahr erzielten Einkünften aus unselbständiger Erwerbstätigkeit wider (vgl. Abbildung 28):

- Unter allen betrachteten eigenständig Sozialversicherten lag das mittlere Bruttojahreseinkommen aus unselbständiger Beschäftigung (ohne Sonderzahlungen) im Jahr 2017 bei € 13.350. Die (mindestens einen Tag im Jahr) unselbständig Aktivbeschäftigten erzielten ein mittleres Bruttojahreseinkommen von € 23.040.
- Während die stabil, d. h. ganzjährig unselbständig Aktivbeschäftigten ein Niveau von € 29.680 erreichten, kamen die instabil, d. h. unterjährig unselbständig Aktivbeschäftigten im Mittel nicht über € 8.669 hinaus. Das ist weniger als ein Drittel (29,2%).
- Je weniger Tage an unselbständiger Aktivbeschäftigung im Jahr, desto geringer ist das Bruttojahreseinkommen aus unselbständiger Beschäftigung: Wer in Summe nicht mehr als drei Monate beschäftigt war, erzielte im Jahr 2017 ein mittleres Jahreseinkommen von € 1.610. Personen, die mehr als drei Monate und maximal ein halbes Jahr einer Erwerbstätigkeit nachgingen, kamen 2017 auf € 6.705. Diejenigen mit mehr als einem halben Jahr und höchstens neun Monaten an unselbständiger Aktivbeschäftigung verdienten im Mittel € 13.453 und jene mit mehr als neun Monaten, aber nicht ganzjähriger Beschäftigung € 21.295.

Die Unterschiede zwischen stabil und instabil Beschäftigten fallen geringer aus, wenn neben den Einkünften aus unselbständiger Beschäftigung auch sonstige Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung (zum Beispiel aus geringfügiger Beschäftigung, selbständiger Erwerbstätigkeit und Sozialleistungsbezügen) berücksichtigt werden. Sie werden also durch andere Einkommensquellen ein Stück weit ausgeglichen. Das mittlere Bruttojahreseinkommen der stabil Beschäftigten ist dann aber immer noch mehr als doppelt so hoch (€ 30.227 im Jahr 2017) wie jenes der instabil Beschäftigten (€ 13.602).

Abbildung 28: Mittleres Bruttojahreseinkommen 2000 und 2017 nach Ausmaß der Beschäftigungsintegration

Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung und Beitragsgrundlage insgesamt



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

Nicht nur im Querschnitt – im aktuellen Einkommensniveau –, sondern auch in ihren Lohnfortschritten über die Zeit bleiben die instabil Beschäftigten deutlich hinter den stabil Beschäftigten zurück:

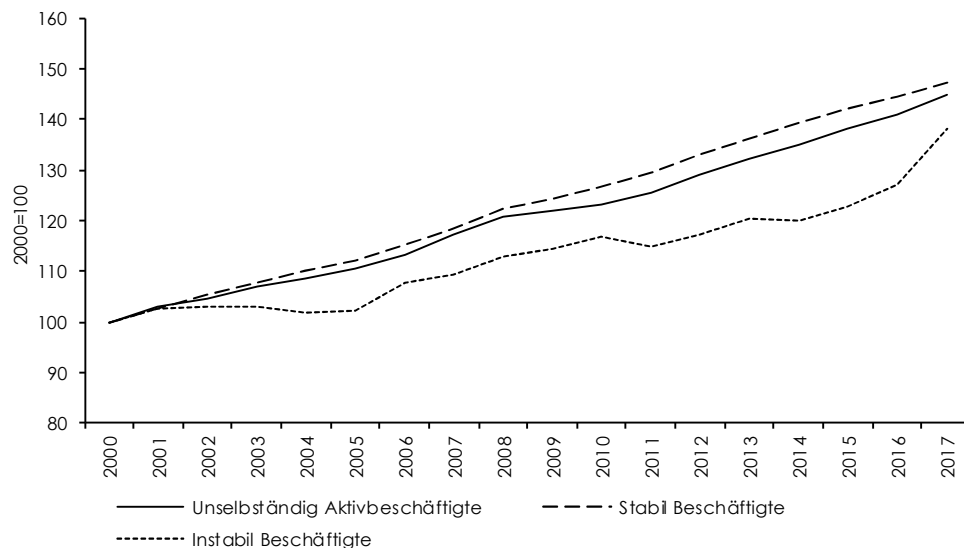
- Insgesamt stiegen die mittleren Bruttojahreseinkommen der eigenständig Sozialversicherten aus unselbständiger Beschäftigung (ohne Sonderzahlungen) in der Zeit von 2000 bis 2017 nominell um +62,9% von € 8.195 auf € 13.350, jene der unselbständig Aktivbeschäftigten um +45% von € 15.888 auf € 23.040.
- Die entsprechenden Jahreseinkommen der instabil unselbständig Aktivbeschäftigten wuchsen im Mittel um +38,2% – gegenüber +47,2% bei den stabil Beschäftigten (Abbildung 29).
- Inflationsbereinigt nahmen nur die mittleren Bruttojahreseinkommen der stabil Beschäftigten zu (+6,4%), wohingegen diejenigen der instabil Beschäftigten (mit -0,1%) stagnierten (Abbildung 29; Versicherte insgesamt +17,8%, unselbständig Aktivbeschäftigte +4,8%). Im Jahr 2014 war im instabilen Arbeitsmarktsegment sogar noch ein Realeinkommensverlust von rund 10% zu verzeichnen. Vor allem 2017 stieg das mittlere Bruttojahreseinkommen aus unselbständiger Beschäftigung deutlich. Dies könnte allerdings teilweise an einem statistischen Artefakt liegen, durch den das Einkommen dieser Gruppe im Jahr 2017 bei aktueller Datenlage überschätzt wird.³⁵⁾ Zum Stand 2016 hatten die instabil Beschäftigten noch einen Realeinkommensverlust von -6,1% zu verzeichnen.

³⁵⁾ Die Einkommen des Jahres 2017 dürften noch nicht ganz vollständig erfasst sein. Dies betrifft vermutlich vor allem Person, die erst gegen Ende des Jahres eine Beschäftigung aufnahmen. Bei der Medianberechnung wurden Personen ausgeschlossen, für die in den Daten eine aktive unselbständige Beschäftigung, aber (noch) kein Einkommen erfasst ist (Inkonsistenz). Dies könnte zum Ausschluss instabil beschäftigter Personen mit geringem Jahreseinkommen und dadurch zu einer Überschätzung des mittleren Einkommensniveaus in dieser Gruppe geführt haben. Dafür spricht auch,

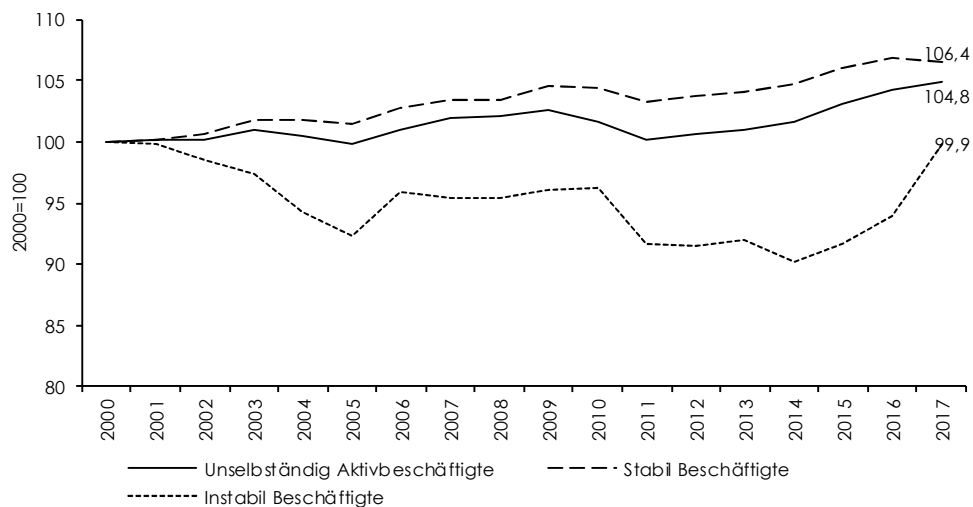
Abbildung 29: Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkommen aus unselbständiger Beschäftigung nach Beschäftigungsstabilität

2000 = 100

Nominell



Real



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. Median der Bruttojahreseinkommen aus unselbständiger Beschäftigung (ohne Sonderzahlungen) der unselbständig Aktivbeschäftigten.

dass nur im unteren Einkommensbereich, und zwar allen voran im untersten Perzentil der Einkommensverteilung (P10), das Jahreseinkommen im Jahr 2017 einen markanten Sprung nach oben verzeichnete.

Die hohen und niedrigen Einkommen unterscheiden sich in Österreich deutlich: So verdienen die Personen am 75. Perzentil jährlich (€ 34.779 in 2017) dreimal so viel wie die Personen am 25. Perzentil (€ 11.423). Das mittlere Jahreseinkommen aus unselbständiger Beschäftigung der obersten 10% (€ 49.870) ist ungefähr 15-mal so hoch wie jenes der untersten 10% der Einkommensverteilung (€ 3.463). Dabei werden die Unterschiede vermutlich noch unterschätzt, da in den Sozialversicherungsdaten nur Beitragsgrundlagen bis zur Höchstbeitragslage erfasst sind und die höchsten Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage liegen.

Über zwei Drittel der instabil unselbständig Aktivbeschäftigten (69,5% im Jahr 2017) zählen zu den Niedrigeinkommensbeziehenden, gemessen an einer Schwelle von weniger als zwei Drittel des Medians (sie liegt bei € 15.360). Von den stabil Beschäftigten sind "nur" 13,6% von derart niedrigen Einkommen betroffen (insgesamt ein Drittel: 33,1%).³⁶

Mit steigendem Beschäftigungsausmaß nimmt erwartungsgemäß der Anteil an Niedrigeinkommensbeziehenden ab: So gut wie alle Personen mit maximal drei Beschäftigungsmonaten (99,7% im Jahr 2017) verdienen weniger als zwei Drittel des Medianeinkommens. Auch die allermeisten mit einem Beschäftigungsausmaß zwischen drei und sechs Monaten zählen zu den Betroffenen (93,2%). Unter jenen mit mehr als einem halben Jahr und höchstens neun Monaten an unselbständiger Aktivbeschäftigung liegt der Anteil bei 60,6%, unter jenen mit mehr als neun Monaten, aber nicht ganzjähriger Beschäftigung bei 26,6%.

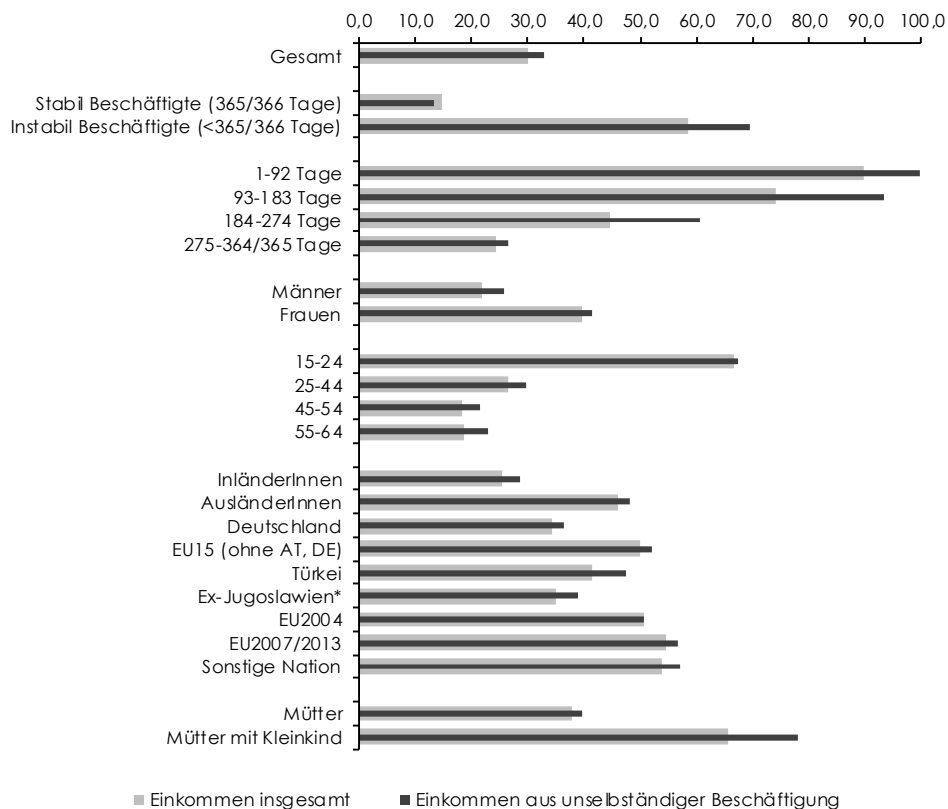
Junge Menschen und ausländische Arbeitskräfte sowie Mütter mit Kleinkind zählen überproportional häufig zu den instabil Beschäftigten und den Niedrigeinkommensbeziehenden (vgl. Abbildung 30 und Abbildung 31).

³⁶) Zur Ermittlung des Anteils der Niedrigeinkommensbeziehenden wird der Median des Jahresbruttoeinkommens aus unselbständiger Beschäftigung unter allen (mindestens einen Tag im Jahr 2017) unselbständig Aktivbeschäftigten berechnet. Dieser lag im Jahr 2017 bei € 23.040. Zwei Drittel dieses Wertes werden als Schwelle für die Identifikation von Niedrigeinkommensbeziehenden herangezogen. Diese lag 2017 bei € 15.360. 33,1% aller unselbständig Aktivbeschäftigten fielen mit ihrem Jahresbruttoeinkommen aus unselbständiger Beschäftigung unter diesen Schwellenwert, 13,6% der stabil unselbständig Aktivbeschäftigten und 69,5% der instabil unselbständig Aktivbeschäftigten.

Typischerweise wird der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten für den Bestand der Beschäftigten ermittelt, und zwar auf Stundenbasis oder auf Vollzeit umgerechnet. In der vorliegenden Studie wird demgegenüber eine Betroffenheitssicht eingenommen. Das Augenmerk gilt allen Personen, die in einem Jahr an mindestens einen Tag als eigenständig Sozialversicherte bzw. als unselbständig Aktivbeschäftigte auftraten. Ob sie das ganze Jahr über oder nur einzelne Tage beschäftigt waren, wirkt sich naturgemäß auf ihr Jahreseinkommen und damit auf die Wahrscheinlichkeit aus, zu den Niedrigeinkommensbeziehenden zu zählen. Ziel ist es, ebendiese Unterschiede im Erwerbseinkommen je nach Ausmaß der Beschäftigungsintegration zu beleuchten.

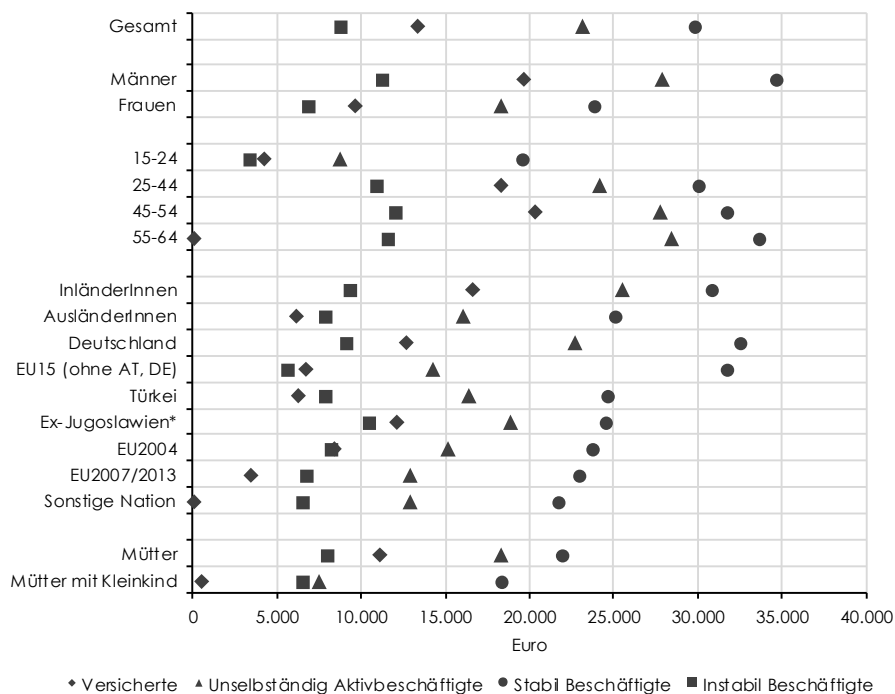
Abbildung 30: Anteil der Niedrigeinkommensbeziehenden an den unselbständig Aktivbeschäftigten in %, nach Personengruppe, 2017

Niedrigeinkommensschwelle: weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttojahreseinkommen

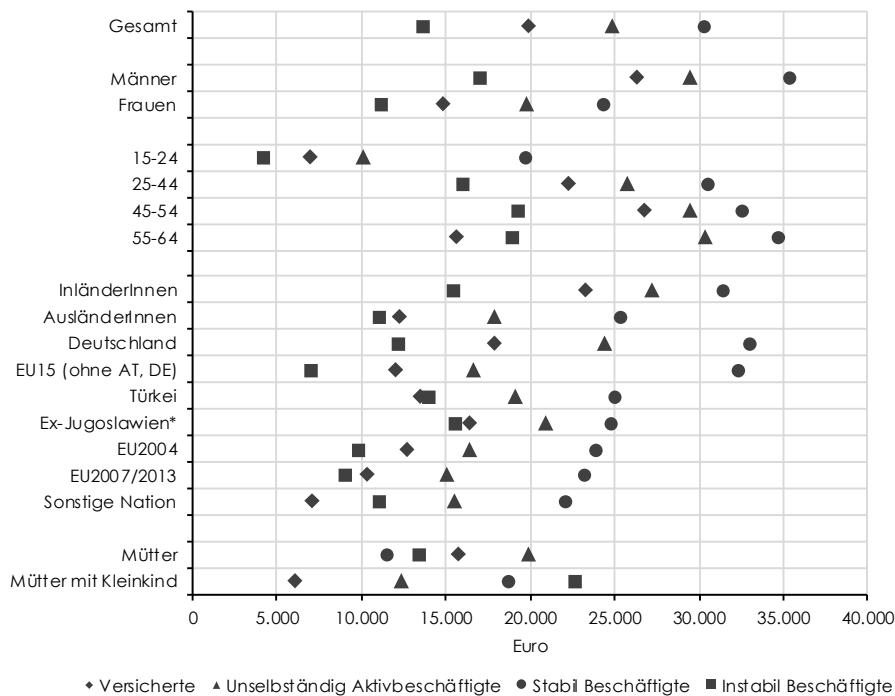


Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger.

Abbildung 31: Mittleres Bruttojahreseinkommen 2017 nach Personengruppe
Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung



Einkommen insgesamt



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger. – Das Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung von € 0 unter den 55- bis 64-Jährigen und den Personen mit sonstiger

Staatsbürgerschaft liegt daran, dass jeweils deutlich mehr als die Hälfte der Personen keinen einzigen Tag im Jahr unselbständig beschäftigt war.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die ausgeprägten Unterschiede im Ausmaß der Beschäftigungsintegration ("Segmentierung") in erheblichen Unterschieden in den in einem Jahr erzielten Einkünften aus unselbständiger Erwerbstätigkeit widerspiegeln. Instabil beschäftigte Personen erzielen im Mittel ein deutlich geringeres Jahresbruttoeinkommen und wesentlich schwächere Lohnfortschritte als die stabil Beschäftigten. Dies impliziert, dass die Destabilisierung der Beschäftigung relevante Auswirkungen auf die finanzielle Lage – und damit die eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit und die soziale Absicherung – der Betroffenen hat. Der nachfolgende Abschnitt zeigt auf, welche Konsequenzen aus einer instabilen bzw. unvollständigen Erwerbsintegration für die zu erwartenden Pensionen erwachsen.

5. Instabile Beschäftigung und Alterssicherung

5.1 Institutionelle Zusammenhänge: Erwerbsverlauf und Alterssicherung

Die österreichische Sozialversicherung – und damit auch das österreichische Alterssicherungssystem – ist ein dem Arbeitsmarkt nachgelagertes System, der Arbeitsmarkt ein der Sozialversicherung vorgelagertes System. Diese Wechselbeziehungen zwischen Arbeitsmarkt und Sozialversicherung bestehen in mehrfacher Hinsicht: Einerseits braucht es ein Mindestmaß an versicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit als Voraussetzung für Sicherungsleistungen, andererseits dient das Erwerbseinkommen bis zur Höchstbeitragsgrundlage und die Anzahl der Erwerbsjahre als Berechnungsgrundlage für die monatliche Altersleistung. Darüber hinaus stellen die Erwerbstätigen reale Güter und Dienstleistungen zur Versorgung der Bevölkerung, und damit für die Versorgung der PensionistInnen, her. Eine hohe Erwerbsbeteiligung, eine hohe Wirtschaftskraft und entsprechende Einkommensniveaus sind für erwerbszentrierte Systeme der Alterssicherung von zentraler Bedeutung (Barr – Diamond, 2006). Auch aus individueller Sicht garantiert eine langjährige, stabile und gut entlohnte Erwerbstätigkeit eine entsprechende finanzielle Sicherung im Alter.

Das österreichische gesetzliche Alterssicherungssystem ist (1) berufsständisch organisiert, es gilt das (2) Äquivalenzprinzip sowie das (3) Lebensstandardsicherungsprinzip:

- Während die Beitragsgrundlagen und die Pensionsberechnungen zwischen Selbständigen, Unselbständigen und BeamtInnen weitgehend angeglichen sind, gibt es berufsständische Unterschiede bei den Beitragssätzen zur Sozialversicherung.
- Das Äquivalenzprinzip, also eine Äquivalenz von Beitragsleistung zur Sozialversicherung und Sozialleistungen, gilt im Bereich der monetären Transfers bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter. Beim Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen und den Sachleistungen der Sozialversicherung, beispielsweise im Gesundheitssystem sowie in der Familienpolitik, ist diese Äquivalenz hingegen kein Gestaltungsprinzip (Schratzenstaller, 2018).
- Schließlich sieht die Lebensstandardsicherung seit der Pensionsreform 2003/2004 vor, nach 45 Versicherungsjahren zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter 80% des durchschnittlichen Lebenseinkommens als Erstpension zu bekommen. Diese "Leistungszusage" ist bei kürzerer Versicherungsdauer entsprechend geringer. Die Absicherung im Alter als Äquivalenz des Lebensstandards in der Erwerbsphase führt bei langer Versicherungsdauer und existenzsichernden Erwerbseinkommen zu existenzsichernden Pensionen. Von den Alterspensionsneuzuerkennungen 2017 in der Pensionsversicherungsanstalt hatten nur knapp 53% der Männer und insgesamt nur 2% der Frauen 45 Versicherungsjahre und damit einen Einkommensersatz von 80,1% (Übersicht 7). Im Durchschnitt lag die Zahl der Versicherungsjahre der Männer bei 41 und der Frauen mit 34 deutlich unter den theoretischen 80%-Einkommensgarantie.

Das Grundmodell, an dem das erwerbszentrierte Alterssicherungssystem ausgerichtet ist, baut auf kontinuierlichen Erwerbsverläufen, existenzsichernden Erwerbseinkommen und – wenn überhaupt – kurzen Erwerbsunterbrechungen auf. Die zunehmende Erwerbs- und

Einkommensflexibilität steht im Widerspruch zur Grundausrichtung der Alterssicherung. Die vergangenen Pensionsreformen verstärkten das Versicherungsprinzip in der gesetzlichen Pensionsversicherung, jetzt sind 45 (statt zuvor 40) Versicherungsjahre für die maximale Einkommensersatzrate von 80% notwendig. Die Pensionshöhe wird jetzt vom gesamten Lebenseinkommen berechnet, zuvor waren es die 15 besten Einkommensjahre.

Übersicht 7: Versicherungsjahre der Pensionsneuzuerkennungen 2017 in der Pensionsversicherungsanstalt

	Krankheitsbedingte Pensionen		Alterspensionen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	In % der Neuzugänge			
Weniger als 20 Jahre	14,1	18,4	4,0	8,1
20 bis unter 30 Jahre	26,2	32,6	8,8	20,8
30 bis unter 40 Jahre	32,1	42,2	10,4	35,9
40 bis unter 45 Jahre	24,3	6,7	24,0	33,0
45 Jahre und mehr	3,3	0,1	52,9	2,1
	Absolut			
Neuzugänge insgesamt	9.336	5.887	24.748	32.527

Q: PVA, WIFO-Berechnungen.

Das sozialversicherungspflichtige Einkommen bildet die Grundlage für die unmittelbare und abgeleitete individuelle Sicherung. Destabilisierte Erwerbs- und Einkommenskarrieren bedeuten nicht nur eine angespannte finanzielle Situation für die Betroffenen, sondern auch langfristig eine geringe individuelle soziale Absicherung in erwerbszentrierten Sozialversicherungssystemen. Im Hinblick auf die individuelle Alterssicherung sind mehrere Entwicklungen entscheidend: Der deutlichen Zunahme der Arbeitsmarktpartizipation steht ein recht konstantes gesamtwirtschaftliches Arbeitsvolumen gegenüber. Die gestiegene Teilzeitquote – vor allem bei den Frauen – und die rückläufige durchschnittliche Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigten ist dafür mitverantwortlich. Gleichzeitig nahm die Destabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse für einen Teil der Erwerbsbevölkerung deutlich zu, damit entwickelten sich auch die Einkommen für diese Gruppe entsprechend instabil.

Die genderspezifischen Unterschiede in den Versicherungszeiten, in Form des Ausmaßes der Arbeitsmarktpartizipation und der Erwerbseinkommen, bilden sich auch im Alterssicherungssystem ab. Der "Gender Pension Gap" ist ein Indikator für die Arbeitsmarktungleichheiten: Er quantifiziert die ökonomische Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im Pensionssystem, die im Erwerbssystem entstanden sind. Mit einem Gender Pension Gap im Ausmaß von 46% (Medianpension) bzw. 42% (Durchschnittspension) liegt Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt (Tinios et al., 2015). Eine Verringerung des Gender Pension Gaps ist in erster Linie durch Gleichstellung am Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen (Mayrhuber, 2017).

5.2 Instrumente zur Kompensation von Erwerbslücken in der Alterssicherung

Es gibt Elemente im Alterssicherungssystem, die vorhandene Erwerbslücken kompensieren oder abmildern helfen. Diese als Teilversicherungszeiten benannten Tatbestände umfassen Zeiten des Bezuges einer Geldleistung aus der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld, Sonder- und Notstandshilfe, Sonderunterstützung, Weiterbildungsgeld nach dem 45. Lebensjahr, Übergangsgeld). Auch Zeiten des Wochengeldbezugs, sowie die ersten 48 Kalendermonate nach der Geburt eines Kindes gelten als Teilversicherungszeiten.

Zeiten der Kindererziehung verändern nach geltender Rechtslage die Pensionshöhenberechnung in dreifacher Weise: (1) Die ersten vier Jahre nach der Geburt eines Kindes sind pensionsrelevante Versicherungsjahre mit einer fiktiven Bemessungsgrundlage, die am durchschnittlichen Fraueneinkommen angelehnt ist; diese Bemessungsgrundlage liegt 2018 bei monatlich € 1.828,22 und übersteigt damit den 2017 beschlossenen Mindestlohn von € 1.500. (2) Bei einer Erwerbstätigkeit innerhalb dieser vier Jahre werden die fiktive und die tatsächliche Beitragsgrundlage addiert. Die additive Regelung stellt einen Anreiz für Erwerbstätigkeit innerhalb dieser vier Jahre dar. (3) Pro Kind kann die Durchrechnung für die Pensionshöhenberechnung um maximal drei Jahre verkürzt werden. Drei schlechte Einkommensjahre können dadurch ausgeschlossen werden. Diese Dreifachberücksichtigung ist in der Wirkung pensionserhöhend und reduziert die Erwerbseinkommensausfälle durch Kinderbetreuung mit bis zu vier Jahren pro Kind deutlich.

Die Teilversicherungszeiten stellen sowohl für die Versichertengemeinschaft wie auch für die Finanzierungsseite einen zentralen Bereich dar. Gemäß Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger waren von den im Jahr 2015 entstandenen Versicherungszeiten (ohne Beamte) 80,3% Pflichtversicherungszeiten aufgrund von Erwerbstätigkeit, weitere 18,3% Teilversicherungszeiten und 1,4% entfielen auf Zeiten einer freiwilligen Versicherung (*Hauptverband*, 2016). Bei den Teilversicherungszeiten sind Zeiten des Arbeitslosengelds und der Notstandshilfe mit 9 Prozentpunkten die bedeutendsten, gefolgt von der Kindererziehung (6 Prozentpunkte) sowie Zeiten des Kranken- oder Rehabilitationsgeldbezugs (rund 2 Prozentpunkte). Die restlichen 1,4 Prozentpunkte verteilen sich auf Zeiten des Präsenz- bzw. Zivildienstes, Wochen- und Übergangsgeld.

Die Teilversicherungszeiten unterscheiden sich sowohl hinsichtlich Ausmaß als auch hinsichtlich der Struktur zwischen Frauen und Männern: Der Anteil der 2015 erworbenen Pflichtversicherungszeiten liegt bei den Frauen mit rund 75% deutlich geringer als bei Männern mit 86%, Frauen weisen auch einen höheren Anteil an Zeiten der freiwilligen Versicherung auf (2,1% versus 0,8%). Die Hauptzuständigkeit für die Reproduktionsarbeit³⁷⁾, die sich durch den Rückgang der Beschäftigungsquote und die hohe Teilzeitquote im Zusammenhang mit Kindern zeigt, spiegelt sich auch im Pensionsrecht: Mehr als die Hälfte der Teilversicherungszeiten der Frauen sind

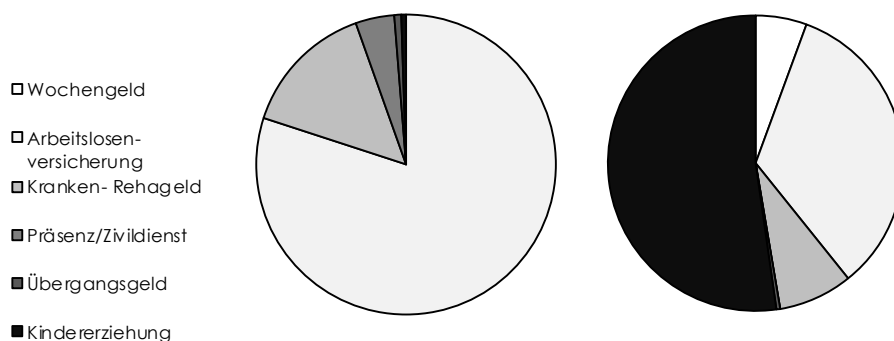
³⁷⁾ Von den rund 1,88 Mio. erwerbstätigen Frauen in Österreich haben knapp 500.000 Kinder unter 15 Jahren. Der überwiegende Teil dieser erwerbstätigen betreuungspflichtigen Frauen arbeitet Teilzeit (77,1% in 2017) und nur 22,9% arbeiten Vollzeit.

Kindererziehungszeiten, bei den Männern nimmt Arbeitslosigkeit den größten Anteil ein (Abbildung 32).

Abbildung 32: Zusammensetzung der 2015 erworbenen Teilversicherungs- und Ersatzzeiten von Frauen und Männern

Männer: 13,4% Teilversicherungszeit

Frauen: 23,3% Teilversicherungszeit



Q: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger.

In einer Langzeitperspektive (Übersicht 8) verringert sich der Stellenwert der Teilversicherungszeiten gegenüber der dargestellten Jahresperspektive 2015 etwas: Von den Alterspensionsneuzuerkennungen des Jahres 2015 hatten Frauen mit durchschnittlich 420 um 59 Versicherungsmonate weniger als Männer mit 479 Monaten, der Unterschied bei den Beitragsmonaten (Monate der Aktivbeschäftigung) betrug 2015 sogar 90 Monate (7,5 Jahre). Die aus den Beitragsmonaten abgeleitete Pensionshöhe der Frauen lag 2015 mit € 871 um 39% unter der Männerpension. Hierbei wirken sich nicht nur die geringeren Beitragsjahre, sondern auch die geringen Erwerbseinkommen der Frauen durch Teilzeit und Niedriglöhne negativ aus (Böheim et al., 2017).

Der Anteil der Teilversicherungszeiten (allen voran der Kindererziehungszeiten) lag mit 15% in Relation zur gesamten Versicherungszeit bei den Frauen mehr als doppelt so hoch wie bei den Männern mit 6,7%. Bezogen auf die Pensionshöhe sind bei Frauen bzw. Männern € 138 bzw. € 91 der Monatspension durch Teilversicherungszeiten entstanden. Durch die Anrechnung der Teilversicherungszeiten erhöhten sich die Pensionen um durchschnittlich 13,7% bei den Frauen und 6,0% bei den Männern. Der Gender Pension Gap der neuzuerkannten Alterspensionen 2015 sank durch die pensionserhöhende Wirkung der Teilversicherungszeiten von 39% auf 33%. Insgesamt bremst die pensionsrechtliche Berücksichtigung der Teilversicherungszeiten die negativen Folgen der ungleichen Verteilung der unbezahlten Reproduktionsarbeit zwischen Frauen und Männern. Aber auch Phasen der Arbeitslosigkeit stellen Versicherungszeiten dar, sofern die Beschäftigungslücken durch Bezüge aus der Arbeitslosenversicherung gedeckt sind. Die Teilversicherungszeiten sind durch die Versicherten-, aber auch durch die Steuergemeinschaft finanziert (Abbildung 33). Die im Jahr 2015 angefallenen Teilversicherungszeiten im

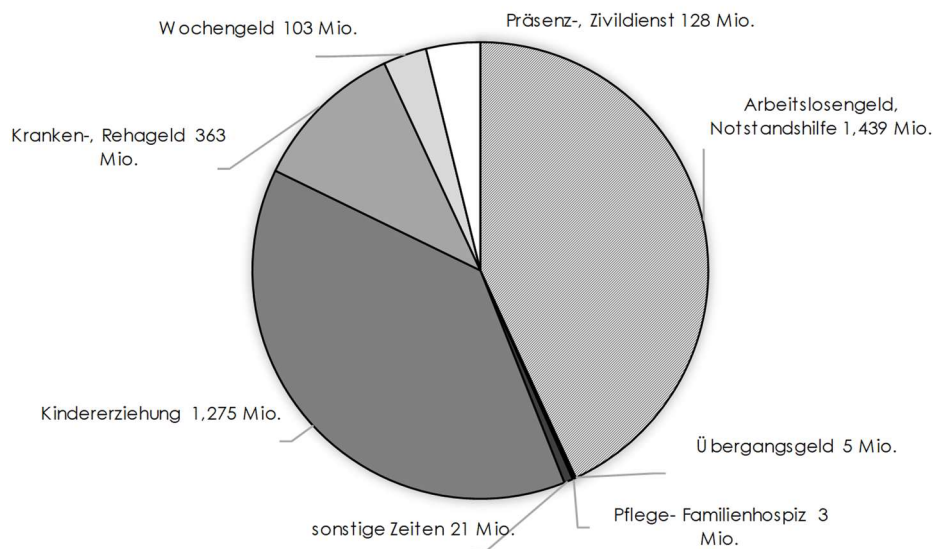
Ausmaß von 3,337 Mrd. Euro wurden zu rund 44% durch die Arbeitslosenversicherung, zu 28% durch den Bund bzw. diverse Ministerien und zu 29% durch den Familienlastenausgleichsfond getragen (*Hauptverband, 2016*). Die hohen Beiträge aus der Arbeitslosenversicherung im Ausmaß von 1,44 Mrd. Euro sind eine Folge der hohen Arbeitslosigkeit 2015 mit einem Durchschnittsbestand an Arbeitslosen von 354.000 bzw. einer Arbeitslosenquote von 9,1%.

Übersicht 8: Anzahl der Versicherungsmonate und Pensionshöhe der neuzuerkannten Alterspensionen 2015 nach Geschlecht

	Insgesamt	Frauen	Männer	Differenz Frauen-Männer	
		Monate			abs.
Versicherungsmonate	444	420	479	-59	-12
Beitragsmonate	394	357	447	-90	-20
Teilversicherungsmonate	50	63	32	31	97
in % der Versicherungsmonate	11,3	15,0	6,7		8%-Punkte
		Durchschnittspension in €			
Pensionshöhe	1.219	1.009	1.517	-508	-33
durch Beitragszeit	1.100	871	1.426	-555	-39
durch Teilversicherungszeit	119	138	91	47	52
in % der Pensionshöhe	9,8	13,7	6,0		8%-Punkte

Q: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 33: Beiträge für die Teilversicherungszeiten 2015



Q: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger.

Insgesamt kommt den Teilversicherungszeiten eine bedeutende Rolle zu. Diese Bedeutung liegt sowohl in der Anrechnung als Versicherungszeit, die besonders im Bereich der normalen Alterspension zur Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen beiträgt und somit vor allem Frauen zu einem eigenständigen Pensionsanspruch verhilft. Wie gezeigt wurde, erhöhen die Teilversicherungszeiten die individuellen Pensionen zu einem erheblichen Ausmaß. Um diese Leistungen

auch erbringen zu können, braucht es auch auf der Finanzierungsseite entsprechende Mittel aus der Arbeitslosenversicherung, dem Familienlastenausgleichsfonds und dem allgemeinen Steueraufkommen.

5.3 Empirische Evidenz: Erwerbsverlauf und Alterssicherung

Die Wechselwirkungen zwischen generellen Veränderungen der Erwerbs- und Einkommensbiographien und den realisierten oder zukünftigen Alterseinkommen sind bislang empirisch wenig beleuchtet. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dominieren Fragen zur Pensionsfinanzierung hauptsächlich im Zusammenhang mit demographischen Veränderungen, Pensionsreformen etc. (beispielsweise *European Commission*, 2018C, *OECD*, 2018B). Aus mikroökonomischer Sicht dominieren Analysen zu Verhaltensanpassungen im Zusammenhang mit veränderten (pensionsrechtlichen) Rahmenbedingungen (beispielsweise *Manoli – Weber*, 2011, *Bovini – Paradisi*, 2018) und die im vorhergehenden Abschnitt skizzierten Analysen veränderter Einkommensverläufe über individuelle Erwerbsbiographien bzw. Typologisierungen unterschiedlicher Erwerbsmuster (beispielsweise *Brussig*, 2015, *Söhn – Mika*, 2017). Empirische Befunde zu den Auswirkungen von Pensionsreformen und den damit verbundenen individuellen Verhaltensänderungen auf gesamtwirtschaftliche Größen oder die Finanzierungslage in der Pensionsversicherung sind weniger zahlreich vorhanden (*Kahn*, 2018, *Mayrhuber et al.* 2016); ebenso spärlich sind Quantifizierungen der Auswirkungen von langfristigen Arbeitsmarktveränderungen auf das individuelle Alterssicherungsniveau und das Alterssicherungssystem insgesamt.

Die Abhängigkeit der finanziellen Absicherung im Alter vom vorhergehenden individuellen Erwerbs- und Einkommensverlauf zeigt sich deutlich im österreichischen Pensionsversicherungssystem. Beispielsweise führte das WIFO 2016 ein Modellsimulationen zur Quantifizierung der langfristigen Folgen von Erwerbsunterbrechungen auf das Lebenseinkommen von Frauen durch (vgl. *Mayrhuber*, 2017). Wegen fehlender Längsschnittdaten, die sowohl Arbeitszeit-, als auch Einkommensinformationen enthalten, wurden auf der Grundlage von Einkommens-, Alters- und Stundenverdienstinformationen aus der Verdienststrukturerhebung (VESTE) Einkommensverläufe konstruiert. Durch Variationen in der Arbeitsmarktpartizipation in Form von Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeitsphasen mit unterschiedlichem Wochenstundenausmaß konnten die Auswirkungen der einzelnen Faktoren auf die Pensionshöhe sowie das Lebenseinkommen (als Summe aus Erwerbs- und Pensionseinkommen) berechnet werden. Die Simulationen der angenommenen Erwerbsverläufe brachten folgende Ergebnisse (vgl. *Mayrhuber*, 2017):

- Einkommensniveaus sind wichtiger als das Stundenausmaß: Personen in Niedriglohnbranchen können Einkommensnachteile auch bei durchgängiger Vollzeitbeschäftigung nicht kompensieren. Die Alterseinkommen bei Niedriglohnbeschäftigung erreichen oftmals nicht jene Niveaus, die bei hohen Qualifikationen bzw. in Hochlohnbranchen auch bei längeren Teilzeitphasen erreicht werden können.
- Eine Erwerbslücke von einem Jahr reduziert bei langer Versicherungsdauer die Monatspension um rund 2,8%; handelt es sich um Kindererziehungszeiten, so halbiert sich dieser

Effekt. Je kürzer die pensionsrelevanten Versicherungsjahre sind, desto größer ist der pensionssenkende Effekt von Erwerbsunterbrechungen wie auch von Teilzeitphasen.

- In Abhängigkeit von der Summe der Erwerbsjahre verbessert die dreigliedrige Berücksichtigung von Kindererziehung (additive Versicherungszeit, fiktive Beitragsgrundlage, Verkürzung des Durchrechnungszeitraums) die pensionsrechtliche Absicherung: Die Teilversicherungszeit der Kindererziehung erhöht bei langer Beschäftigungsdauer die Pension um 7%, bei einem 30-jährigen Erwerbsverlauf sogar um 16%.
- Schließlich zeigen sich deutliche Pensionsunterschiede bei Teilzeitbeschäftigung im Ausmaß von 20 oder 30 Wochenstunden: Eine Teilzeiterwerbstätigkeit von 20 Wochenstunden über mehr als die Hälfte der Erwerbsjahre reduziert das Lebenseinkommen gegenüber 30 Wochenstunden um bis zu 30%, wenn der Einkommensverlauf flach verläuft. Bei steigendem Einkommensverlauf ist die Differenz erwartungsgemäß höher.

In der Ungleichheitsforschung gewinnt gegenwärtig die Kohortenbetrachtung an Bedeutung. Hierbei ist die zentrale Frage, wie sich die Ungleichheit der Erwerbseinkommen über verschiedene Geburtskohorten entwickelt hat (Bönke – Schröder – Schulte, 2010, Bönke et al. 2015, Corneo, 2015A). Es werden die individuellen Einkommensdaten über mehrere Jahrzehnte für definierte Geburtsjahrgänge miteinander verglichen. Der überwiegende Teil der Analysen beschränkt sich auf unselbständig beschäftigte Männer, da die Resultate aufgrund der enormen Zunahme der Frauenbeschäftigung weniger gefestigt ausfallen. Die Ergebnisse für Deutschland zeigen, dass die Einkommen der Geburtskohorte 1935 relativ gleichmäßiger verteilt waren als in der 1963er-Kohorte (Corneo, 2015B). Die Ungleichheit der Lebenseinkommen³⁸⁾ liegt in der 1963er-Kohorte um 85% höher als in der erstgenannten Kohorte³⁹⁾. Die steigende Einkommensungleichheit konzentriert sich vor allem auf den unteren Bereich der Verteilung: Die Einkommen der schwächsten 20% der 1963er-Kohorte bis zu ihrem 40. Lebensjahr lagen real unter dem vergleichbaren Einkommen der 1935er-Kohorte (ebenda).

Bönke et al. (2015) zeigen zwei Bestimmungsfaktoren dieser steigenden Ungleichheit: Zum einen ist die Lohnstreuung bei den aktiv unselbständig Beschäftigten in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland deutlich angestiegen – ein Befund, der für viele Länder gültig ist (beispielsweise Corak, 2016, Sánchez – Pérez-Corral, 2010, Atkinson, 2015, Piketty, 2015). Zum anderen hat sich die Arbeitslosigkeit und damit die Anzahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen erhöht. Arbeitslosigkeit konzentriert sich in Deutschland – wie in Österreich – auf die untere Hälfte der Verteilung. Während Männer der 1935er-Kohorte, die dem untersten Quartil der Einkommensverteilung zurechenbar sind, bis zu ihrem 40. Lebensjahr im Schnitt fünf Monate arbeitslos waren, sind es in der 1963er-Kohorte mit 40 Monaten achtmal so viel. Bönke et al. (2015) zeigen darüber hinaus, dass 60 bis 80% der Zunahme der Ungleichheit bei den Lebenseinkommen der analysierten Kohorten auf den Zuwachs von Lohnungleichheit zurückzuführen

³⁸⁾ Definiert als individuelles Lebenseinkommen zwischen dem 17. und dem 60. Lebensjahr.

³⁹⁾ Wird als Maß der Ungleichheit der Gini-Koeffizient herangezogen, und das Lebenseinkommen bis zum 45. Lebensjahr der beiden Kohorten verglichen, zeigt sich für die 1935er-Kohorte ein Gini-Koeffizient von 0,126 und für die 1963er-Kohorte von 0,233 (vgl. Corneo, 2015B).

sind. Veränderte Lohnfindungsprozesse durch Öffnungsklauseln bei den Tarifverträgen, rückläufige Tarifbindung, Produktionsverlagerungen, Lohnzurückhaltung etc. werden hier genauso genannt, wie veränderte Präferenzen der Erwerbstätigen, Qualifikationsveränderungen und die Wirkung der Steuer- und Abgabenprogression, die das Arbeitsangebot von produktiven Arbeitskräften weniger beeinflusst als von weniger produktiven Erwerbspersonen. Darüber hinaus dauert der Übergang vom Bildungssystem in den regulären Arbeitsmarkt bei den jüngeren Geburtskohorten immer länger und die Einkommenszuwächse sind bei den jüngeren Kohorten ebenfalls gedämpft (Mika, 2018).

Der kurz diskutierte Kohortenansatz konzentriert sich auf einen Lebenseinkommensvergleich der stabil unselbständig beschäftigten Männer und blendet damit die Frage der vorhandenen Veränderung in der Zusammensetzung der Erwerbstätigen ebenso aus wie die Frage, in welchem Ausmaß für die Erwerbstätigen ihre Erwerbs- und Einkommensbiographien instabiler geworden sind.

5.4 Pensionsfinanzierung bei zunehmend instabiler Beschäftigung

Die Höhe einer Alterspension in Österreich beruht auf dem Zusammenwirken von drei Tatbeständen: Zum einen auf der Zahl der Erwerbsmonate/-jahre einer pensionsversicherungspflichtigen Beschäftigung und zum anderen auf dem daraus erzielten Einkommen. Darüber hinaus spielen die Ausgestaltung des Pensionsrechts (beispielsweise die Berücksichtigung von den dargestellten Teilversicherungszeiten etc.) und der Pensionierungszeitpunkt (Ab- und Zuschlagsregelungen im Zusammenhang mit dem Pensionsantrittszeitpunkt etc.) eine entscheidende Rolle. Um die Rückwirkungen der Zunahme instabiler Beschäftigung auf die individuelle Pensionshöhe abzuschätzen, bedarf es – wie in Abschnitt 5.2.1 ausgeführt – Informationen über den gesamten Erwerbsverlauf und vor allem über die Dauer instabiler Beschäftigung im Erwerbszyklus. Da in der vorliegenden Arbeit die Frage nach der Zunahme instabiler Beschäftigung – also ein Makroblick – im Vordergrund steht, werden nachfolgend die Auswirkungen dieser Beschäftigungsveränderungen auf die Alterssicherung von der Pensionsfinanzierungsseite her beleuchtet. Für die Finanzierungsseite der Pensionsversicherung sind das Beschäftigungsniveau, die Beschäftigungsstabilität, die Höhe der sozialversicherungspflichtigen Einkommen, sowie Ausmaß und Umfang der Arbeitslosigkeit (und anderer, durch Krankheit, Kindererziehung etc. begründeter Teilversicherungszeiten) bestimmend.

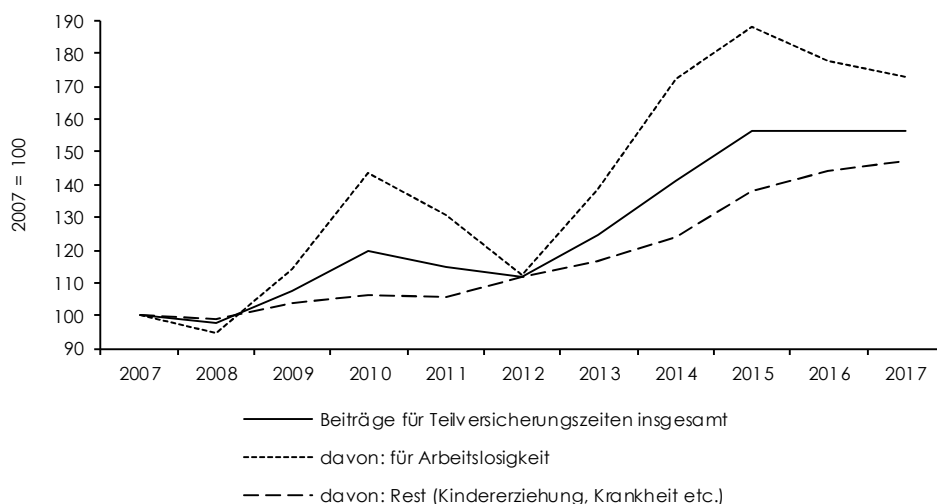
5.4.1 Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist ein bedeutendes Faktum zunehmender Instabilität der Beschäftigung und nimmt in der Prekarisierungsforschung einen zentralen Stellenwert ein. In Abschnitt 3 wurde festgehalten, dass sich zwischen 2000 und 2017 sowohl der Jahresdurchschnittsbestand an Arbeitslosen, als auch die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit deutlich erhöht hat (Abbildung 14, Abbildung 15): Waren 2000 14% der Versicherten von Arbeitslosigkeit betroffen, erhöhte sich die Betroffenheit bis 2017 auf knapp 17%. Darüber hinaus ist auch die Langzeitarbeitslosigkeit angestiegen; 2017 waren doppelt so viele Personen länger als ein Jahr arbeitslos als noch im Jahr

2000. Neben den gestiegenen direkten Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz verursachte diese Dynamik auch unmittelbare Kosten in der Alterssicherung. Durch die Einführung des Pensionskontos im Jahr 2005 gilt Arbeitslosigkeit (genauer: Zeiten des Leistungsbezugs aus dem ALVG) als Teilversicherungszeit, die der Pensionsversicherung – nicht aber der Kranken- und Unfallversicherung – unterliegt. Die Bemessungsgrundlage für Zeiten des Arbeitslosengeld- oder Notstandshilfegeldbezugs bildet 70% bzw. 64% des Leistungsbezugs. Die Arbeitslosenversicherung leistet seit 2005 jährlich 22,8% ihrer Leistungsaufwendungen an die Pensionsversicherung zur Abgeltung dieser Teilversicherungszeiten, die bei den Betroffenen erst mit dem Pensionierungszeitpunkt Pensionsaufwendungen verursachen. Allein in den vergangenen 10 Jahren stiegen die Beiträge für Teilversicherungszeiten von 2,1 auf 3,2 Mrd. Euro, dabei stieg der Anteil der auf Arbeitslosigkeit zurückzuführenden Zeiten von 36% (2007) auf 44% (2010) und lag 2017 bei 40%.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der jüngeren Vergangenheit als Teilbereich der Destabilisierung von Beschäftigung verursacht im Bereich der Alterssicherung einerseits zusätzliche Belastungen der Arbeitslosenversicherung durch die Beitragsleistung an die Pensionsversicherung. Darüber hinaus führt ein steigender Anteil von Arbeitslosigkeitsperioden zu einem Anstieg der Teilversicherungszeiten bei der Pensionshöhenberechnung. Die Abfederung der negativen Effekte von Arbeitslosigkeit in der Alterssicherung geht Hand in Hand mit höheren Pensionsaufwendungen. Eine hohe und steigende Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur eine Bremse für die Produktivkräfte und damit für die Wirtschaft, sie wirkt auch auf die Einkommensposition der Betroffenen und zieht kurz- und langfristig auch für das Alterssicherungssystem höhere Aufwendungen nach sich.

Abbildung 34: Entwicklung der Beiträge für Teilversicherungszeiten in der Pensionsversicherung, 2007 bis 2017



Q: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger, AMS, WIFO-Berechnungen.

5.4.2 Pensionsbeiträge und instabile Beschäftigung

Eine stärkere Betroffenheit von instabilen Beschäftigungsverhältnissen, Niedriglohn- oder Arbeitslosigkeitsphasen ist für die Betroffenen jedenfalls mit einer geringen ökonomischen und – im erwerbszentrierten österreichischen Sozialversicherungssystem – mit einer geringen sozialen Absicherung verbunden. Die zusätzlich notwendigen Mittel im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit wurde bereits dargestellt. Wird durch die Zunahme der instabilen Beschäftigung auch die Beitragsfinanzierung der Alterssicherung verändert?

Mögliche Effekte hängen maßgeblich davon ab, wie sich die Beschäftigung ohne Destabilisierung entwickeln würde. Da mögliche Alternativen hypothetischer Natur sind, steht nachfolgend der Beitrag der stabilen und instabilen Beschäftigung zur Pensionsfinanzierung im Mittelpunkt. Auf der Grundlage der realisierten Beitragseinnahmen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen gemäß Gebarungsergebnissen (*Hauptverband*, 2018), wird der Beitrag der stabil und instabil Beschäftigten zum Beitragsaufkommen näher betrachtet.

Mengeneffekt

Im Jahr 2017 lag die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten um knapp ein Fünftel höher als 2000, das entspricht einer Zunahme von rund +588.000 auf 3,5 Mio. Personen. Die Zahl der stabil Beschäftigten erhöhte sich um +455.000 bzw. +19,4% etwas weniger stark als der Anteil der instabil Beschäftigten mit +23,1%. Vor allem die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen, also der Personen in der Phase des Berufseinstiegs, wies einen hohen Anteil an instabil Beschäftigten auf (vgl. Abbildung 17).

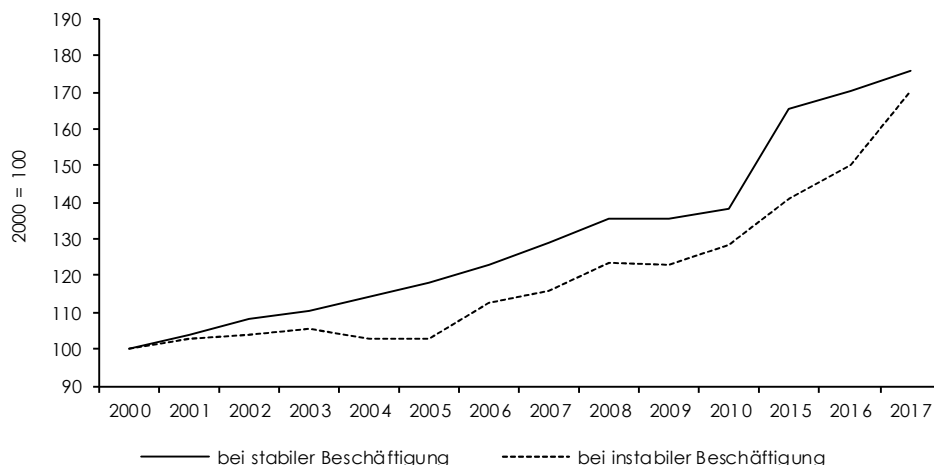
Einkommenseffekt

Wesentlich dynamischer als die Veränderung der Beschäftigtenzahlen verlief die Entwicklung der von ihnen geleisteten Alterssicherungsbeiträge. Zwischen 2000 und 2017 stiegen die von allen unselbständig Beschäftigten (ohne BeamtInnen) geleisteten Pensionsversicherungsbeiträge um +85% an. Aufgrund der unterschiedlich hohen Erwerbseinkommen (Beitragsgrundlagen zu Pensionsversicherung) der stabil und instabil Beschäftigten veränderte sich das anteilmäßige Aufkommen der Beitragseinnahmen gegenläufig zur Entwicklung des Bestands an Beschäftigten. Im Jahresdurchschnitt 2000 kamen 92,9% der PV-Beiträge aus stabilen und 7,1% aus instabilen Beschäftigungsverhältnissen; 2017 war der Anteil der letzteren – trotz deutlichen Anstiegs der instabilen Beschäftigungsverhältnisse – auf 6,9% geschrumpft (Abbildung 35).

Allerdings entwickelten sich die instabilen Einkommen deutlich schwächer, da sich die Zunahme der instabilen Beschäftigung vor allem auf die Unter-25-Jährigen, auf Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (darunter ein hoher Anteil an TageseinpenderInnen) und solche mit weniger als drei Monaten Beschäftigung innerhalb eines Jahres konzentrierte. Diese Beschäftigungsgruppen weisen im Schnitt auch bei stabiler Beschäftigung durch Unterschiede in Qualifikation oder Branche etc. geringere Einkommen auf.

Aus der Sicht des Beitragsaufkommens in der gesetzlichen Pensionsversicherung gibt es keinen dämpfenden Effekt durch die steigende Zahl bzw. den steigenden Anteil an instabilen Beschäftigungsverhältnissen. Die steigenden Beitragsgrundlage aus stabiler Beschäftigung kompensieren die schwache Beitragsentwicklung des instabilen Segments.

Abbildung 35: Entwicklung der Beitragseinnahmen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen, 2000 bis 2017



Q: WIFO-INDI-DV.

5.4.3 Ausblick

Die steigende Zahl an Beschäftigten, die sich in der kontinuierlich wachsenden Beschäftigungsquote ausdrückt, geht Hand in Hand mit der dargestellten Zunahme des Anteils instabil Beschäftigter. Es handelt sich um eine Entwicklung, die sowohl in Österreich, aber auch darüber hinaus stattfindet. Allen voran sind in Österreich die Frauenerwerbsverläufe sowohl von einer stärkeren Arbeitsmarktintegration, einer längeren Erwerbsteilnahme als auch einer Zunahme atypischer Beschäftigungsformen gekennzeichnet. Mit der steigenden Frauenerwerbstätigkeit – auch im Bereich der instabilen Beschäftigung – erhöht sich der Anteil der Frauen mit eigenständigen Pensionsansprüchen. Es verbessert sich die finanzielle Unabhängigkeit im Alter, auch wenn die Altersansprüche durch instabile Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse mitgetragen sind.

Die Auswirkungen des steigenden Anteils instabiler Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse auf die Alterssicherung hängt davon ab, welche Alternativen für den Vergleich herangezogen werden. Würde als Referenz eine kontinuierliche Vollzeitbeschäftigung angenommen, wären die Auswirkungen der Destandardisierung deutlich negativer als sie in der vorliegenden Arbeit berechnet wurden. Wird als Referenz eine niedrige Erwerbsintegration der Erwerbsbevölkerung genommen, wären die Beitragseinnahmen der Pensionsversicherung und auch das (zukünftige) Volumen der Alterssicherungsausgaben geringer. Das könnte mit einer geringeren Wohlfahrt oder aber auch mit höheren Aufwendungen anderer Sozialbereiche (beispielsweise Sozialhilfe, Ausgleichszulagen etc.) verbunden sein. Insgesamt nehmen vorhandene Modellprognosen der Europäischen Kommission oder der OECD (*European Commission, 2018C, OECD, 2018B*) auf die vorhandenen Destandardisierungstendenzen keinen expliziten Bezug: Die Berechnungen beruhen auf Durchschnittswerten, sowohl bei den Beschäftigungs- und Erwerbsquoten als auch bei den Erwerbseinkommen. Hier können keine Rückschlüsse über den Einfluss zunehmender Beschäftigungs- und Einkommensinstabilität gezogen werden.

6. Zusammenfassung

Ziel der vorliegenden Arbeit ist die nähere Analyse der Destandardisierung von Erwerbsverläufen in Österreich und mögliche Rückwirkungen auf die Alterssicherung. In einem ersten Schritt wird auf der Grundlage von Makroindikatoren ein Überblick über Destandardisierungs-Dynamiken in der jüngeren Vergangenheit vermittelt. Die anschließende empirische Analyse auf der Basis von Mikrodaten nimmt die Dimension der Beschäftigungsstabilität näher unter die Lupe. Es zeigt sich, dass in den letzten Jahrzehnten eine Destabilisierung der Beschäftigung in Österreich zu sehen ist.

Das Konzept der Destandardisierung

Der Wandel der Erwerbsgesellschaft zeigte sich in den vergangenen Jahrzehnten in der Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Erwerbspersonen und vor allem in einer Zunahme der Beschäftigungsformen jenseits einer kontinuierlichen unselbständigen Vollzeitbeschäftigung. Letztere Entwicklungen werden mit den Begriffen "Destandardisierung" oder "Destabilisierung" beschrieben. Die Veränderungen der Erwerbsarbeit mit ihren Rückwirkungen auf das Sozialgefüge werden auch unter dem Begriff "Prekarisierung" diskutiert. Damit ist im Kern eine dauerhaft eingeschränkte Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit während des Erwerbslebens und im Alter gemeint. Die Abweichung vom Standard der Vollzeitbeschäftigung mit entsprechenden Möglichkeiten für eine berufliche Entfaltung und gesellschaftliche Wertschätzung erschwert sowohl die soziale Integration als auch die politische Partizipationschancen. Prekäre Lebenslagen entstehen aus dem Zusammenwirken von objektiven Arbeitsmarktbedingungen (Arbeitsmarktlage etc.), subjektiven Tatbeständen (Qualifikation, Alter etc.).

Prekäre Lebenslagen zeigen sich nicht alleine aus der individuellen Erwerbssituation, sondern im Zusammenhang mit den haushaltsspezifischen Lebensverhältnissen. In der vorliegenden

Arbeit wurde ausschließlich auf die individuelle Erwerbssituation Bezug genommen, um detaillierte Einblicke in Veränderungen der Erwerbsformen und die damit zusammenhängenden Einkommen über die Zeit zu gewinnen.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren belegen Destandardisierung in Österreich

Die makroökonomischen Kennzahlen geben insbesondere zwei wichtige Hinweise auf die strukturellen Arbeitsmarktveränderungen der vergangenen Jahrzehnte:

- Trotz Zunahme der Beschäftigungsquote allein zwischen 1995 und 2019 um 7,7 Prozentpunkte auf 71,9% (das entspricht einer Zunahme von rund 860.000 Erwerbstätigen) sank die Lohnquote um 2,9 Prozentpunkte. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit in Relation zum Volkseinkommen (Lohnquote) sank also von 70,7% im Jahr 1995 auf 67,9% im Jahr 2019. Weiters blieben die Pro-Kopf-Einkommenszuwächse der unselbständig Beschäftigten hinter der Dynamik des Wirtschaftswachstums zurück. Der relative Bedeutungsverlust der Lohnneinkommen bringt die lohnfinanzierte Beitragsgrundlage der Sozialversicherung unter Druck.
- Es zeigt sich eine Entkoppelung des Beschäftigungswachstums vom Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens: Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 entwickelt sich das Arbeitsvolumen mit +0,4% p. a. deutlich schwächer als die Zahl der Erwerbstätigen, die mit +0,8% p. a. doppelt so stark zunahm. Die Arbeitszeit polarisiert zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeit, aber auch innerhalb dieser Gruppen existiert eine große Heterogenität bei der Arbeitszeit.

Gesamtwirtschaftliche Befund zeigt sich in der individuellen Betroffenheit

Die Mikrodatenanalyse zeigt, dass immer mehr Menschen am Arbeitsmarkt partizipieren, aber erhebliche Unterschiede im Ausmaß der Erwerbsteilhabe zwischen Personengruppen bestehen – eine Tatsache, die in der Literatur als "Segmentierung" bezeichnet wird. Ein wachsender Teil der Erwerbstätigen ist darüber hinaus instabil beschäftigt, eine Entwicklung, die eine "Destabilisierung" darstellt.

Folgende Befunde brachte die Analyse der Grundgesamtheit aller eigenständig Sozialversicherten im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) der Jahre 2000 bis 2017 zu Tage:

- Wird stabile Beschäftigung als eine ganzjährig durchgehende Beschäftigung definiert, zeigt sich, dass die Mehrheit der Unselbständigen nach wie vor stabil beschäftigt ist: Im Jahr 2017 waren 66,2% der unselbständig Aktivbeschäftigten (das entspricht rund 2,8 Mio. Personen) das ganze Jahr hindurch beschäftigt. Rund ein Drittel (das entspricht rund 1,4 Mio. Personen) weist hingegen keine über ein Kalenderjahr hinweg durchgängige Beschäftigung auf und ist in diesem Sinne instabil beschäftigt und unvollständig in den Arbeitsmarkt integriert. Der Anteil an instabil Beschäftigten stagnierte in der Zeit von 2000 (32,8%) bis 2007 (32,7%). In weiterer Folge stieg er auf ein Niveau von 33,8% im Jahr 2017. Absolut erhöhte sich die Zahl der instabil unselbständig Aktivbeschäftigten um rund 285.000.

- Die markante Alterung der Erwerbsbevölkerung dämpfte bzw. verdeckte die zu beobachtende Destabilisierung der Beschäftigung, da junge Menschen wesentlich häufiger instabil beschäftigt sind als ältere Arbeitskräfte und als Zusatzfaktor die Instabilität der Beschäftigung (ausschließlich) in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen deutlich abnahm. Wird in einer Regression um die Veränderungen der Altersstruktur der Beschäftigten bereinigt, so erhöhte sich der geschätzte durchschnittliche Anteil instabiler Beschäftigung in der Zeit von 2000 bis 2017 um 3,5 Prozentpunkte statt um rund 1 Prozentpunkt.

Destabilisierung im Jahresverlauf ist deutlich angestiegen

- Rund 10% der unselbständig Aktivbeschäftigten sind in einem Kalenderjahr in Summe nicht mehr als drei Monate beschäftigt. Jeweils etwa 7% weisen zwischen drei und sechs bzw. zwischen sechs und neun Beschäftigungsmonate auf. Rund 9% sind über neun Monate, aber nicht ganzjährig beschäftigt. Unter den instabil Beschäftigten gab es die größten Zuwächse bei denjenigen mit einem Beschäftigungsgesamtausmaß von weniger als drei Monaten.
- Der Anteil der instabil Beschäftigten am Jahresdurchschnittsbestand der unselbständig Aktivbeschäftigten erhöhte sich von 19,7% im Jahr 2000 auf 20,2% im Jahr 2017. Das entspricht einem absoluten Zuwachs von rund 133.000 Personen. Die Zunahme fiel damit in der Bestandssicht geringer aus als in der Betroffenheitsbetrachtung. Der Grund dafür liegt in einem sinkenden Beschäftigungsausmaß der instabil Beschäftigten: Waren sie im Jahr 2000 noch durchschnittlich 184 Tage im Jahr unselbständig aktivbeschäftigt, so reduzierte sich der Durchschnitt auf 176 Tage im Jahr 2016 bzw. 181 Tage im Jahr 2017. Unterjährige Beschäftigung ist somit kürzer geworden.

Destandardisierung vollzog sich bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren

Wenn Veränderungen des Gesamtbestands der Beschäftigten betrachtet werden, sind keine allzu großen Veränderungen im Anteil des instabilen Beschäftigungssegments innerhalb von wenigen Jahren zu erwarten, da das Gesamtbild nach wie vor durch einen großen Kern von stabil Beschäftigten geprägt wird. Hinzu kommt, dass sich ein größerer Teil der Destandardisierungsprozesse bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren vollzog. Daher zeigt sich die Destabilisierung der Beschäftigung noch deutlicher in der Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse, die innerhalb von zwei Jahren wieder beendet werden. Von den im Jahr 1980 aufgenommenen Beschäftigungsverhältnissen waren 76,9% nach zwei Jahren wieder beendet. Dieser Anteil erhöhte sich besonders in den 1990er-Jahren. Von den im Jahr 2015 begonnenen Beschäftigungsverhältnissen waren 83,4% nach zwei Jahren bereits wieder beendet. Parallel dazu ist der Anteil sehr kurzer Beschäftigungsverhältnisse, die nicht länger als einen Monat dauern, von 24,4% im Jahr 1975 auf 34,7% im Jahr 2015 angestiegen. Wichtige Ursachenfaktoren für die Destabilisierung der Beschäftigung in der jüngeren Vergangenheit waren zum einen der Anstieg und die zunehmende Verfestigung der Arbeitslosigkeit und zum anderen die Arbeitsmarktöffnung für die benachbarten östlichen EU-Mitgliedsländer. Per Saldo ging die Zunahme instabiler Beschäftigung ausschließlich auf ausländische Arbeitskräfte zurück. AusländerInnen sind (mit

einem Anteil von 55,3% im Jahr 2017) beinahe doppelt so häufig instabil beschäftigt wie InländerInnen (30,0%). Instabile Beschäftigung konzentriert sich zunehmend auf diese Personengruppe.

Jahreseinkommen instabil Beschäftigter um zwei Drittel geringer

Von der Arbeitsmarktintegration und der Stabilität der Beschäftigung ist unmittelbar die individuelle ökonomische Absicherung abhängig. Instabile Beschäftigung schlägt sich deutlich im erzielten Erwerbseinkommen nieder. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die zu erwartende Pension: Die Erwerbszentrierung des österreichischen Sozialversicherungssystems determiniert auch die mittelbare ökonomische Absicherung durch die Höhe der einkommensabhängigen Sozialleistungen.

Die Studie zeigt auf, wie stark sich die in einem Jahr erzielten Einkommen je nach Ausmaß der Beschäftigungsintegration – der Teilhabe am Erwerbsleben – unterscheiden, und welche Implikationen eine instabile Beschäftigung zum einen für die individuelle Absicherung im Alter und zum anderen für die Finanzierung der Pensionsversicherung hat. Wichtige Befunde sind:

- Das mittlere Bruttojahresewerbseinkommen bei instabiler unselbständiger Aktivbeschäftigung (Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung bis zur Höchstbeitragsgrundlage ohne Sonderzahlungen, ohne Beam(t)Innen) erreichte 2017 (mit € 8.669) weniger als ein Drittel des Niveaus der Ganzjahresbeschäftigten von € 29.690. Wenn Personen in Summe weniger als drei Monate in Beschäftigung waren, lag das mittlere Jahreseinkommen bei € 1.610. Der Einbezug weiterer Einkommensquellen und Sozialleistungsbezüge führt zu einer Verbesserung der relativen Situation der instabil Beschäftigten. Das mittlere Bruttojahreseinkommen der stabil Beschäftigten ist dann aber immer noch mehr als doppelt so hoch (€ 30.227 im Jahr 2017) wie jenes der instabil Beschäftigten (€ 13.602).
- Eine im Erwerbsleben längere Phase instabiler Beschäftigung mit entsprechend geringen Erwerbseinkommen wird in der Pensionsversicherung zu geringen Eigenpensionen führen. Durch institutionelle Regulierungen im Pensionsrecht werden Erwerbslücken aufgrund von Arbeitslosigkeit und bestimmten Kinderbetreuungszeiten teilweise kompensiert. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit als eine wichtige Ursache der Beschäftigungsdestabilisierung führt in der Arbeitslosenversicherung bei steigenden Leistungsbezugszahlen zu höheren Ausgaben. Darüber hinaus müssen auch Beiträge an die Pensionsversicherung geleistet werden. Arbeitslosigkeit bedeutet zusätzliche Aufwendungen im Sicherungssystem durch die unmittelbaren Leistungen in der Arbeitslosenversicherung (Geldleistungen) und die mittelbaren für die Pensionsbeitragsfinanzierung.

Hinsichtlich der Finanzierung der Alterssicherung sind von der (bisherigen) Dynamik bei der Beschäftigungsstabilität keine nennenswerten Auswirkungen auf die Beitragseinnahmen der Pensionsversicherung beobachtbar: Trotz anteiliger Abnahme der stabilen Beschäftigung hat sich ihr Anteil an geleisteten Pensionsversicherungsbeiträgen an allen Beiträgen der unselbständig Beschäftigten erhöht. Die höhere Einkommensdynamik im Segment der stabil Beschäftigten

konnte im Beobachtungszeitraum 2000 bis 2017 das geringe Beitragsaufkommen des instabilen Beschäftigungssegment kompensieren.

Literatur

- Allmendinger, J., Driesch, E., Social inequalities in Europe: facing the challenge, WZB Discussion Papers No. 2014-005, 2014.
- Allmendinger, J., Jahn, K., Promberger, M., Schels, B., Stuth, St., Prekäre Beschäftigung und unsichere Haushaltslagen im Lebensverlauf: Gibt es in Deutschland ein verfestigtes Prekariat? In: WSI-Mitteilungen, 2018, Jg. 71, H. 4, S. 259-269.
- Armingeon, K., Bonoli, G., The Politics of Post-Industrial Welfare States, London, New York: Routledge, 2006.
- Atkinson, A. B., Inequality. What Can Be Done? Harvard University Press 2015
- Autor, D., Katz, L., Kearney, M., Trends in U.S. Wage Inequality: Revising the Revisionists, in: Review of Economics and Statistics, 2/2008, S. 300-323.
- Bach, St., Schupp, J., Solidarisches Grundeinkommen: alternatives Instrument für mehr Teilhabe, DIW-Berlin, 2018. https://www.diw.de/de/diw_01.c.577895.de/presse/diw_aktuell/solidarisches_grundeinkommen_alternatives_instrument_fuer_mehr_teilhabe.html.
- Barlösius, E., Kämpfe um soziale Ungleichheit. Machttheoretische Perspektive, 2004.
- Barr, N., Diamond, P., The Economics of Pensions, In: Oxford Review of Economic Policy, Volume 22, Issue 1, 1 March 2006, Pages 15–39.
- Beck, M., Jenseits der Prekarität, Rosa Luxemburgstiftung, 2015.
- Becker, R., Linke, E., "Bedingungsloses Grundeinkommen: Wer zahlt es, wem nützt es?", in: Sozialismus, 2018, 45(3), S. 59-63.
- Bock-Schappelwein, J., Digitalisierung und Arbeit, In: Peneder, M. (Koordination), Bock-Schappelwein, J., Firgo, M., Fritz, O., Streicher, G., Volkswirtschaftliche Effekte der Digitalisierung, Studie des WIFO im Auftrag von A1 Telekom Austria AG, WIFO-Gutachtenserie, Wien, 2016, S. 110-126.
- Boes, A., "Cloudworking und die Zukunft der Erwerbsarbeit", in: Soziale Sicherheit, 2017, 1, S. 17-22.
- Böheim, R., Fink, M., Rocha-Akis, S., Zulehner, Ch., Die Entwicklung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede in Österreich, WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(9), S.713-725.
- Bönke, T., Schröder, C., Schulte, K., Incomes and inequality in the long run: The case of German elderly, German Economic Review, 2010, 11(4), 487-510.
- Bönke, T., Gorneo, G., Lüthen, H., Lifetime earnings inequality in Germany, in: Journal of Labor Economics, 33, 2015, 171-208.
- Bonoli, G., "New social risks and the politics of post-industrial social policies", in: Armingeon, K., Bonoli, G. (Hrsg.), The Politics of Post-Industrial Welfare States, London, New York: Routledge, 2006, S. 3-26.
- Bourdieu, P., Prekarität ist überall, in: Ders (Hrsg.), Gegenfeuer Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, 1998, S. 96-102.
- Bovini, G., Paradisi, M., The Transitional Labor Market Consequences of a Pension Reform, Paper presented on the 20th Annual Joint Meeting of the Retirement Research Consortium, August 2-3, 2018, Washington, D.C.
- Brinkmann, U., Dörre, K., Röbenack, S., Draemer, K., Speidel, F., Prekäre Arbeit: Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, 2006.
- Brussig, M., Alter beim Austritt aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist gestiegen, in: Altersübergangsreport 2015-1.
- Buhr, D., Christ, C., Frankenberger, R., Fregin, M., Schmidt, J., Trämer, M., 2017, Europa auf dem Weg zur Wohlfahrt 4.0? Die Digitalisierung des Wohlfahrtsstaates in den Politikfeldern Arbeit, Gesundheit und Innovation im eu-ropäischen Vergleich, politik für europa, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Buhr, D., Trämer, M., "Industrie 4.0 braucht auch soziale Innovation", WISO, 2016, 39(4), S. 35-46.
- Campbell, I., Price, R., Precarious work and precarious workers: Towards an improved conceptualization, in: The Economic and Labour Relations Review, 2016, 27(3), S. 314-332.
- Castel, R., Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, 2000.
- Castel, R., Dörre, K., Prekariat, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, 2009.

- Corak, M., Inequality from Generation to Generation: The United States in Comparison, IZA Discussion Papers 2016, 9929, Institute for the Study of Labor (IZA).
- Corneo, G. (2015A), Income inequality from a lifetime perspective, in: *Empirica*, 42/2015, 225-239.
- Corneo, C. (2015B), Kreuz und quer durch die deutsche Einkommensverteilung, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2015, 16(2), 109-126.
- Davidsson, J., Naczyk, M., The Ins and Outs of Dualisation: A Literature Review, REC-WP, 2009, (2).
- Eichhorst, W., Hinte, H., Rinne, U., Tobsch, V., "Digitalisierung und Arbeitsmarkt: Aktuelle Entwicklungen und sozialpolitische Herausforderungen", *ZSR*, 2016, 62(4), S. 383-409.
- Eppel, R., Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Mahringer, H., Der österreichische Arbeitsmarkt seit der Wirtschaftskrise, *WIFO-Monatsberichte*, 2018, 91(3), S.191-204.
- Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., Die Struktur und Dynamik von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung in der Längsschnittanalyse 2000/2010, WIFO, Wien, 2013, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/46669>.
- Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., Eine Typologie Arbeitsloser nach Dauer und Häufigkeit ihrer Arbeitslosigkeit 2010/2013, Monographien, Dezember 2014.
- Eppel, R., Leoni, Th., Mahringer, H. (2017A), Österreich 2025 – Segmentierung des Arbeitsmarktes und schwache Lohnentwicklung in Österreich, Projektpublikationen "Österreich 2025", WIFO, Wien, 2017.
- Eppel, R., Leoni, Th., Mahringer, H. (2017B), Österreich 2025 – Segmentierung des Arbeitsmarktes und schwache Lohnentwicklung in Österreich, *WIFO-Monatsberichte*, 2017, 90(5), S.425-439.
- Eurofound, New forms of employment, <https://www.eurofound.europa.eu/sites/default>, 2015.
- European Commission (2018A), Employment and Social Developments in Europe 2018, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion Directorate A, June, 2018.
- European Commission (2018B), Labour Market and Wage Developments in Europe Annual Review 2018.
- European Commission (2018C), The 2018 Ageing Report, Institutional Paper 079, 2018.
- European Commission, Labour Market and Wage Developments in Europe - Annual Review 2017, <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=18371&langId=en>.
- Farber, H. S., Mobility and Stability: The Dynamics of Job Change in Labor Markets, in *Handbook of Labor Economics*, Vol. 3b, ed. Ashenfelter, O. C., Card, D., 1999.
- Fuchs, M., Hollan, K., Schenk, M.: Analyse der nicht-krankenversicherten Personen in Österreich. Endbericht. Studie im Auftrag des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien 2017.
- Geißler, R., Die Sozialstruktur Deutschlands, 2014.
- Goos, M., Manning, A., Salomons, A., Explaining Job Polarization: Routine-Biased Technological Change and Off-shoring, in: *American Economic Review*, 2014, 104/8, S. 2509-2526.
- Guger, A., Mayrhuber, Ch, Scheiblecker, M., Möglichkeiten zur Ermittlung und Systematisierung der Nicht-Lohn-Erwerbseinkommen und ihrer Verteilung in Österreich, WIFO- Monographie, 2014.
- Gundert, S., Hohendanner, C., Soziale Integration von befristeten Beschäftigten und Leiharbeitern in Deutschland, In: *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*, 2014, 23(3), S. 256-271.
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Teilversicherung-, Ersatzzeiten- und Wanderversicherungsbericht (§ 31 Abs. 13 ASVG) für das Jahr 2015, 2016.
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Verteilung des monatlichen Pensionseinkommens, 2018.
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Gebahrungsergebnisse, Wien 2018.
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Versicherte, Pensionen, Renten, Jahresergebnisse 2018, Wien 2019.
- Hemerijck, A., Eichhorst, W., Whatever Happend to the Bismarckian Welfare State? From Labor Shedding to Employment-Friendly Reforms. IZA DP, No. 4085, March 2009.
- Hense, A., Wahrnehmung der eigenen Prekarität, 2018.
- Hofer, H., Titelbach, G., Vogtenhuber, St., Polarisierung am österreichischen Arbeitsmarkt? *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2017, 43 (3), S. 379-404.

- Hofmann, J., Abstiegsangst und Trift nach unten? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle sozialer Unsicherheiten bei der Entstehung dieser, in: Aschauer, W., Donat, L., Hofmann, J., Solidaritätsbrüche in Europa, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2015, S. 237-262.
- Hohenleitner, I., Straubhaar, Th., Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergelt - mehr als sozialuto-pische Konzepte, HWWI, 2007.
- Horn, G., Lindner, F., Stephan, S., Zwiener, R., Zur Rolle der Nominallohne für die Handels- und Leistungsbilanzüber-schüsse, Eine ökonometrische Analyse für Deutschland, IMK Report, Düsseldorf, April 2017, 125.
- Horvath, T., Mahringer, H., Entwicklung der Erwerbsbeteiligung bis 2030 unter Berücksichtigung von Änderungen im Bildungsverhalten und rezenter Pensionsreformen. Ein Update, WIFO Working Papers, 2016, (523)
- Huber, P., Böhs, G., „Die Arbeitskräftewanderung aus acht neuen EU-Ländern seit der Arbeitsmarktöffnung“, WIFO-Monatsberichte, 2012, 11, S. 849-862.
- Huemer, U., Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Lutz, H., Mayrhuber, Ch., Arbeitszeitverteilung in Öster-reich: Analyse und Optionen aus ArbeitnehmerInnensicht, WIFO-Monographien, Jänner 2017.
- Huws, U., Spencer, N., Syrdal, D., Holts, K., Work in the European Gig Economy, Foundation for European Progressive Studies, 2017.
- Hye, R., Teilzeitarbeit in Wien, Zwischenbericht 12/2018, IHS.
- IAB, Entwicklung der Zahl der Aufstocker nach Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015, Aktuelle Berichte, 2016, 10.
- Kahn, M., Income Inequality: Hidden Economic Cost of Prevailing Approaches to Pension Reforms, National Confer-ence on Public Employee Retirement Systems (NCPERS), 2018.
- Mahringer, H., „Der Arbeitsmarkt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise“, WIFO-Monatsberichte, 2009, 12, S. 867-878.
- Mahringer, H., Essays on Child Care Costs and Mothers' Employment Rates and on Trends in Job Stability, Dissertation, Universität Linz, 2005.
- Manoli, D., Weber, A., Nonparametric Evidence on the Effects of Retirement Benefits on Labor Force Participation Decisions, CRR WP 2011-24.
- Mayrhuber, Ch., Huemer, U., Horvath, Th., Schiman, St., Makroökonomische Effekte einer früheren Anhebung des ge-setzlichen Pensionsalters für Frauen in Österreich, WIFO-Monographien, 2016.
- Mayrhuber, Ch., Bock-Schappelwein, J., Dimensionen plattformbasierter Arbeit in Österreich und Europa, Impli-kationen für die Soziale Sicherheit, WIFO-Monographien, im Erscheinen 2018.
- Mayrhuber, Ch., Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit und ihre Bedeutung für das Frauen-Lebenseinkommen, WIFO-Monographien, September 2017.
- Mika, T., The first twenty years of employment careers of the birth cohort 1935 to 1980 in Germany: Consequences of more inequality for pension entitlements, Paper presented at the Annual ESPAnet Conference, August 2018, Vil-nius University, Lithuania.
- OECD, Employment Outlook 2017, Paris 2017.
- OECD, The Future of Social Protection: What works for non-standard workers?, 2018, Policy Brief on the Future of Work. <http://www.oecd.org/social/future-of-social-protection.pdf>.
- OECD (2018B), Pensions Outlook 2018, Paris 2018.
- Paugam, S., Gallie, D., Soziale Prekarität und Integration. Bericht für die Europäische Kommission, GD Beschäftigung, Eurobarometer, 2002, 56(1).
- Piketty, Th., The Economics of Inequality, 2015
- Pratscher, K., Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2016, In: Statistische Nachrichten, 10/2017, S. 836-849.
- Reinprecht, Ch., Prekarisierung und die Re-Feudalisierung sozialer Ungleichheit, in: Kurswechsel, 2008, 1, S. 13-23.
- Reitzig, J., Prekariat, soziale Verunsicherung und Vereinzelung - die Rückkehr der sozialen Frage, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, 2010.
- Risak, M., "Arbeits- und sozialrechtliche Absicherung im digitalisierten Arbeitsmarkt", in: Soziale Sicherheit, 2017, 1, S. 25-31.

- Rocha-Akis, S., Bierbaumer-Polly, J., Bock-Schappelwein, J., Einsiedl, M., Klien, M., Leoni, Th., Lutz, H., Mayrhuber, Ch., Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015, WIFO-Monographien, 2018 im Erscheinen.
- Sánchez, A., Pérez-Corral, A., Government Social Expenditure and Income Inequality in the European Union, *Review of Public Economics*, 2010, 1795, 2-31.
- Sarkar, S., Employment polarization and over-education in Germany, Spain, Sweden and UK, in: *Empirica*, 2017/44, S. 435-463.
- Schmid, J. Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, Wiesbaden, 2010.
- Schneider, F., Dreer, E., Grundeinkommen in Österreich? Linz, 2017.
- Schratzenstaller, M., "Langfristige Entwicklung von Höhe und Struktur der Familienleistungen in Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 2018, 91(5), S. 345-358.
- Söhn, J., Mika, T., Wie das Rentensystem Erwerbsbiographien würdigt, in: Söhn, J., Mika, T. (Hg.) *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen*, 3. Bericht, 2017.
- Standing, G., *Preariat. The New Dangerous Class*, 2015.
- Tálos, E., *Vom Siegeszug zum Rückzug: Sozialstaat Österreich 1945-2005*, Wien, 2005.
- Taylor-Gooby, P. (Hg.), *New Risks, New Welfare: The transformation of the European welfare state*, 2004, New York.
- Tinios, P., Bettio, F., Betti, G., Georgiadis, Th., *Men, Women and Pensions*, 2015.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Entwicklung der Lohnquote und der Beschäftigungsquote seit 2018	14
Abbildung 2: Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme, der Nicht-Lohn-Einkommen, des Bruttolohnes und der Wirtschaftsleistung seit 1995	15
Abbildung 3: Entwicklung der Beschäftigungsanteile im Primär-, Sekundär- und Tertiärsektor seit 1951	16
Abbildung 4: Entwicklung des Arbeitsvolumens von Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigen seit 2004	18
Abbildung 5: Entwicklung der Beschäftigungsquote und der Teilzeitquote, 1970 bis 2017	19
Abbildung 6: Erwerbsformen: relative Veränderung 2008/2017	20
Abbildung 7: Reale Entwicklung der Bruttomonatslöhne nach Beschäftigungsstabilität, 2000-2015	21
Abbildung 8: Teilzeitquote im internationalen Vergleich, 2004 und 2017, insgesamt	23
Abbildung 9: Arbeitsvolumen und Beschäftigung, relative Veränderung 2008/2017	24
Abbildung 10: Anteil der Beschäftigten mit befristeten Verträgen an allen Beschäftigten, 2004 und 2017, insgesamt	25
Abbildung 11: Anteil der Solo-Selbständigen an allen Selbständigen, 2004 und 2017, insgesamt	26
Abbildung 12: Anteil der 15- bis 64-jährigen Versicherten mit mindestens einem Tag im Arbeitskräfteangebot, in Beschäftigung bzw. in Arbeitslosigkeit	32
Abbildung 13: Jahresdurchschnittsbestand der Versicherten nach Erwerbsstatus, 2000 vs. 2017	33
Abbildung 14: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %)	35
Abbildung 15: Anteil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen (in %)	39
Abbildung 16: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %) mit und ohne Zeiten der Arbeitslosigkeit	39
Abbildung 17: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %) nach Personengruppe	40
Abbildung 18: Jahresdurchschnittsbestand der Versicherten nach Altersgruppe, 2000 vs. 2017	41
Abbildung 19: Durchschnittliche geschätzte Anteile instabiler Beschäftigung mit und ohne Kontrolle für Veränderungen in der Altersstruktur der Versicherten	42
Abbildung 20: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig aktivbeschäftigten AusländerInnen (in %) nach Staatsangehörigkeit	45
Abbildung 21: Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %) mit und ohne ausländischen Staatsangehörigen	46
Abbildung 22: Durchschnittlicher geschätzter Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %) mit und ohne Kontrolle für Staatsangehörigkeit und Alter	46
Abbildung 23: Anteil der in einem Jahr neu aufgenommenen Beschäftigungsverhältnisse mit Jobdauer ≤ 1 Jahr bzw. ≤ 2 Jahre, 1975-2015	50
Abbildung 24: Neu aufgenommene unselbständige aktive Beschäftigungsverhältnisse nach Dauer	51
Abbildung 25: Anteil der Beschäftigungsverhältnisse mit Dauer ≤ 1 Jahr bzw. ≤ 2 Jahre (in %) nach Personengruppe, 1975 und 2015	51
Abbildung 26: Anteil der Beschäftigungsverhältnisse mit Dauer ≤ 1 Jahr bzw. ≤ 2 Jahre (in %) nach Staatsangehörigkeit, 1975-2015	52
Abbildung 27: Anteil der Beschäftigungsverhältnisse mit Dauer ≤ 2 Jahre (in %) nach Branche, 2015	53

Abbildung 28: Mittleres Bruttojahreseinkommen 2000/2017 nach Ausmaß der Beschäftigungsintegration	57
Abbildung 29: Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkommen aus unselbständiger Beschäftigung nach Beschäftigungsstabilität	58
Abbildung 30: Anteil der Niedrigeinkommensbeziehenden an den unselbständig Aktivbeschäftigten in %, nach Personengruppe, 2017	60
Abbildung 31: Mittleres Bruttojahreseinkommen 2017 nach Personengruppe	61
Abbildung 32: Zusammensetzung der 2015 erworbenen Teilversicherungs- und Ersatzzeiten von Frauen und Männern	66
Abbildung 33: Beiträge für die Teilversicherungszeiten 2015	67
Abbildung 34: Entwicklung der Beiträge für Teilversicherungszeiten in der Pensionsversicherung, 2007 bis 2017	71
Abbildung 35: Entwicklung der Beitragseinnahmen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen, 2000 bis 2017	73

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1: Indikatoren zur Messung prekärer Beschäftigungs- und Haushaltslagen	10
Übersicht 2: Zahl der 15- bis 64-jährigen Versicherten nach Erwerbsstatus	32
Übersicht 3: Zahl und Anteil der instabil Beschäftigten an den unselbständig Aktivbeschäftigten (in %) 36	36
Übersicht 4: Ausmaß der Beschäftigungsintegration der unselbständig Aktivbeschäftigten	36
Übersicht 5: Versicherte nach Tagen in unselbständiger Aktivbeschäftigung und Personengruppe, 2017	37
Übersicht 6: Persistenz instabiler Beschäftigung	48
Übersicht 7: Versicherungsjahre der Pensionsneuzuerkennungen 2017 in der Pensionsversicherungsanstalt	64
Übersicht 8: Anzahl der Versicherungsmonate und Pensionshöhe der neuzuerkannten Alterspensionen 2015 nach Geschlecht	67